



VERGABEUNTERLAGEN

132-25-E16

Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag Lichtsignalanlagen im
Verkehrsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Offenes Verfahren (EU) (Sektorenverordnung)

Ausschreibung (Korrektur)

AUFTRAGGEBER

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Möhlstraße 27, 68165 Mannheim, Deutschland

10.09.2025

Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen	1
Projektinformation	1
Vertragsbedingungen/Formulare.....	3
Verfahrensinformationen	3
132-25-E16 Verfahrensbrief_final	3
Leistungsbeschreibung und Vertragsbedingungen	14
Leistungsbeschreibung	14
132-25-E16_Vertragsgrundlagen	26
132-25-E16 - Vertragsbedingungen	27
AEB DL_Stand Januar 2024	38
Auszufüllende Formulare	45
B.I.1. - Bietergemeinschaftserklärung	45
B.II.1. - Allgemeine Angaben zum Unternehmen	52
B.IV.1. - Eigenerklärung Ausschlussgründe.....	53
B.IX.1. -Verpflichtungserklärung qualifizierten NU	58
LTMG - Baden-Württemberg.....	60
Merkblatt über die Abgabe der Verpflichtungserklärung	60
Verpflichtungserklärung für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst .	69
Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt	71
Besondere Vertragsbedingungen.....	73
LTTG - Rheinland-Pfalz.....	77
Mustererklärung_1_AEntG_2023.pdf.....	77
Mustererklärung 1	77
für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) vom 20. April 200 .	77
nach § 4 Abs. 1 des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tarifre	77
Mustererklärung_2_OEPNV_2023.pdf.....	79
Mustererklärung 2	79
für Aufträge über Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straß	79
nach § 4 Abs. 3 des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tarifr .	79
Mustererklärung_3_Mindestentgelt_2023.pdf.....	81
Mustererklärung 3	81
Russland Sanktionen	83
RS_EU_Sanktion_bmwsb_eigenerklärung.pdf	83
Rundschreiben_2022-04-14_BWI7_70904_21_Sanktionen	85
I. EU-Sanktionen gegen Russland	85
II. Verbot der Auftragsvergabe	85
III. Fortführung bestehender Verträge	86
IV. Ausnahmen.....	86
V. Zuwendungsbau	87

VI. Inkrafttreten	87
Produkte/Leistungen	88
Eignungskriterien.....	167
Leistungskriterien	183
Anlagen	184

INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG



Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung des unten angegebenen Auftraggebers zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

INFORMATIONEN

ALLGEMEIN

Auftragsnummer	132-25-E16
Maßnahme	
Auftragsbezeichnung	Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag Lichtsignalanlagen im Verkehrsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Auftragsbeschreibung	Für die rn timer wird ein Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag für die LSA benötigt, die vom Hersteller Yunex Traffic (ehemals Siemens) errichtet wurden. Für die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH werden ein Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag für die Lichtsignalanlagen im rn timer Verkehrsgebiet benötigt. Die Instandhaltung ist in Abständen von 6, 12, 18 und 24 Monaten vorzunehmen. Die Entstörung an den Anlagen erfolgt nach Bedarf.

VERFAHREN

Auftraggeber	Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Weitere Auftraggeber	
Auftraggebertyp	
Liefer-/Ausführungsort	68165 Mannheim
Leistungsart	Dienstleistung
Vergabeart	Offenes Verfahren (EU) (Sektorenverordnung)

VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Nein						
Art der losweisen Vergabe							
Höchstzahl der Lose pro Angebot							
Zuschlagskriterium	Wirtschaftlichstes Angebot Berechnungsmethode: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung Gewichtung: 70%: 30%						
Klassifizierungen	<table><thead><tr><th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr></thead><tbody><tr><td>50232000-0</td><td>Wartung von öffentlichen Beleuchtungseinrichtungen und Verkehrsampeln</td></tr><tr><td>50232200-2</td><td>Wartung von Straßenlichtsignalen</td></tr></tbody></table>	Code	Bezeichnung	50232000-0	Wartung von öffentlichen Beleuchtungseinrichtungen und Verkehrsampeln	50232200-2	Wartung von Straßenlichtsignalen
Code	Bezeichnung						
50232000-0	Wartung von öffentlichen Beleuchtungseinrichtungen und Verkehrsampeln						
50232200-2	Wartung von Straßenlichtsignalen						

ANGEBOTE

Mehrere Hauptangebote zugelassen	Mehrere Hauptangebote sind nicht zulässig
Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Ja
Skonto zugelassen	Nein
Skonto Zahlungsziel	Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboa_rd_off
Zulässige Signaturen	Textform nach §126b BGB

SONSTIGE ANGABEN

Vertragsart	Rahmenvertrag
-------------	---------------

TERMINE

ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

BEKANNTMACHUNG

Vorinformation	
----------------	--

Bekanntmachung	20.08.2025
----------------	------------

ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Angebotsfrist	14.10.2025 11:00:00
Frist Bieterfragen	07.10.2025 11:00
Eröffnungstermin	
Bindefrist	14.11.2025
Versand Vorabinformation	28.10.2025

AUFTRAGSDAUER

Beginn	01.01.2026
Ende	31.12.2029
Anmerkungen	Lichtsignalanlage: 2132 – Vertragsbeginn: 07.11.2028 - Lichtsignalanlage: 2595 – Vertragsbeginn: 09.11.2027 - Lichtsignalanlage: 2596 – Vertragsbeginn: 23.10.2027 - Lichtsignalanlage: 2597 – Vertragsbeginn: 24.10.2027 - Lichtsignalanlage: 2598 – Vertragsbeginn: 25.10.2027 - Lichtsignalanlage: 2599 – Vertragsbeginn: 17.11.2027 - Lichtsignalanlage: 855 – Vertragsbeginn: 01.01.2028 - Lichtsignalanlage: 854 – Vertragsbeginn: 01.01.2028

ELEKTRONISCHE TEILNAHME

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboa_rd_off mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen. Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direktsuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

BIETERFRAGEN

Bieterfragen müssen bis spätestens 07.10.2025 11:00 Uhr eingegangen sein. Für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert. Bieterfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden. Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse: http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboa_rd_off Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet.

Hinweis: Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

Verfahrensbrief

1 Übersicht

1.1 Auftraggeber

Auftraggeber ist die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH, Möhlstraße 27, 68165 Mannheim.

1.2 Ausschreibende Stelle

Ausschreibende Stelle ist die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv), Möhlstraße 27, 68165 Mannheim.

1.3 Ziel Verfahrensbrief

Mit diesem Verfahrensbrief möchte die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH („rnv“ oder „Auftraggeber“) den Ablauf des Verfahrens über den Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag Lichtsignalanlagen im Verkehrsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH beschreiben.

1.4 Verfahrensablauf

- ☒ offenes Verfahren
- ☐ nicht offenes Verfahren
- ☐ Verhandlungsverfahren
- ☐ Wettbewerblicher Dialog
- ☐ öffentliche Ausschreibung

1.5 Vergabegegenstand

Vergabegegenstand ist die Instandhaltung (Wartung) von Lichtsignalanlagen der Firma Yunex (ehemals Siemens) im Verkehrsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH.

Des Weiteren sind diese zu entstören (Reparatur).

1.6 Zeitplan

Der vorläufige Terminplan für das weitere Vergabeverfahren sieht wie folgt aus:

Termin	Verfahrensschritt
22.09.2025, 11:00 Uhr	Schlusstermin für den Eingang der Angebote
22.09.2025, 11:00 Uhr	Angebotsöffnung
12.09.2025, 11:00 Uhr	Fragen zu den Vergabeunterlagen
22.10.2025	Zuschlags- und Bindefrist
01.01.2026	Beginn der Leistungen

1.7 Anwendbares Recht

Das Vergabeverfahren wird als [Offenes Verfahren] nach [der Sektorenverordnung (SektVO) und dem GWB], durchgeführt.

2 Verfahrensbedingungen

2.1 Kommunikation im Vergabeverfahren

Die Kommunikation im Vergabeverfahren erfolgt über die Vergabeplattform https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off. Jeder Bieter ist verpflichtet, sich über die Vergabeplattform https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off regelmäßig und selbstständig über zur Verfügung gestellte, geänderte oder zusätzliche Dokumente und Beantwortungen von Bieterfragen zu informieren.

Angebote sind ausschließlich in Textform mithilfe elektronischer Mittel nach § 126 b BGB über die Vergabeplattform der rnv unter https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off einzureichen.

Bitte beachten Sie, dass die Abgabe von Angeboten ausschließlich über die vorgesehene Funktion auf der Vergabeplattform erfolgen muss. Eine Übermittlung mittels Bieternachricht führt zum Ausschluss.

[Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag Lichtsignalanlagen im Verkehrsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH)

[132-25-E16]

Änderungen an den vorformulierten Texten der Vergabeunterlagen sind unzulässig und können zum Ausschluss vom weiteren Vergabeverfahren führen. Etwaige Änderungen an den Eintragungen des Bieters müssen zweifelsfrei und dokumentenecht sein.

2.2 Vertraulichkeit

2.2.1 Verwendung der Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen der rnv dürfen nur zur Erstellung des Angebots und zur Erfüllung des evtl. folgenden Auftrags verwendet werden und sind vertraulich zu behandeln. Jede Verwendung für andere Zwecke, jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) oder Weitergabe an Dritte ist ohne die ausdrückliche Zustimmung der rnv untersagt.

2.2.2 Verschwiegenheit

Jeder Bieter hat - auch nach Beendigung des Vergabeverfahrens - über die ihm dabei bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Er hat hierzu auch die mit der Sache befassten Mitarbeiter zu verpflichten.

2.3 Angebote

2.3.1 Hinweispflicht der Bieter und Fragefrist

Enthalten die Bekanntmachung oder die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Unterlagen Unklarheiten, Widersprüche oder verstoßen diese nach Auffassung des Bieters gegen geltendes Recht, so hat der Bieter die Vergabestelle unverzüglich schriftlich darauf hinzuweisen.

Fragen zu der Bekanntmachung und den übersandten Unterlagen sind unverzüglich, spätestens aber bis zum

[12.09.2025, 11:00 Uhr]

über die Vergabeplattform https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off zu stellen.

Die Beantwortung von Fragen der Bieter und sonstige verfahrensrelevante Informationen erfolgen grundsätzlich über die Vergabeplattform https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off.

2.3.2 Form und Frist Einreichung Angebote

Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen. Sie sind in Textform mithilfe elektronischer Mittel nach § 126 b BGB über die Vergabeplattform der rnv unter https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off bis zum

[22.09.2025, 11:00 Uhr]

einzureichen.

Verspätet eingegangene Angebote werden nicht berücksichtigt. Das Recht zur Nachforderung bei unvollständigen Angeboten bleibt davon unberührt.

2.3.3 Hinweise zur Leistungsbeschreibung

In dem auszufüllenden Preisblatt auf der Vergabeplattform sind bei einigen Positionen folgende Angaben zu finden: „TB60-#“. Bei diesen Angaben handelt es sich um Platzhalter, welche aus unserem AVA-System herrühren. Diese haben keinerlei Bedeutung und können ignoriert werden.

2.3.4 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkung

Angebote von Bieter, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden grundsätzlich vom Verfahren ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

Der Geheimwettbewerb ist in jeder Phase des Vergabeverfahrens zu gewährleisten. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass Mehrfachbeteiligungen am Vergabeverfahren zur Verletzung des Geheimwettbewerbs und damit zum Angebotsausschluss führen können. Hierzu verweisen wir auf § 1 GWB sowie Artikel 57 Abs. 4 der Richtlinie 2014/24EU des europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG.

Der Auftraggeber weist ferner darauf hin, dass die Bildung von Bietergemeinschaften nach § 1 GWB zu verbotenen Einschränkungen oder Verfälschung des Wettbewerbs führen kann.

2.3.5. Bietergemeinschaften (Änderungen in dem Zusammenhang)

Im Falle der Angebotsabgabe durch eine Bietergemeinschaft muss jedes Bietergemeinschaftsmitglied eine unterschriebene Bietergemeinschaftserklärung mit dem

[Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag Lichtsignalanlagen im Verkehrsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH]

[132-25-E16]

Angebot einreichen (Formblatt B.I. 1).). Eine Veränderung der Zusammensetzung der Bietergemeinschaft ist grundsätzlich unzulässig.

2.3.6. Unterauftragnehmer/Eignungsleihe

Sofern der Bieter zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des anderen Unternehmens in Anspruch nehmen will. Das andere Unternehmen, auf dessen Eignung sich der Bieter bezieht, muss seine Eignung in dem Umfang nachweisen, in dem eine Eignungsleihe stattfindet. Das bedeutet, dass im Fall der Eignungsleihe in Bezug auf die Technische und berufliche Leistungsfähigkeit auch Referenzen des anderen Unternehmens anzugeben sind.

Außerdem muss der Bieter durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden (Formblatt B.IX.1).

Im Rahmen der Eignungsprüfung wird der Auftraggeber prüfen, ob das Unternehmen, dessen Kapazitäten der Bieter für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, die entsprechenden Kriterien erfüllt und ob Ausschlussgründe, insbesondere zwingende Ausschlussgründe nach § 123 GWB oder fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB, vorliegen. Hierfür muss der Bieter durch das Unternehmen Formblatt B.IV.1 ausfüllen lassen und mit dem Angebot einreichen. Sofern ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB bei dem vom Bieter benannten Unternehmen vorliegt oder das Unternehmen das entsprechende Eignungskriterium, für das es benannt wurde, nicht erfüllt, wird der Auftraggeber dem Bieter gemäß § 47 Abs. 2 SektVO vorschreiben, das Unternehmen zu ersetzen. Sofern ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vorliegt, wird der Auftraggeber nach pflichtgemäßem Ermessen entscheiden, ob der Bieter das Unternehmen ersetzen muss. Für die Aufforderung zur Ersetzung eines benannten Unternehmens wird die rnv den Bietern eine Frist setzen.

Im Übrigen ist der Austausch eines einmal benannten anderen Unternehmens zu einem späteren Zeitpunkt grundsätzlich unzulässig.

Nachunternehmer, die der Bieter für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

2.3.7. Inhalt der Angebote

Von den Bietern sind mit dem Angebot alle geforderten Unterlagen und Nachweise einzureichen. Soweit den Bietern Formblätter zur Erstellung der Angebote zur Verfügung gestellt wurden, sind diese Formblätter für die Erstellung des Angebotes zu verwenden.

2.3.8 Eröffnungstermin der Angebote

Zum Eröffnungstermin der Angebote sind Bieter oder deren Bevollmächtigte nicht zugelassen.

2.3.9 Nebenangebote

Nebenangebote sind [nicht zugelassen].

2.3.10 Prüfung auf Vorliegen von Ausschlussgründen

Nach Eingang der Angebote erfolgt eine Prüfung auf Vorliegen von Ausschlussgründen. Ein zwingender Ausschluss des Bieters erfolgt bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 123 GWB. Davon kann gegebenenfalls unter den in § 123 Abs. 4 S. 2, Abs. 5, § 125, § 126 GWB geregelten Voraussetzungen abgesehen werden.

Des Weiteren kann ein Ausschluss erfolgen, bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 124 GWB, nach § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG), nach § 98c Aufenthaltsgesetz (AufenthG), nach § 19 Mindestlohngesetz (MiLoG) und nach § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG). Davon kann nach pflichtgemäßem Ermessen und gegebenenfalls unter den in §§ 125 und 126 GWB geregelten Voraussetzungen abgesehen werden.

2.3.11 Prüfung auf Erlaubnis zur Berufsausübung und Leistungsfähigkeit

Es erfolgt die Prüfung der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit und der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit des Bieters gemessen an der zu vergebende Leistung anhand der vom Bieter eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweise.

2.3.12 Prüfung und Wertung der Angebote

- **Formale Prüfung:** Der Auftraggeber wird die eingegangenen Angebote zunächst anhand der in den Vergabeunterlagen genannten Anforderungen in formaler Hinsicht überprüfen. Soweit sich daraus ergibt, dass bei einem Angebot Unterlagen fehlen oder unvollständig sind, wird der Auftraggeber im Rahmen des § 51 SektVO den betroffenen Bieter auffordern, Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen.
- **Angemessenheitsprüfung:** Der Auftraggeber wird die eingegangenen Angebote rechnerisch, technisch und wirtschaftlich prüfen. Hierzu wird der Auftraggeber die von den Bietern angegebenen Preise auf deren Angemessenheit überprüfen. Soweit sich daraus ergibt, dass ein Angebot unangemessen hoch bzw. unangemessen niedrig erscheint, wird der Auftraggeber den Bieter auffordern, die angebotenen Preise gemäß § 54 SektVO aufzuklären.

Dies gilt auch explizit für die einzureichende Ersatzteil-Preisliste.

[Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag Lichtsignalanlagen im Verkehrsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH]

[132-25-E16]

- **Wertung anhand des Zuschlagskriteriums:** Die weitere Wertung der Angebote erfolgt auf der Grundlage des folgenden Wertungskriterien:

70% Angebotspreis / 30% Reaktionszeit

Preis (Gewichtung: 70 %)

Folgende Formel wird bei der Berechnung herangezogen:

niedrigster fiktiver Wertungspreis

$X = 70 \times \dots\dots\dots$

fiktiver Wertungspreis des jeweiligen Angebotes

Maximal zu erreichende Punkte = 70 Punkte

Als Angebotspreis gilt hierbei die Gesamtangebotssumme über die gesamte Vertragslaufzeit, die sich durch die Preisblätter automatisch errechnet.

Reaktionszeiten (Gewichtung: 30 %)

Gemäß Leistungsbeschreibung, muss der AN innerhalb von maximal 4 Stunden nach Aufforderung durch die rnv mit den Entstöruungsarbeiten beginnen.

Die Punkteverteilung für die Reaktionszeit ergibt sich wie folgt:

Länger als 4 Std. = 0 Punkte

Zwischen 3 und 4 Std. = 7,5 Punkt

Zwischen 2 und 3 Std. = 15 Punkte

$Y = \text{Erreichte Punktzahl} \times 30$

Zwischen 1 und 2 Std. = 22,5 Punkte

Unter 1 Stunde = 30 Punkte

Maximal zu erreichende Punkte = 30

Formel zur Errechnung des finalen Punktestandes:

$X \text{ (Ergebniss Preis)} + Y \text{ (Ergebniss Reaktionszeit)} = \text{Finaler Punktestand (Wertungsbasis)}$

2.3.13 Anfordern zusätzlicher Unterlagen

Der Auftraggeber behält sich vor, von den Bietern zusätzliche Unterlagen zur Aufklärung, Verifizierung und Validierung der eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweise anzufordern.

Auf Verlangen ist eine Urkalkulation in einem verschlossenen/versiegelten Umschlag mit Angabe der Projektnummer und Projektbezeichnung dem Auftraggeber zu überreichen.

2.3.14 Zuschlag

Die nicht erfolgreichen Bieter werden über die Zuschlagsabsicht gemäß § 134 GWB informiert werden.

Die Zuschlags- und Bindefrist endet am [22.10.2025]. Bis zu diesem Termin sind die Bieter an ihre Angebote gebunden.

2.3.14 Kosten für die Teilnahme am Verfahren

Für die Erstellung der Angebotsunterlagen und die Teilnahme an diesem Verfahren werden Kosten nicht erstattet und Entschädigungen nicht gewährt.

3 Rügepflicht und Nachprüfung

3.1 Zulässigkeit Nachprüfungsantrag

Die Zulässigkeit von Nachprüfungsanträgen richtet sich nach § 160 GWB. Nach § 160 Abs. 3 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Dies gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

3.2 Vergabekammer

Der Bieter kann sich zur Nachprüfung behaupteter Vergabeverstöße an folgende Stelle wenden:

Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe
Durlacher Allee 3
76137 Karlsruhe

Tel.: 0721 / 926-8730

Fax: 0721 / 926-3985

E-Mail: poststelle@rpk.bwl.de

Internet: <http://www.rp-karlsruhe.de/servlet/PB/menu/1159131/index.html>

3.3 Rechtsgrundlagen

Für die Einlegung von Rechtsbehelfen gelten u.a. die folgenden Regelungen des GWB:

§ 134 Informations- und Wartepflicht

(1) Öffentliche Auftraggeber haben die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bieter, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

(2) Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information nach Absatz 1 geschlossen werden. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf zehn Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bieter kommt es nicht an. Die Informationspflicht entfällt in Fällen, in denen das Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit gerechtfertigt ist. Im Fall verteidigungs- oder sicherheitsspezifischer Aufträge können öffentliche Auftraggeber beschließen, bestimmte Informationen über die Zuschlagserteilung oder den Abschluss einer Rahmenvereinbarung nicht mitzuteilen, soweit die Offenlegung den Gesetzesvollzug behindert, dem öffentlichen Interesse, insbesondere Verteidigungs- oder Sicherheitsinteressen, zuwiderläuft, berechnete geschäftliche Interessen von Unternehmen schädigt oder den lauter Wettbewerb zwischen ihnen beeinträchtigen könnte.

§ 135 Unwirksamkeit

(1) Ein öffentlicher Auftrag ist von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Auftraggeber

1. gegen § 134 verstoßen hat oder

[Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag Lichtsignalanlagen im Verkehrsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH)

[132-25-E16]

2. den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist, und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist.

(2) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

(3) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 Nummer 2 tritt nicht ein, wenn

1. der öffentliche Auftraggeber der Ansicht ist, dass die Auftragsvergabe ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zu-lässig ist,

2. der öffentliche Auftraggeber eine Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht hat, mit der er die Absicht bekundet, den Vertrag abzuschließen, und

3. der Vertrag nicht vor Ablauf einer Frist von mindestens zehn Kalendertagen, gerechnet ab dem Tag nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung, abgeschlossen wurde.

Die Bekanntmachung nach Satz 1 Nummer 2 muss den Namen und die Kontaktdaten des öffentlichen Auftraggebers, die Beschreibung des Vertragsgegenstands, die Begründung der Entscheidung des Auftraggebers, den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zu vergeben, und den Namen und die Kontaktdaten des Unternehmens, das den Zuschlag erhalten soll, umfassen.

§ 160 Einleitung, Antrag

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

3.4 Weiterleitung von Vergabeunterlagen

Der Auftraggeber ist im Falle eines Nachprüfungsantrags verpflichtet, die Vergabeakten, die auch die abgegebenen Angebote enthalten, an die Vergabekammer weiterzuleiten. Gemäß § 165 GWB haben die Verfahrensbeteiligten unter Umständen Anspruch auf Akteneinsicht und können sich gegebenenfalls Ausfertigungen, Auszüge oder Abschriften erteilen lassen. Die Vergabekammer hat die Einsicht in die Unterlagen zu versagen, soweit dies aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimschutzes oder zur Wahrung von Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen geboten ist. Es ist daher im Interesse des Bieters, bereits mit der Abgabe des Angebotes eine entsprechende Kennzeichnung der Stellen vorzunehmen, die Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten.

Leistungsverzeichnis

Liefer- und Dienstleistung

Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag der
Lichtsignalanlagen von Yunex Traffic im Verkehrsgebiet der
rnv

Inhalt

1	Allgemeines, Angebotsgrundlagen	3
1.1	Allgemeine Beschreibung	3
1.2	Angebotsgrundlagen.....	3
1.3	Inhalt des Angebotes	3
2	Vertragsgrundlagen	4
2.1	Vertragsbedingungen.....	4
2.2	Subunternehmer	4
2.3	Mitwirkung des Auftraggebers	4
2.4	Auftrag und Auftragsbestätigung	4
3	Termine	5
3.1	Terminplan.....	5
3.2	Terminverzögerungen	5
4	Leistungen des Auftragnehmers.....	5
4.1	Darstellung der Maßnahme	5
4.2	Ortsbegehungen	7
5	Durchführung der Arbeiten	8
5.1	Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis	9
6	Leistungsumfang	9
6.1	Leistungsumfang Instandhaltung auf der Grundlage der VDE 0832.....	11
7	Besondere Erschwernisse, Besonderheiten	12

1 Allgemeines, Angebotsgrundlagen

1.1 Allgemeine Beschreibung

Die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv) betreibt im Rhein-Neckar-Raum ein rund 300 km langes Netz aus Straßen- und Eisenbahnlinien und befördert täglich Tausende Fahrgäste. In ihrem Verkehrsgebiet unterhält die rnv eine Vielzahl von Lichtsignalanlagen (LSA), die für die effiziente Steuerung des Straßenverkehrs und die Gewährleistung der Verkehrssicherheit von entscheidender Bedeutung sind.

Um die Betriebsfähigkeit, Funktions- und Verkehrssicherheit dieser LSA dauerhaft zu gewährleisten, ist eine regelmäßige Instandhaltung unerlässlich. Dies umfasst sowohl präventive Instandhaltungsmaßnahmen als auch eine schnelle Entstörung im Falle von Störungen oder Ausfällen, um die Betriebsbereitschaft zu maximieren und Ausfallzeiten zu minimieren.

Zur Sicherstellung eines kontinuierlichen und reibungslosen Betriebs des Verkehrsnetzes ist ein Rahmenvertrag erforderlich, der die Instandhaltung und Entstörung der LSA von Yunex Traffic umfasst.

1.2 Angebotsgrundlagen

Der Auftraggeber ist die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH, Möhlstraße 27, 68165 Mannheim.

Das angeschriebene Unternehmen wird gebeten, ein verbindliches Angebot kostenfrei und ohne jede Verpflichtung für den Auftraggeber abzugeben.

Fehlinterpretationen der Ausschreibungsunterlagen und Fehler bei der Preisstellung des Angebotes gehen zu Lasten des Bieters.

Der Auftraggeber behält sich vor, die Ausschreibung ganz oder teilweise aufzuheben. Ein Anspruch auf Ersatz der Kosten für die Angebotserstellung sowie weitere Ansprüche seitens des Bieters sind ausgeschlossen.

1.3 Inhalt des Angebotes

Das Angebot muss neben den Vorgaben aus den weiteren Vergabeunterlagen zudem mindestens beinhalten:

- Berufshaftpflichtversicherungsdeckung gemäß den Vorgaben der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
- Referenznachweis für die Instandhaltung und Störungsbeseitigung an LSA von Yunex Traffic, mindestens 5 Referenzobjekte.
- Nachweis der fachlichen Qualifikation des einzusetzenden Personals gemäß DIN VDE V 0832-110. Das eingesetzte Personal muss über die Qualifikation „erweiterte Fachkraft für Straßenverkehrs-Signalanlagen“ (eFSS) verfügen, welche durch entsprechende Befähigungsnachweise zu belegen ist. Die regelmäßige Aktualisierung der Qualifikationen ist sicherzustellen. Die erforderlichen Nachweise und Zertifikate über die Qualifikation des

vorgesehenen Personals sind dem Angebot beizufügen. Angebote ohne entsprechende Nachweise werden vom Vergabeverfahren ausgeschlossen.

- Der Auftragnehmer muss ein zertifiziertes Information Security Management System (ISMS) nach ISO/IEC 27001 nachweisen. Das Zertifikat ist bei Angebotsabgabe vorzulegen. Angebote ohne diesen Nachweis werden von der Vergabe ausgeschlossen.

2 Vertragsgrundlagen

2.1 Vertragsbedingungen

Als spätere Vertragsgrundlagen gelten in folgender Reihenfolge:

- Das Bestellschreiben des Auftraggebers
- Das Verhandlungsprotokoll (soweit vorhanden)
- Die Bedingungen dieses Leistungsverzeichnisses
- Die Vertragsbedingungen
- Das Angebot des Auftragnehmers

Soweit diese Vertragsgrundlagen sich widersprechen gilt:

- Spätere schriftliche Weisungen und Angaben des Auftraggebers heben vorausgegangene auf.
- Spezielle Weisungen des Auftraggebers heben allgemeine Richtlinien und Vorschriften auf, soweit diese nicht zwingend sind.

Durch die Angebotsabgabe bestätigt der Auftragnehmer, dass ihm alle zur Vertragserfüllung maßgebenden Daten und Verhältnisse bekannt sind, er diesen im Falle einer Auftragserteilung Rechnung tragen wird, er die Leistungen selbst zu den Vertragsbedingungen erfüllen kann und auf die Anfechtung verzichtet.

2.2 Subunternehmer

Die Leistungen sollen vom Auftragnehmer mit eigenem Personal ausgeführt.

Der Auftragnehmer muss sicherstellen, dass das Subunternehmen die geforderte Qualifikation verfügt.

Untervergabe an Dritte – auch Teilleistungen – darf der Auftragnehmer zur Erfüllung seiner Vertragspflichten nur mit schriftlicher Einwilligung des Auftraggebers vornehmen.

2.3 Mitwirkung des Auftraggebers

Die Mitwirkung des Auftraggebers berechtigt den Auftragnehmer bei Verletzung der ihm obliegenden Vertragspflichten nicht zum Einwand mitwirkenden Verschuldens des Auftraggebers.

2.4 Auftrag und Auftragsbestätigung

Die Auftragserteilung erfolgt schriftlich durch den Auftraggeber.

Änderungen des vereinbarten Leistungsumfanges werden nur verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen und bestätigt werden.

3 Termine

3.1 Terminplan

Nach der Auftragsvergabe muss der Auftragnehmer eine Bestandsaufnahme aller LSA durchführen. Auf der Grundlage der erfassten Daten erstellt der Auftraggeber einen Rahmenterminplan, der mit seinen wesentlichen Zwischenterminen verbindlich ist.

Nachträglich schriftlich festgesetzte Einzeltermine gelten als vertraglich vereinbart.

Vom Auftraggeber nachträglich geforderte kleine Ausführungsänderungen rechtfertigen keine Terminüberschreitung.

3.2 Terminverzögerungen

Bei erkennbarer Verzögerung einer Leistung ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen und dessen Entscheidung über das weitere Vorgehen einzuholen.

Der Auftraggeber ist berechtigt, vom Auftragnehmer einen erhöhten Personaleinsatz, den Einsatz qualifizierten Personals oder Überstunden zu verlangen, wenn abzusehen ist, dass die vorgegebenen Termine nicht eingehalten werden oder die Einhaltung des Terminplans wegen nicht ausreichender Qualifikation des eingesetzten Personals gefährdet ist.

Der Auftraggeber behält sich vor, den ihm wegen Terminverzögerungen entstehenden Schaden geltend zu machen.

4 Leistungen des Auftragnehmers

4.1 Darstellung der Maßnahme

- **Vertragsgegenstand**

Die rnv benötigt einen Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag für die LSA, die vom Hersteller Yunex Traffic (ehemals Siemens) errichtet wurden. Der Vertrag umfasst sämtliche im Verkehrsgebiet der rnv befindlichen LSA, die in Anhang 1 aufgeführt sind. Optional kann der Vertrag um die in Anhang 2 genannten LSA sowie um neu errichtete Anlagen erweitert werden.

- **Vertragslaufzeit**

- Laufzeit: 4 Jahre
- Verlängerungsoption: 2 x 2 Jahre

- **Instandhaltungsmaßnahmen**

- Regelmäßige Intervalle: Alle 6 Monate
- Durchführungszeitraum: Werktags von 7:00 bis 20:00 Uhr

- Durchführung: Gemäß dem Instandhaltungsprotokoll in Abschnitt 6.1
- **Entstörungsmaßnahmen**
 - Durchführung: Findet nach Bedarf statt, sobald eine Störung auftritt, und erfolgt auf schriftliche oder telefonische Anforderung seitens der rnv.
 - Reaktionszeit:
 - Tagsüber (7:00 bis 20:00 Uhr): Der AN muss innerhalb von maximal 4 Stunden nach Aufforderung durch die rnv mit den Entstöruungsarbeiten beginnen.
 - Nachts (20:00 bis 7:00 Uhr): Der AN muss spätestens am folgenden Tag bis 11:00 Uhr mit den Entstöruungsarbeiten beginnen.
 - Materialkosten bis zu einer Höhe von 250 € können direkt abgerechnet werden. Für Materialkosten, die 250 € übersteigen, ist eine separate Beauftragung erforderlich.
- **Erweiterung des Vertrags**
 - Aufgrund bestehender Instandhaltungsverträge werden die LSA erst nach Ablauf der jeweiligen Vertragslaufzeit in den Rahmenvertrag aufgenommen. Eine detaillierte Übersicht der LSA inklusive der jeweiligen Vertragsende-Daten ist in Anhang 1 zu finden.
 - Es besteht die Möglichkeit, jährlich weitere LSA in den Vertrag aufzunehmen.
 - Alle zusätzlich aufgenommenen LSA enden automatisch mit Ablauf der Gesamtvertragslaufzeit.
 - Anhang 2 enthält eine Liste von LSA-Anlagen, für die aktuell keine Wartungsverträge bestehen. Zu Beginn des Rahmenvertrags ist eine Bestandsaufnahme dieser Anlagen durchzuführen. Für jede einzelne Anlage muss ein individuelles Kostenblatt erstellt werden. Anschließend können diese Anlagen bei Bedarf als optionale Positionen in den Rahmenvertrag aufgenommen werden. Sollte die Erstellung eines Kostenblatts für eine Anlage nicht möglich sein, sodass eine Aufnahme in den Vertrag ausgeschlossen ist, ist der Auftraggeber unverzüglich schriftlich zu informieren.
- **Außerbetriebnahme von LSA**
 - Sollten einzelne LSA im Vertragszeitraum außer Betrieb genommen oder dauerhaft stillgelegt werden, so sind diese Anlagen ab dem Zeitpunkt der Außerbetriebnahme automatisch nicht mehr Bestandteil des Vertrags. Für diese Anlagen entfallen ab diesem Zeitpunkt sämtliche vertraglichen Verpflichtungen des Auftragnehmers zur Instandhaltung und Entstörung.
 - Mit der Außerbetriebnahme der Anlagen wird die Vergütung für diese Anlagen eingestellt. Der Auftraggeber verpflichtet sich, den Auftragnehmer unverzüglich schriftlich über die Außerbetriebnahme der Anlagen zu informieren.
- **Besondere Bestimmungen**
 - Bei Störungen an LSA, die abgeschriebene und nicht mehr instandsetzbare Anlagenteile betreffen, ist eine Umstellung auf aktuelle Technik erforderlich. Diese Leistungen sind nicht

Gegenstand dieses Vertrags. Der Auftraggeber ist in solchen Fällen umgehend schriftlich zu benachrichtigen, damit eine separate Beauftragung erfolgen kann

- Schäden oder Störungen, die durch höhere Gewalt verursacht werden, sind nicht Bestandteil dieses Vertrages und müssen gesondert beauftragt werden.
- Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Durchführung von Instandhaltungs- oder Entstöruungsarbeiten unverzüglich schriftlich zu melden.
- Bei Anlagen, die zusätzliche Fremdtechnik enthalten, ist nur der Teil der Anlage zu warten, der auf die LSA-Technik Bezug nimmt.
- **Bereitgestellte Informationen pro LSA (falls vorhanden)**
 - Signallageplan
 - Verkehrstechnischer Erläuterungsbericht zur Signalisierung
 - Technische Dokumentation

4.2 Ortsbegehungen

Die einzelnen LSA befinden sich im öffentlichen Raum. Die Besichtigung der Örtlichkeiten kann selbstständig und ohne Begleitung durch den Auftraggeber erfolgen. Nachforderungen des Auftragnehmers, die auf mangelnde Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten zurückzuführen sind, sind ausgeschlossen.

5 Durchführung der Arbeiten

Der jeweilige Auftragnehmer hat sich vor Beginn der Arbeiten am Arbeitstag (AT) bei der zuständigen Meisterei und der zuständigen Leitstelle der rnv anzumelden und nach Beendigung der Arbeiten am AT wieder abzumelden.

- im Stadtgebiet Mannheim: Leitstelle rnv, Mannheim: 0621/ 465-1444
- im Stadtgebiet Ludwigshafen: Leitstelle rnv, Ludwigshafen: 0621/ 465-1192
- im Stadtgebiet Heidelberg: Leitstelle rnv, Heidelberg: 0621/ 465-1193

Bei nicht erfolgter Anmeldung bei der Leitstelle bzw. beim Anlagenverantwortlichen (Meister), behält sich der Auftraggeber vor, die Maßnahme zum Lasten des Auftragnehmers einzustellen.

Vor Beginn der Maßnahme sind dem Auftraggeber der Arbeitsverantwortliche – gem. DIN VDE 0105-100 - und die zum „Prüfen befähigte Person“ – nach TRBS 1203 – zu benennen.

Der Arbeitsverantwortliche (ArbV) des Auftragnehmers hat bei Bedarf oder wenn gefordert, jeden Tag ca. 30 Minuten zur Abstimmung der Arbeiten mit dem Auftraggeber einzuplanen.

Der ArbV ist mit einem Mobilfunktelefon auszustatten.

Es ist vom Auftragnehmer ein Tagebuch zu führen, aus dem die jeweils erbrachten Leistungen ersichtlich sind.

Es gelten zur Unfallverhütung die Vorschriften und Regelwerke der rnv, insbesondere jedoch die folgenden Regeln der EUK:

- DGUV Vorschrift 77, Arbeiten im Bereich von Gleisen
- GUV-R 2150 Sicherungsmaßnahmen bei Arbeiten im Gleisbereich von Eisenbahnen
- DGUV Vorschrift 1 Grundsätze der Prävention

Weiterführende, hier nicht aufgeführte Vorschriften und Richtlinien sind durch den Auftragnehmer zu beachten.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine auf Auftragsgebiet tätigen Betriebsangehörigen und alle anderen Personen, deren er sich zur Erfüllung seiner vertraglichen Leistung bedient (Erfüllungsgehilfen), jeweils vor Aufnahme ihrer Arbeit so zu unterweisen, dass sie über die Lage des Falls in Betracht kommenden Unfallgefahren des Bahnbetriebs und über Schutzmaßnahmen ausreichend unterrichtet sind. Der Auftragnehmer hat für seine tätigen Betriebsangehörigen Warnkleidung (Klasse 3) zur Verfügung zu stellen, welche bei Arbeiten im Gleisbereich zu tragen sind.

Der Auftragnehmer muss seine Betriebsangehörigen und alle anderen auf Auftragsgebiet tätigen Personen, deren er sich zur Erfüllung seiner vertraglichen Leistung bedient (Erfüllungsgehilfen) anhalten, die Anweisungen Auftraggebers und Sicherheitsüberwachung und die Anweisungen der für den Bahnbetrieb zuständigen Stelle sowie des Sicherheitspersonals zu befolgen. Zuwiderhandelnde sind sofort vom Arbeitsfeld zu entfernen. Verstößt der Auftragnehmer trotz wiederholter Mahnung gegen diese Pflichten, so darf ihm der Auftrag entzogen werden, ohne dass der Bestimmung einer Frist bedarf. Wird

der Auftrag entzogen, dann beschränkt sich der Vergütungsanspruch des Auftragnehmers auf den bis dahin erbrachten und nachgewiesenen Leistungsteil. Der Auftraggeber ist berechtigt, denn noch nicht vollendeten Teil der Leistung zu Lasten des Auftraggebers selbst durchzuführen oder durch einen Dritten ausführen zu lassen. Ansprüche des Auftraggebers auf Ersatz eines entstehenden weiteren Schadens bleiben unberührt. Der Auftraggeber ist auch berechtigt, die auf weitere Ausführung zu verzichten aus den zum Auftragsentzug führenden Gründen für ihn kein Interesse mehr hat.

Erfordernis, Umfang und Kosten von Maßnahmen für die Verkehrssicherung, Verkehrslenkung und Sondernutzung von öffentlichem Grund sind Sache des Auftragnehmers.

Es muss gewährleistet sein, dass der Straßenbahnverkehr immer uneingeschränkt aufrecht erhalten bleibt. Es ist davon auszugehen, dass diverse Arbeiten im Sicherheitsbereich der Gleise liegen, deshalb muss mit Sicherheitsposten immer gearbeitet werden.

Die Kosten für Sicherungsposten sind in die Einheitspreise anzurechnen, sie werden gesondert über die entsprechenden Nachweise abgerechnet.

Es ist davon auszugehen, dass Arbeiten im Bereich der Haltestellen unter hohem Fahrgastaufkommen stattfinden werden.

Eine sichere Fußgängerführung ist während der gesamten Arbeiten durch geeignetes Material und Personal zu gewährleisten.

Alle in diesem Abschnitt angegebenen Aufwendungen sind in die Einheitspreise einzukalkulieren.

5.1 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis

Bei allen Lieferungen und Leistungen sind einschlägigen Vorschriften und Bestimmungen wie BOStrab, ESBO, DIN VDE, DIN EN, DGUV, u.a. zu beachten; soweit diese die hier beschriebene Maßnahme betreffen. Des Weiteren sind die ortspolizeilichen Vorschriften und Auflagen einzuhalten.

Maßgeblich ist der volle Wortlaut im vorliegenden Leistungsverzeichnis.

Die Angebotspreise sind als Festpreise bis Maßnahmenende zu kalkulieren.

6 Leistungsumfang

Für die gewissenhafte Durchführung der Instandhaltung sind folgende Anforderungen zu erfüllen und im Angebot zu beschreiben oder die entsprechenden Nachweise vorzulegen:

- Vorhalten der notwendigen geprüften Ersatzteile in regionalen Lagern sowie in einem Zentrallager (auch für ältere Geräte dürfen nur geprüfte Ersatzteile Verwendung finden)
- Einsatz von für die Instandhaltung von Yunex-Lichtsignalanlagen und deren Inbetriebnahme geschultem Fachpersonal entsprechend den gesetzlichen Vorgaben
- Zur Aufrechterhaltung des Qualifikationsstatus sichert der Auftragnehmer zu, dass sein Personal jederzeit entsprechend geschult ist.
- Die Norm DIN VDE V 0832-110 hat ab Februar 2019 offizielle Gültigkeit und ist maßgeblich für alle Techniker, die Straßenverkehrs-Signalanlagen in Betrieb setzen und Instand halten. Die in der Norm definierte „Fachkraft für Straßenverkehrs-Signalanlagen“ ist eine qualifizierte Fachkraft, die die ihr übertragenen Arbeiten beurteilen und mögliche Gefahren, insbesondere auch für die

Verkehrsteilnehmer, erkennen kann. Die Norm legt die für die Qualifikation der Fachkraft für Straßenverkehrs-Signalanlagen erforderlichen Kenntnisse konkret fest.

- Bereitstellung von voll ausgerüsteten Servicefahrzeugen mit Ersatzteilen, Werkzeug und Diagnosegeräten inkl. alle erforderlichen Softwaretools und die zugehörigen Lizenzen für alle Servicemitarbeiter
- Durchführung von Softwareupdates sowie Hardwareänderungen im Rahmen eines DIN ISO 9001 zertifizierten Produktpflegesystems, zum Erhalt des bei Sicherheitsanlagen erforderlichen Standards, in Abstimmung mit dem Auftraggeber
- Sicherung und Vorhaltung der jeweiligen Geräteversorgung auf einem zentralen Server (für Änderungen an der aktuellen Versorgung bzw. für den zeitnahen Austausch des Gerätes z.B. bei Unfallschäden mittels vorhandener Versorgung)
- Ausschließlicher Einsatz von geprüften und freigegebenen Baugruppen unter Beachtung von Inkompatibilitäten
- Ersatzteile, Baugruppen und Komponenten sowie Firmware, insbesondere von Steuergeräten und –baugruppen, dürfen nur vom Hersteller oder von vom Hersteller lizenzierten Dritten bezogen werden (Lizenzrecht).
- Der Instandhaltungsumfang der LSA-Steuergeräte ist entsprechend den Vorgaben des Herstellers vorzunehmen.
- Der Auftragnehmer sorgt eigenverantwortlich für die Sicherung der Arbeitsstellen gemäß den Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen in der aktuellen Fassung unter Berücksichtigung der ASR A5.2, Ausgabe Dezember 2018.
- Der Auftragnehmer ist für die Entsorgung der ausgetauschten Teile zuständig.

6.1 Leistungsumfang Instandhaltung auf der Grundlage der VDE 0832

Bezeichnung der Instandhaltung:		A	B	A	D
Zeitabstand / Leistungsintervall in Monaten:		6	12	18	24
1.	Steuergerät / Schaltgerät				
1.1	<u>Pflege und Instandsetzung</u>				
1.1.1	Gerät innen säubern		+		
1.1.2	Schaltuhren überprüfen, nach Bedarf nachstellen		+		
1.1.3	Kontakte überprüfen, säubern, einstellen oder ggf. erneuern		+		
1.1.4	Mechanische Teile überprüfen, ölen bzw. fetten oder ggf. erneuern		+		
1.2	<u>Prüfung des Signallageplanes</u> auf Übereinstimmung mit:				
1.2.1	der Anlage		+		
1.2.2	vorfahrtregelnden Verkehrszeichen		+		
1.2.3	Fahrbahnmarkierungen		+		
1.3	<u>Funktionsprüfung</u>				
1.3.1	Prüfung der Signalsicherung				
1.3.1.1	stichprobenartig	+		+	
1.3.1.2	der gesamten Anlage nach Sicherungstabelle mit abgedeckten Signalgebern				+
1.3.2	FI-Schutzschalter prüfen mit Prüftaste	+		+	
1.3.3	Umlauf- oder Zeitschalterüberwachung prüfen		+		
1.3.4	Gelb- und Rot / Gelb - Zeiten prüfen		+		
1.3.5	Zwischenzeiten prüfen, Signalprogramm Nr. 1 2 3 4 5 6		+		
1.3.6	Handschtaltung prüfen		+		
1.3.7	Ein- und Ausscht - Signalbilder prüfen		+		
1.3.8	Signalprogrammumschaltung von Hand prüfen		+		
1.3.9	Signalprogrammumschaltung von Schaltuhr prüfen		+		
1.3.10	Signalprogrammumschaltung von Zentrale prüfen		+		
1.3.11	Verkehrsabhängige Signalprogrammumschaltung prüfen		+		
1.3.12	Prüfen aller Sonderfunktionen (Bahnschrankeneingriffe, Rückstaumessungen mit Beeinflussung der Lichtsignale, verkehrsabhängige Anforderungen und dgl.)		+		
1.3.13	Funktionskontrolle der Signalgebung	+		+	
2.	Elektrische Sicherheitsmaßnahmen				

Bezeichnung der Instandhaltung:		A	B	A	D
Zeitabstand / Leistungsintervall in Monaten:		6	12	18	24
2.1	Erdungswiderstand, Berührungsspannung: Messung des Erdungswiderstandes oder der Berührungsspannung gemäß VDE 0100				+
2.2	Nullung: Messung des Schleifenwiderstandes (R_{Sch}) je Signalkabel				+
2.3	Isolationswiderstand: Messung des Isolationswiderstandes (R_{isol}) bei FI-Schutzschaltung > 30 mA, jede Ader gegen jede Ader und jede Ader gegen Erde - Zeitabstand nach Bedarf -				
3.	Außenanlage				
3.1	Sichtprüfung der Maste, Masttüren, Ausleger, Signalgeberbefestigungen, Spannseile und dergl.		+		
3.2	Sichtprüfung der Mastverteiler, einschließlich Schutzleiter- und Mittelleiteranschlüsse, Verteiler bei Bedarf erneuern		+		

Erläuterung

Die	Eintragungen	im	Kontrollbuch	lauten	wie	folgt:
A-Instandhaltung	→		Leistungsumfang			A
B- Instandhaltung	→		schließt ein:	Leistungsumfang		A
D- Instandhaltung	→		schließt ein: Leistungsumfang A , und B			

7 Besondere Erschwernisse, Besonderheiten

Bei der Ausführung der Leistungen sind insbesondere folgende Erschwernisse zu berücksichtigen:

1. Erschwernisse durch öffentlichen (motorisierten) Individual- und Fußgängerverkehr
2. Erschwernisse durch Arbeiten im Tunnel
3. Erschwernisse durch laufenden Straßenbahn- und Busverkehr

Vertragsgrundlagen

- (1) Als spätere Vertragsgrundlagen gelten in folgender Reihenfolge:
1. Die Vertragsbedingungen für dieses Vergabeverfahren
 2. Das Bieter-/ und Verhandlungsgesprächsprotokoll sowie die Beantwortung von Bewerber-/ Bieterfragen (soweit vorhanden)
 3. Die weiteren Vergabeunterlagen inkl. Leistungsbeschreibung mit Anlagen
 4. Die „Allgemeinen Einkaufsbedingungen Dienstleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe“
 5. Die „Allgemeinen Einkaufsbedingungen für Liefer- und Werkleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe“
 6. Das (letzverbindliche) Angebot des Auftragnehmers inkl. Sämtlicher auf gesonderte Anforderung vorgelegter oder nachgereichter Unterlagen, Konzepte, Skizzen, Nachweise, Erklärungen und Angaben
 7. Die aktuell gültige Fassung der VOL/B
 8. Die aktuell gültige Fassung des BGB
- (2) Sind in einer der vorgenannten Vertragsunterlagen Einzelleistungen oder Leistungsstandard nicht oder anders erwähnt, als in den anderen Vertragsunterlagen, ist zu prüfen, ob die widersprüchlichen Angaben auf einer Fortentwicklung oder Änderung der zu erbringenden Leistungen (unechter Widerspruch) beruhen. In diesem Fall ist Gegenstand der Leistungspflicht insoweit die fortentwickelte oder geänderte Leistung und die sie betreffenden Vertragsunterlagen. Nur dort, wo sich widersprechende Angaben nicht aus solchen geänderten oder fortentwickelten Angaben der Unterlagen ergeben, die Vertragsbestandteile sind, liegt ein echter Widerspruch vor, der durch Auslegung zu beseitigen ist.
- (3) Diese Vertragsbedingungen finden nicht nur Anwendung auf die Rahmenvereinbarung, sondern auch auf die gemäß Rahmenvereinbarung erteilten Einzelaufträge, auch wenn in den Einzelbeauftragungen nicht nochmals ausdrücklich auf die Rahmenvereinbarung bzw. diese Vertragsbedingungen Bezug genommen wird.

**[Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag der Lichtsignalanlagen von Yunex Traffic
im Verkehrsgebiet der rnv]
[132-25-E16]**

Vertragsbedingungen

Präambel

Diese Vertragsbedingungen gelten für den Rahmenvertrag über die Instandhaltung und Entstörung der Lichtsignalanlagen im Verkehrsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH.

1 Vertragslaufzeit und Verlängerungsoption

- (1) Die Rahmenvereinbarung beginnt ab dem 01.01.2026 bis zum 31.12.2029. Bei neuen Lichtsignalanlagen läuft die Rahmenvereinbarung ab dem Tag der Abnahme.
- (2) Abweichenden Beginn, abweichend zu §1 Abs 1, der Rahmenvereinbarung für die folgenden Lichtsignalanlagen wird vereinbart:
 - Lichtsignalanlage: 2132 – Vertragsbeginn: 07.11.2028
 - Lichtsignalanlage: 2595 – Vertragsbeginn: 09.11.2027
 - Lichtsignalanlage: 2596 – Vertragsbeginn: 23.10.2027
 - Lichtsignalanlage: 2597 – Vertragsbeginn: 24.10.2027
 - Lichtsignalanlage: 2598 – Vertragsbeginn: 25.10.2027
 - Lichtsignalanlage: 2599 – Vertragsbeginn: 17.11.2027
 - Lichtsignalanlage: 855 – Vertragsbeginn: 01.01.2028
 - Lichtsignalanlage: 854 – Vertragsbeginn: 01.01.2028
- (3) Der Beginn der Rahmenvereinbarung für die Optional angefragten Lichtsignalanlagen erfolgt mit der erstmaligen Bestellung durch den AG
- (4) Einzelaufträge, welche im Rahmen von Reparaturleistungen und während der Vertragslaufzeit erteilt werden, sind vom AN auch dann noch zu den vereinbarten Konditionen durchzuführen, wenn die Ausführung des Einzelauftrags nach Ablauf der Vertragslaufzeit der Rahmenvereinbarung erfolgt.
- (5) Der AG hat die Möglichkeit, die Rahmenvereinbarung zweimal um zwei Jahre zu verlängern. Die Ausübung der Verlängerungsoption erfolgt durch schriftliche Erklärung, die dem AN spätestens 4 Wochen vor Ablauf der Festlaufzeit zugehen muss.
- (6) Die Verpflichtung, die Option zur Verlängerung zu ziehen, kann gegenüber der rnv nicht automatisch geltend gemacht werden. Die rnv behält sich vor, eine Option zur Verlängerung zu ziehen.
- (7) Mit Erreichen der maximalen Abrufmengen gemäß der Rahmenvereinbarung, endet die Rahmenvereinbarung automatisch.

**[Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag der Lichtsignalanlagen von Yunex Traffic
im Verkehrsgebiet der rnv]
[132-25-E16]**

- (8) Werden Optionale Pos in der Grundlaufzeit nicht beauftragt, werden diese Pos. beim Ziehen einer Verlängerungsoption nicht mit beauftragt, diese können aber weiterhin optional durch den AG beauftragt werden.

2 Einzelbeauftragungen – Wartung

- (1) Die Einzelbeauftragung erfolgt auf Grundlage der Rahmenvereinbarung und des auf dieser Basis vom AN abgegebenen Angebotes mittels schriftlicher Bestellung, unter Angabe der Bestellnummer und des Bestelldatums.
- (2) Die Einzelbeauftragung erfolgt einmal pro Jahr für die Laufzeit eines Jahres.
- (3) Bei Aufnahme neuer Lichtsignalanlagen werden diese durch den AG anteilig der verbleibenden Wartungen innerhalb des Jahres in die vorhandene Bestellung aufgenommen. Im Anschluss wird eine aktualisierte Bestellung an den AN versendet.
- (4) Der AN ist gehalten, unsere Bestellung innerhalb einer Frist von einer Woche schriftlich zu bestätigen. Der AN verpflichtet sich, die Leistung innerhalb von 14 Werktagen nach Eingang der Bestellung zu erbringen.
- (5) Aus der Rahmenvereinbarung folgt kein Rechtsanspruch auf Einzelbeauftragung. Weder besteht Anspruch auf einen bestimmten Umfang noch auf eine bestimmte Zahl an Einzelaufträgen. Etwaige Preisanpassungsansprüche aus § 313 BGB dieser Vertragsbedingungen bleiben hiervon unberührt.

3 Einzelbeauftragungen – Reparatur

- (1) Mit den vereinbarten Instandhaltungspreisen sind anfallende Kosten für Ersatzteile bis zu einem Höchstpreis von 250,00 EUR netto abgegolten. Für die Reparaturen / Instandsetzungen bis zu diesem Höchstpreis hat keine Einzelbeauftragung zu erfolgen.
- (2) Im Fall von Reparaturen / Instandsetzungen über den in Absatz 1 genannten Höchstpreis hinaus, hat der AN vor der Einzelbeauftragung auf Grundlage der voraussichtlichen Reparaturleistungen und der vereinbarten Einzelpreise gemäß Rahmenvereinbarung einen detaillierten Kostenvoranschlag zu erstellen und dem AG zur Entscheidung über die Erteilung des Reparaturauftrages (Einzelbeauftragung) sofort nach Prüfung der Anlage in Form einer PDF-Datei zu überlassen. Für die Erstellung des Kostenvoranschlages wird kein gesondertes Entgelt vereinbart.
- (3) Eine Einzelbeauftragung im Rahmen kurzfristiger Ausfälle erfolgt per E-Mail durch den AG an die vom AN angegebene E-Mail-Adresse. Hierfür entfällt die Angabe einer Bestellnummer. Das Datum sowie die Uhrzeit der Bestellung sind in diesem Fall der E-Mail zu entnehmen. Der AN verpflichtet sich zwischen 07:00 Uhr – 19:59 Uhr innerhalb von 4 h nach schriftlicher Beauftragung per E-Mail die Entstörung gemäß den Vergabeunterlagen vorzunehmen. Zwischen 20:00 Uhr – 06:00 Uhr verpflichtet sich der AN, die Entstörung am folge bzw. am selben Tag gemäß den Vergabeunterlagen vorzunehmen.
- (4) Durchgeführte Reparaturen hat der AN umfassend und aussagekräftig zu dokumentieren. Die Dokumentationsunterlagen sind dem AG drei Werktage nach Durchführung der Re-

**[Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag der Lichtsignalanlagen von Yunex Traffic
im Verkehrsgebiet der rnv]
[132-25-E16]**

paraturleistungen in Form einer PDF-Datei zu überlassen. Des Weiteren sind alle Maßnahmen umgehend nach Durchführung in dem Betriebstagebuch vor Ort zu dokumentieren.

- (5) Bei störungsbedingtem Reparatur- / Instandsetzungsbedarf muss der AN gemäß Absatz 3 innerhalb von 4 Stunden nach der Störungsanzeige des AG mit einer Vor-Ort-Überprüfung beim AG beginnen.
- (6) Aus der Rahmenvereinbarung folgt kein Rechtsanspruch auf Einzelbeauftragung. Weder besteht Anspruch auf einen bestimmten Umfang noch auf eine bestimmte Zahl an Einzelaufträgen. Etwaige Preisanpassungsansprüche aus § 313 BGB dieser Vertragsbedingungen bleiben hiervon unberührt.

4 Rahmenvereinbarungspreise

- (1) Die mit der Rahmenvereinbarung vereinbarten und für die Einzelbeauftragungen maßgebenden Preise sind Festpreise.
- (2) Die Preise in Punkt 1 „Wartung“ gemäß dem Preisblatt verstehen sich als Pauschalpreise pro Monat.
- (3) Alle Preise verstehen sich als Nettopreise, zuzüglich gesetzlicher Umsatzsteuer, auch wenn diese nicht gesondert ausgewiesen ist. Die Umsatzsteuer ist in der jeweils am Tage der Leistungserbringung geltenden gesetzlichen Höhe zu berechnen.
- (4) Die Preise umfassen alle zur Durchführung notwendigen Leistungen einschließlich aller Nebenleistungen. Enthalten sind insbesondere auch Kosten für Putzmittel, das Vorhalten von Werkzeugen und Hilfsmitteln, incl. Leitern und Fahrzeuge für die Instandsetzung und Reinigung der Einrichtungen, Demontage, Entsorgung, Montage, Inbetriebnahme, Prüfung und Justierung. Ebenso umfassen die jeweiligen Preise sämtliche Personal- und Sachkosten sowie sonstige Kosten inklusive aller Nebenkosten, auch dann, wenn die entsprechenden Nebenleistungen nicht explizit genannt werden, jedoch für eine vertragsgerechte Leistungserbringung notwendig sind. Etwaige Patentgebühren, Lizenzvergütungen oder die Benutzung fremder Schutzrechte sind vom AN zu klären und durch die vereinbarten Preise abgegolten. Mögliche Preisanpassungsansprüche des AN aus § 313 BGB bleiben unberührt.
- (5) Falls Preisnachlässe vereinbart wurden, gelten diese Preisnachlässe auch für sämtliche Nachtragsleistungen.
- (6) Der AN hält sich für eine Vertragslaufzeit von zwei Jahren an seine Preise gebunden. Dies gilt auch, wenn die abgerufene Menge von der in der Rahmenvereinbarung ausgeschriebenen Menge abweichen sollte, gleich ob es sich um Mehr- oder Mindermengen handelt. Ansprüche des AN aus § 313 BGB bleiben hiervon unberührt.
- (7) Preisanpassungen für die Erbringung von Leistungen durch das eingesetzte Personal sind frühestens ab dem dritten Jahr nach Auftragserteilung und maximal einmal pro 24 Monate möglich.
- (8) Beabsichtigt der AN Preisanpassungen für die Erbringung von Leistungen durch das eingesetzte Personal vorzunehmen, so ist dies mit einer Frist von jeweils drei Monaten vorab

**[Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag der Lichtsignalanlagen von Yunex Traffic
im Verkehrsgebiet der rnv]
[132-25-E16]**

schriftlich dem AG anzuzeigen sowie zu begründen. Die Preisanpassung tritt ausschließlich durch schriftliche Zustimmung des AG in Kraft. Der AG behält sich vor, unbegründete Preiserhöhung abzulehnen.

- (9) Die Preisfortschreibung richtet sich nach den Vorgaben des Preisklauselgesetzes. Alle Preise im Angebot des AN gelten für die Preisfortschreibung zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung als angegeben.

Die Fortschreibung erfolgt anhand folgender Preisgleitformel:

$$P_n = P_a \left(\frac{L_n}{L_a} \right)$$

P_n = neuer Preis
 P_a = alter Preis
 L_n = Index Lohnkosten des Vorjahres
 L_a = Index Lohnkosten des Vorvorjahres

Maßgebender Index für die vorstehende Berechnungsformel ist der vom Statistischen Bundesamt ermittelte „Index der Tarifverdienste“ (= lfd. Nr. WZ08-24-02 „Index d.tarifl. Stundenverdienste ohne Sonderzahl.“ des Wirtschaftszweiges „Metall- und Elektroindustrie“).

- (10) Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach sind im Preisblatt der Monatssatz, Stunden und Kilometer der initialen Vertragslaufzeit in die Preispositionen in den Gruppen des Preisblattes „1.2 – Wartung Lichtsignalanlagen erste optionale Verlängerung“, „1.3 – Wartung Lichtsignalanlage zweite optionale Verlängerung“, „2.1 – Entstörung Lichtsignalanlagen erste optionale Verlängerung“ und „2.1 – Entstörung Lichtsignalanlagen zweite optionale Verlängerung“ einzutragen. Sollten andere Preise eingetragen werden, muss dieses Angebot von der weiteren Angebotsauswertung ausgeschlossen werden.

5 Leistungserbringung

- (1) Der AN nimmt zudem die Lieferung und das Auswechseln der für die einwandfreie Funktion und Betriebssicherheit erforderlichen Teile der Lichtsignalanlagen sowie die Beseitigung von Störungen und Schäden vor.
- (2) Das Abschalten einer Lichtsignalanlage bedarf in jedem Fall der Zustimmung eines Mitarbeiters der Meisterei des AG. Zur Abwendung von unmittelbaren Gefahren braucht diese Genehmigung nicht eigens eingeholt zu werden, jedoch muss die zuständige Stelle umgehend benachrichtigt werden.
- (3) Vor der Wiederinbetriebnahme einer Lichtsignalanlage, die mehr als drei Monate außer Betrieb war, sowie vor der Übernahme der Instandhaltung einer bestehenden Anlage ist eine Funktionsprüfung sowie die fällige oder angeordnete Instandhaltung durchzuführen. Notwendige Reparaturen sind festzustellen, dem AG mitzuteilen und nach Auftragserteilung auszuführen.

**[Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag der Lichtsignalanlagen von Yunex Traffic
im Verkehrsgebiet der rnv]
[132-25-E16]**

- (4) Der AN wird die Leistungen mit äußerster Sorgfalt unter Beachtung des aktuellen Standes von Wissenschaft und Technik zum jeweiligen Leistungszeitpunkt mit qualifizierten Mitarbeitern (Fachkraft für Straßenverkehrs-Signalanlagen Elektrofachkraft nach DIN VDE V 0832-110) erbringen, um das bestmögliche Ergebnis zu erzielen. Die vom AG benannten Leistungsmerkmale entbinden den AN nicht von der Verantwortung, eine technisch und wirtschaftlich korrekte Leistungserbringung zu gewährleisten. Der AN wird den AG unverzüglich darauf hinweisen, wenn aus seiner Sicht Änderungen der vertragsgegenständlichen Leistungen möglich sind, die zu einer Verbesserung führen. In diesem Fall finden die Ziffern 7.3 und 7.4 Anwendung.
- (5) Auf Verlangen des AG hat der AN jederzeit schriftlich oder in Textform Auskunft über den aktuellen Stand der Leistungserbringung zu geben.

6 Außerbetriebnahme von LSA

- (1) Sollten einzelne LSA im Vertragszeitraum außer Betrieb genommen oder dauerhaft stillgelegt werden, so sind diese Anlagen ab dem Zeitpunkt der Außerbetriebnahme automatisch nicht mehr Bestandteil des Vertrags. Für diese Anlagen entfallen ab diesem Zeitpunkt sämtliche vertraglichen Verpflichtungen des Auftragnehmers zur Instandhaltung und Entstörung.
- (2) Mit der Außerbetriebnahme der Anlagen wird die Vergütung für diese Anlagen eingestellt. Der Auftraggeber verpflichtet sich, den Auftragnehmer unverzüglich schriftlich über die Außerbetriebnahme der Anlagen zu informieren.

7 Weitere Pflichten des Auftragnehmers

- (1) Der AN hat die zur Erfüllung der von ihm übernommenen Leistungen notwendigen technischen, finanziellen, materiellen (wie Ersatzteile, Austauschgeräte etc.) und personellen Voraussetzungen zu schaffen und während der Laufzeit dieses Vertrages vorzuhalten.
- (2) Der AN hat sein Personal fachlich zu schulen.
- (3) Der AN hat die Leistungen grundsätzlich selbst zu erbringen. Der Verstoß des AN gegen seine Eigenleistungsverpflichtung ist eine Verletzung einer vertraglichen Verpflichtung im Sinne des § 280 BGB. Der AN darf die Ausführung der Leistung insgesamt oder wesentlicher Teile davon nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung an geeignete Unterauftragnehmer übertragen. Die Zustimmung ist nicht erforderlich bei unwesentlichen Teilleistungen oder solchen Teilleistungen, auf die der Betrieb des AN nicht eingerichtet ist, allerdings ist der AG in solchen Fällen schriftlich zu informieren. Eine vom AG nicht genehmigte Vergabe von wesentlichen Leistungen an einen Nachunternehmer berechtigt den AG zur Festsetzung einer Vertragsstrafe sowie zur fristlosen Kündigung des Vertrages. Der AN steht dafür ein, dass etwaige Unterauftragnehmerleistungen nur an Unternehmen vergeben werden, die über eine vergleichbare Zertifizierung bzw. Qualifikation wie der AN verfügen und dieselben bzw. vergleichbare Qualitätsstandards einhalten. Unterauftragnehmer des AN sind dessen Erfüllungsgehilfen.
- (4) Der AN hat für eine lückenlose, vollumfängliche und ordnungsgemäße Dokumentation seiner Leistungen zu sorgen sowie alle erforderlichen Inspektionen, Prüfungen und Wartungen durchzuführen. Die Dokumentation nebst Inspektionen, Prüfungen und Wartungen

**[Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag der Lichtsignalanlagen von Yunex Traffic
im Verkehrsgebiet der rnv]
[132-25-E16]**

müssen den Vorgaben aus der technischen Leistungsbeschreibung sowie den einschlägigen technischen Vorschriften und anerkannten Regeln der Technik entsprechen.

- (5) Die Dokumentationsunterlagen, Instandhaltungsberichte und Protokolle sind dem AG innerhalb von 10 Kalendertagen nach Durchführung in Form einer PDF-Datei an die vom AG angegebene E-Mail-Adresse unaufgefordert zu überlassen. Des Weiteren ist in jedem Fall das Betriebsbuch einer Anlage auszufüllen, welches in jeder Anlage vorzufinden ist.
- (6) Überprüfungen und/oder Freigaben des AG lassen die Haftung und Einstandspflicht des AN für seine ordnungsgemäße und vertragsgerechte Leistungserbringung in allem unberührt. Überprüfungen und/oder Freigaben des AG erfolgen nicht in Erfüllung einer Verpflichtung / Obliegenheit des AG gegenüber dem AN und begründen nicht den Einwand eines etwaigen Mitverschuldens.
- (7) Sollte es erforderlich werden Anträge zu einer Zollabfertigung zu stellen, so ist der AN verpflichtet im Namen des AG die zur Zollabfertigung erforderlichen Anträge zu stellen.

8 Change Request, Mehraufwendungen

- (1) Der AG ist berechtigt, die Anforderungen an die vertragsgegenständlichen Leistungen sowie sonstige Vertragsbedingungen gemäß dem nachfolgenden Change Request Prozess zu ändern.
- (2) Wünsche zur Änderung und/oder Ergänzung des Vertrages teilt der AG dem AN schriftlich oder per E-Mail mit („Change Request“).
- (3) Der AN informiert den AG spätestens sieben Werktage nach Zugang des Change Request schriftlich oder per E-Mail darüber, ob und wie sich der Change Request auf den jeweils vereinbarten Zeitplan, die Vergütung und/oder sonstige Vertragsbedingungen auswirkt, und unterbreitet dem AG ein Angebot zur Umsetzung des Change Request. Die Pflicht zur Abgabe eines Angebots besteht nicht, wenn der Change Request für den AN unzumutbar ist. Führt die Umsetzung des Change Request zu Änderungen der Vergütung oder des Zeitplans, sind diese auf Basis der ursprünglichen Kalkulationsgrundlage zu ermitteln. Erfolgt keine Einigung, kann der AG den Vertrag über die konkret zu ändernde Leistung außerordentlich kündigen, wenn für den AG ein Festhalten am Vertrag ohne die verlangte Änderung unzumutbar ist.
- (4) Nimmt der AG das Angebot schriftlich oder per E-Mail an, wird der Change Request Bestandteil des Vertrages und ändert und/oder ergänzt diesen z. B. hinsichtlich der zu erbringenden Leistungen, des Zeitplans und der Vergütung.
- (5) Ist der AN der Auffassung, dass die Vorgaben des AG oder andere vom AG zu vertretende Umstände zu einem erhöhten Arbeitsaufwand führen und/oder Auswirkungen auf die jeweils vereinbarten Termine und/oder die Vergütung haben, oder hält der AN Änderungen an den vertragsgegenständlichen Leistungen und/oder sonstigen Vertragsbedingungen für erforderlich oder sinnvoll, so wird er dem AG dies unverzüglich schriftlich oder per E-Mail anzeigen. In diesem Fall finden die Ziffern 7.3 und 7.4 Anwendung, wobei das Angebot zeitgleich mit der Anzeige zu unterbreiten ist.
- (6) Mehraufwendungen werden nur erstattet und eine zusätzliche Vergütung nur gezahlt, wenn die Zahlung ausdrücklich schriftlich gemäß Ziffer 7.4 vereinbart wurde. Der AN kann sich auf eine Verschiebung der vereinbarten Termine wegen Behinderung nur berufen, wenn er dies dem AG gemäß Ziffer 7.5 rechtzeitig und ordnungsgemäß angezeigt hat.

**[Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag der Lichtsignalanlagen von Yunex Traffic
im Verkehrsgebiet der rnv]
[132-25-E16]**

9 Weisungs-, Kontroll- und Informationsrechte des Auftraggebers

- (1) Der AG ist berechtigt, die dem AN übertragenen Leistungen selbst oder durch beauftragte Dritte zu überwachen. Der AN und dessen Bedienstete sind verpflichtet, den mündlichen und schriftlichen Weisungen des AG zur Ausführung der Arbeit Folge zu leisten.
- (2) Der AN ist gehalten, dem AG auf dessen Anforderung unverzüglich und jederzeit sämtliche Informationen im Zusammenhang mit der Vertragsdurchführung zu erteilen, Einsicht in sämtliche die Vertragsdurchführung betreffende Unterlagen zu gewähren und dem AG Zutritt zu sämtlichen mit der Vertragsdurchführung in Zusammenhang stehenden Grundstücken, Gebäuden oder sonstigen technischen Einrichtungen zu gestatten. Diese Verpflichtung bezieht sich auch auf elektronisch gespeicherte Daten.
- (3) Der AN ist ferner verpflichtet, den AG über alle besonderen Vorkommnisse, insbesondere solche, die mit dem Betrieb der zur Leistungserbringung erforderlichen Anlagen in Zusammenhang stehen, unverzüglich zu unterrichten. Dies gilt insbesondere für Betriebsstörungen.
- (4) Der AN hat den AG unverzüglich und unaufgefordert schriftlich darüber zu unterrichten, wenn gegen ihn bzw. seine Mitarbeiter und/oder etwaige Unterauftragnehmer bzw. deren Mitarbeiter behördliche Verfügungen, Bußgeldbescheide, Strafbefehle oder Urteile ergehen, die im Zusammenhang mit den vom AN zu erbringenden vertraglichen Leistungen stehen bzw. auf diese Auswirkungen haben können. Entsprechendes gilt für behördliche und/oder staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren.
- (5) Der AN hat sicherzustellen, dass er bzw. seine Mitarbeiter jederzeit im Besitz der unter Umständen erforderlichen behördlichen Genehmigungen ist/sind. Etwa hierdurch entstehende Kosten hat der AN zu tragen.

10 Haftung und Freistellungsverpflichtung des Auftragnehmers

- (1) Der AN verpflichtet sich, die Leistungen gemäß den Vorgaben der Leistungsbeschreibung durchzuführen. Er trägt die sich aus der Leistungserbringung ergebende Gefahr.
- (2) Der AN haftet nach den gesetzlichen Bestimmungen.
- (3) Die Haftung des AG ist im Falle einfacher Fahrlässigkeit bei der Verletzung nicht wesentlicher Vertragspflichten ausgeschlossen und im Falle der Fahrlässigkeit im Übrigen auf den vorhersehbaren und vertragstypischen Schaden beschränkt. Wesentliche Vertragspflichten sind solche, ohne deren Erfüllung der Zweck des Vertrages gefährdet ist bzw. auf deren Einhaltung der Vertragspartner vertrauen darf. Dies gilt jedoch nicht im Falle der Verletzung von Leben, Leib und Gesundheit sowie im Falle der Verletzung einer Garantie und der Haftung nach dem ProdHaftG.
- (4) Schäden von Gesellschaften der rnv-Gruppe kann der AG wie eigene Schäden gegenüber dem AN geltend machen.
- (5) Der AN stellt den AG von sämtlichen zivil- und/oder öffentlich-rechtlichen Ansprüchen bzw. den Folgen einer Inanspruchnahme durch Dritte frei, die im Zusammenhang mit der Erfüllung der vom AN übernommenen Leistungen erhoben werden.

**[Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag der Lichtsignalanlagen von Yunex Traffic
im Verkehrsgebiet der rnv]
[132-25-E16]**

11 Vertragsstrafe bei Verzug

- (1) Die vom AN schuldhaft verursachter Überschreitung (Verzug) der vereinbarten Vertragsfrist (Rahmenterminplan) pro Lichtsignalanlage ist der AG berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,1 % der anteiligen, auf die jeweilige Lichtsignalanlage entfallenden Netto-Einzelauftragssumme pro Werktag der Fristüberschreitung, höchstens jedoch maximal 5 % der auf die jeweilige Lichtsignalanlage anteilig entfallenden Netto-Einzelauftragssumme als Vertragsstrafe geltend zu machen. Die Gesamtsumme aller möglichen Vertragsstrafen für die schuldhafte Überschreitung der Fertigstellungsfristen innerhalb eines Einzelauftrages ist auf maximal 5 % der Gesamt-Netto-Einzelauftragssumme begrenzt.
- (2) Die vom AN schuldhaft verursachter Überschreitung (Verzug) der vereinbarten Vertragsfrist (für Entstörungen) pro Lichtsignalanlage ist der AG berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,3 % der anteiligen, auf die jeweilige Lichtsignalanlage entfallenden Netto-Einzelauftragssumme pro Stunde der Fristüberschreitung, höchstens jedoch maximal 5 % der auf die jeweilige Lichtsignalanlage anteilig entfallenden Netto-Einzelauftragssumme als Vertragsstrafe geltend zu machen. Die Gesamtsumme aller möglichen Vertragsstrafen für die schuldhafte Überschreitung der Fertigstellungsfristen innerhalb eines Einzelauftrages ist auf maximal 5 % der Gesamt-Netto-Einzelauftragssumme begrenzt.
- (3) Der AG ist berechtigt, sich die Geltendmachung der Vertragsstrafe gemäß Ziffer 10.1 und Ziffer 10.2 bis zur Fälligkeit der Schlussabrechnung des Einzelauftrages vorzubehalten. Weitergehende Ansprüche und Rechte des AG bleiben vorbehalten. Die Vertragsstrafe wird jedoch auf etwaige Schadensersatzansprüche wegen Verzugs angerechnet.

12 Abnahme

- (1) Nach abnahmereifer Fertigstellung der Einzelauftragsleistungen gilt die Leistung als abgenommen, wenn der AG binnen 12 Werktagen nach Fertigstellungsmeldung keine Einwendungen gegen die Abnahme vorgebracht hat. Der AG ist berechtigt, bei wesentlichen Mängeln die Abnahme zu verweigern.
- (2) Die Abnahme wird als erklärte Abnahme zwischen den Parteien vereinbart. Eine konkludente Abnahme durch bloße Fertigstellungsanzeige oder Ingebrauchnahme wird ausgeschlossen. Die Möglichkeit einer fiktiven Abnahme gemäß § 640 Abs. 2 BGB bleibt unberührt. Die Rechtsfolge einer fiktiven Abnahme gemäß § 640 Abs. 2 S. 1 BGB tritt allerdings nur ein, wenn der AN dem AG zusammen mit der Aufforderung zur Abnahme auf die Folgen einer nicht erklärten oder ohne Angaben von Mängeln verweigerten Abnahme hingewiesen hat. Der Hinweis des AN bedarf der Textform.
- (3) Zwischenkontrollen des AG während der Durchführung der Einzelauftragsleistungen durch den AN sind ebenso wie technische „Abnahmen“ keine rechtsgeschäftlichen Abnahmen im vorgenannten Sinn.
- (4) Der AG behält sich vor, in Einzelfällen eine rechtsgeschäftliche Abnahme durchzuführen. In diesem Fall findet eine förmliche Abnahme zwischen den Parteien vereinbart.

**[Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag der Lichtsignalanlagen von Yunex Traffic
im Verkehrsgebiet der rnv]
[132-25-E16]**

13 Gewährleistungsansprüche

- (1) Der AN garantiert eine Gewährleistung von 24 Monaten, für die erbrachte Leistung sowie durch ihn eingesetzten Teile, gerechnet ab dem Tag der Abnahme.
- (2) Die Gewährleistung gemäß Ziffer 12.1 findet ebenso für die sich im Lager des AN befindenden Teile Anwendung.
- (3) Auch für die Dauer der Gewährleistung wird die Instandhaltungspauschale gezahlt.

14 Mängel

- (1) Die Haftung ebenso wie die Mängelhaftung des AN nach Abnahme richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Verjährungsfrist für die vom AN durchzuführenden Einzelauftragsleistungen betragen 24 Monate gerechnet ab der Abnahme. Die Haftung für Mangelgeschäden oder für Personen-, Sach- oder sonstige Vermögensschäden ist der Höhe nach auf € 500.000,00 pro Einzelauftrag beschränkt. Die Haftungsbeschränkung kommt nicht zur Anwendung bei vorsätzlichem Handeln des AN oder eines seiner Erfüllungsgehilfen.
- (2) Der AG hat das Recht, eine Ersatzvornahme zu Lasten des AN vorzunehmen.

15 Rechnungsstellung

- (1) Die Instandhaltungskosten werden in Teilbeträgen halbjährlich am Quartalsende vergütet. Bei Aufnahme neuer oder Reduzierung bestehender Lichtsignalanlagen erfolgt die Verrechnungen der Mehr- oder Minderleistungen mit Rechnungsstellung im folgenden Abrechnungsquartal.
- (2) Rechnungen sind durch den AN unter gesondertem Ausweis der Umsatzsteuer und der Angabe der Bestellnummer per E-Mail als PDF-Datei an folgende E-Mail-Adresse:

RG_rnv@rnv-online.de

Es bestehen folgende Anforderungen an die versendeten Rechnungen:

Dateiformat

- Es werden nur Dokumente mit der Dateiendung .pdf akzeptiert und verarbeitet.
- Bitte verwenden Sie keinen Passwortschutz
- Keine Sonderzeichen (: *?/ "><) im Dateinamen

Dateiinhalt

- Nur eine Rechnung je PDF-Datei
- Mehrseitige Dokumente und Anlagen bitte immer in einem PDF-Dokument zusammenfassen
- Keine separaten Anlagen möglich

**[Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag der Lichtsignalanlagen von Yunex Traffic
im Verkehrsgebiet der rnv]
[132-25-E16]**

Emailversand

- Jede Gesellschaft besitzt Ihre eigene E-Mail-Adresse. Abweichende Belegeingänge werden nicht bearbeitet.
- Bitte senden sie ausschließlich Rechnungen und Gutschriften/Rechnungskorrekturen an die jeweilige E-Mail-Adresse.
- Abweichende Dokumente oder Anfragen können nicht berücksichtigt werden.

Eine Übersicht über die Anforderungen an die Rechnungsqualität mit einer Beispielrechnung ist in der Anlage enthalten.

Mahnungen und sonstige Rückfragen richten Sie bitte ausschließlich an:

Kreditorenbuchhaltung@rnv-online.de

- (3) Sollte der AN die Bestellnummer nicht auf der Rechnung vermerken bzw. vermerkt haben, ist eine Bearbeitung durch die rnv nicht möglich und auch nicht geschuldet. In diesem Fall wird die rnv die Rechnung zu ihrer Entlastung an den AN zurücksenden.

16 Datenschutz

Der AN verpflichtet sich, die gesetzlichen Datenbestimmungen zum Datenschutz einzuhalten und von allen Mitarbeitern und Erfüllungsgehilfen, die mit der vertraglich geschuldeten Leistung oder dem vorangegangenen Vergabeverfahren in Berührung kommen, falls erforderlich, entsprechende gesonderte Zustimmungserklärungen in gesetzlich geforderter Form einzuholen.

17 Compliance

- (1) Der AN bzw. seine Beschäftigten und/oder Erfüllungsgehilfen dürfen keine geschäftlichen Handlungen begehen, durch welche sie sich wegen Betrug oder Untreue, Insolvenzstraf-taten, Beschränkungen des Wettbewerbs, Vorteilsgewährung, Vorteilsannahme, Bestechung, Bestechlichkeit oder vergleichbaren Delikten strafbar machen oder die eine Ordnungswidrigkeit darstellen. Bei einem Verstoß ist der AG berechtigt, alle geschäftlichen Kontakte zum AN zu beenden und bestehende Verträge außerordentlich zu kündigen bzw. von allen bestehenden Verträgen zurückzutreten. Hierdurch wird der AN nicht von der Pflicht entbunden, alle die Zusammenarbeit mit dem AG betreffenden Gesetze und Regelungen einzuhalten.
- (2) Hat der AN im Zusammenhang mit der Erbringung der Leistung nachweislich eine Abrede getroffen, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung oder eine unlautere Verhaltensweise darstellt, hat er pauschalierten Schadensersatz in Höhe von 15 % der Abrechnungssumme an den AG zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird.

**[Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag der Lichtsignalanlagen von Yunex Traffic
im Verkehrsgebiet der rnv]
[132-25-E16]**

18 Kündigung

- (1) Kündigung und Kündigungsfolgen regeln sich nach den gesetzlichen Vorschriften, insbesondere nach §§ 648, 648a BGB. Ein wichtiger Kündigungsgrund liegt für den AG auch vor, wenn der AN – gegebenenfalls trotz Abmahnung – schuldhaft gegen seine Verpflichtung zur Einhaltung des Mindestlohns verstößt oder die Vorschriften zur Bekämpfung der Korruption und Schwarzarbeit bzw. seine sozialversicherungsrechtlichen, steuerrechtlichen oder arbeitsrechtlichen Verpflichtungen schuldhaft verletzt bzw. ungenehmigt Unterauftragnehmer einsetzt oder schuldhaft gegen die Vertragspflichten verstößt und die ihm obliegenden Leistungen innerhalb einer gesetzten Frist nicht ordnungsgemäß erfüllt.
- (2) Wenn eine Lichtsignalanlage vorzeitig dauerhaft außer Betrieb gesetzt werden soll, endet der Vertrag mit dem Ablauf des Monats der Außerbetriebsetzung.
- (3) Wird eine Lichtsignalanlage für mehr als drei Monate vorübergehend außer Betrieb genommen, so ruhen für diese Zeit die Vertragspflichten gemäß den Vergabeunterlagen. Falls Wartungen innerhalb dieses Zeitraums hätten durchgeführt werden müssen, sind diese unverzüglich nachzuholen, sobald die Anlage wieder in Betrieb ist. Dies muss dem AN vom AG mindestens vier Wochen vorher schriftlich unter Angabe der Dauer der außer Betrieb genommenen Anlage mitgeteilt werden.

19 Erfüllungsort, Gerichtsstand, anwendbares Recht, Zustellungsbevollmächtigter, Vertrags- und Arbeitssprache

- (1) Der jeweilige Erfüllungsort der zu erbringenden Leistungen richtet sich nach der Örtlichkeit der jeweiligen Lichtsignalanlage im Verkehrsgebiet der rnv.
- (2) Der ausschließliche örtliche Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit der Rahmenvereinbarung und den auf dieser Grundlage abgeschlossenen Einzelaufträgen ist der Sitz des AG in 68165 Mannheim / Deutschland.
- (3) Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Verfügt der AN über keinen Sitz in Deutschland und auch über keine Niederlassung mit Sitz in Deutschland (§ 21 ZPO), ist der AN verpflichtet, dem AG spätestens 2 Wochen nach Vertragsschluss einen Zustellungsbevollmächtigten mit Sitz in Deutschland zu benennen und bis zum Ablauf von mindestens 2 Jahren nach Gesamtfertigstellung der vertraglichen Leistungen aufrechtzuerhalten. Die Vertrags- und Arbeitssprache ist deutsch.
- (4) Sollten sich einzelne oder mehrere Bestimmungen als unwirksam, nichtig oder lückenhaft erweisen, so bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen des Vertrags hiervon unberührt. Die Vertragsparteien werden die unwirksame oder nichtige Bestimmung durch eine solche Regelung ersetzen bzw. die Vertragslücke durch eine solche Regelung ausfüllen, mit denen der von ihnen verfolgte wirtschaftliche Zweck am ehesten erreicht werden kann.
- (5) Der Vertrag gilt mit Angebotsabgabe, als unterzeichnet und bedarf keiner zusätzlichen Unterschrift.

Allgemeine Einkaufsbedingungen Dienstleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe

§ 1 Geltungsbereich

- (1) Die vorliegenden Allgemeinen Einkaufsbedingungen für den Einkauf von Dienstleistungen (AEB Dienstleistungen) gelten für alle Geschäftsbeziehungen mit unseren Geschäftspartnern („Auftragnehmer“), die eine Dienstleistung für uns erbringen. Die AEB Dienstleistungen gelten nur, wenn der Auftragnehmer Unternehmer (§ 14 BGB), eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.
- (2) Die AEB Dienstleistungen gelten für alle Verträge, mit denen die rnv-Gruppe Dienstleistungen i.S.d. §§ 611 ff. BGB (mit Ausnahme von IT-Leistungen) in Auftrag gibt, ohne Rücksicht darauf, ob der Auftragnehmer die Leistung selbst durchführt oder bei Subunternehmern einkauft. Sofern nichts anderes vereinbart, gelten die AEB Dienstleistungen in der zum Zeitpunkt der Beauftragung gültigen bzw. jedenfalls in der ihm zuletzt in Textform mitgeteilten Fassung als Rahmenvereinbarung auch für gleichartige künftige Verträge, ohne dass wir in jedem Einzelfall wieder auf sie hinweisen müssten. Sollten neben dienstvertraglichen Leistungen zugleich auch werkvertragliche Inhalte beauftragt werden, gelten für Letztere insoweit ergänzend unsere Allgemeinen Einkaufsbedingungen für Liefer- und Werkleistungen, wobei diese bei Widersprüchen Vorrang vor den AEB Dienstleistungen haben.
- (3) Diese AEB Dienstleistungen gelten ausschließlich. Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers werden nur dann und insoweit Vertragsbestandteil, als wir ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zugestimmt haben. Dieses Zustimmungserfordernis gilt in jedem Fall, beispielsweise auch dann, wenn wir in Kenntnis der Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers dessen Leistungen vorbehaltlos annehmen.
- (4) Im Einzelfall getroffene, individuelle Vereinbarungen mit dem Auftragnehmer (einschließlich Nebenabreden, Ergänzungen und Änderungen) haben in jedem Fall Vorrang vor diesen AEB Dienstleistungen. Für den Inhalt derartiger Vereinbarungen ist, vorbehaltlich des Gegenbeweises, ein schriftlicher Vertrag bzw. unsere schriftliche Bestätigung maßgebend.
- (5) Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen des Auftragnehmers in Bezug auf den Vertrag (z. B. Fristsetzung, Mahnung, Kündigung) sind schriftlich, d. h. in Schrift- oder Textform (z. B. Brief, E-Mail, Telefax), abzugeben. Gesetzliche Formvorschriften und weitere Nachweise, insbesondere bei Zweifeln über die Legitimation des Erklärenden, bleiben unberührt.
- (6) Hinweise auf die Geltung gesetzlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften, soweit sie in diesen AEB Dienstleistungen nicht unmittelbar abgeändert oder ausdrücklich ausgeschlossen werden.

§ 2 Vertragsschluss

- (1) Unsere Beauftragung gilt frühestens mit schriftlicher Abgabe oder Bestätigung als verbindlich. Auf offensichtliche Irrtümer (z. B. Schreib- und Rechenfehler) und Unvollständigkeiten der Bestellung einschließlich der Bestellunterlagen hat uns der Auftragnehmer zum Zwecke der Korrektur bzw. Vervollständigung vor Annahme hinzuweisen; ansonsten gilt der Vertrag als nicht geschlossen.
- (2) Der Auftragnehmer ist gehalten, unsere Bestellung innerhalb einer Frist von 5 Arbeitstagen schriftlich zu bestätigen (Annahme).

§ 3 Leistungserbringung

- (1) Leistungsinhalt- und -umfang ergeben sich aus der Bestellung sowie ergänzend aus dem Angebot.
- (2) Der Auftragnehmer wird die Leistungen mit äußerster Sorgfalt unter Beachtung des aktuellen Standes von Wissenschaft und Technik zum jeweiligen Leistungszeitpunkt mit qualifizierten Mitarbeitern erbringen, um das bestmögliche Ergebnis zu erzielen. Von uns benannte Leistungsmerkmale entbinden den Auftragnehmer nicht von der Verantwortung, eine technisch und wirtschaftlich korrekte Leistungserbringung zu gewährleisten. Er wird uns unverzüglich darauf hinweisen, wenn aus seiner Sicht Änderungen der vertragsgegenständlichen Leistungen möglich sind, die zu einer Verbesserung führen. In diesem Fall finden die Ziffern 5. (3) und 5. (4) Anwendung.

- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für alle für den Einsatz von Mitarbeitern erforderlichen Genehmigungen, Meldungen, Abgaben und sonstigen Erfordernisse selbst und auf eigene Kosten und Verantwortung zu sorgen und auch sonst alle arbeitsrechtlichen Bestimmungen einzuhalten. Das Weisungs- und Direktionsrecht gegenüber Mitarbeitern verbleibt stets beim Auftragnehmer.
- (4) Der Auftragnehmer wird die vertragsgegenständlichen Leistungen nur auf unserem Gelände erbringen, soweit dies zur ordnungsgemäßen Durchführung der Bestellung zwingend erforderlich ist und dies vorab schriftlich vereinbart wurde. In diesem Fall werden wir dem Auftragnehmer geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung stellen.
- (5) Auf unser Verlangen hat der Auftragnehmer jederzeit schriftlich oder in Textform Auskunft über den aktuellen Stand der Leistungserbringung zu geben.
- (6) Soweit sich aus der Bestellung nichts anderes ergibt, gilt unser Geschäftssitz als Erfüllungsort.
- (7) Der Auftragnehmer stellt den Besteller von allen etwaigen Ansprüchen aufgrund einer Verletzung der Pflichten gemäß dieser Ziffer 3 durch den Auftragnehmer oder durch Dritte frei. Weitere Rechte unsererseits bleiben unberührt. Insbesondere berechtigt ein Verstoß gegen eine Verpflichtung aus dieser Ziffer 3 zur außerordentlichen Kündigung.

§ 4 Leistungszeit und Verzug

- (1) Die von uns in der Bestellung angegebene Leistungszeit ist bindend. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, uns unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn er vereinbarte Leistungszeiten – aus welchen Gründen auch immer – voraussichtlich nicht einhalten kann.
- (2) Die stillschweigende Verlängerung des Dienstverhältnisses über den Vertragszeitraum hinaus ist ausgeschlossen. § 625 BGB findet keine Anwendung.
- (3) Erbringt der Auftragnehmer seine Leistung nicht oder nicht innerhalb der vereinbarten Leistungszeit oder kommt er in Verzug, so bestimmen sich unsere Rechte – insbesondere auf Kündigung und Schadensersatz – nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Regelungen in Abs. 4 bleiben unberührt.
- (4) Ist der Auftragnehmer in Verzug, können wir – neben weitergehenden gesetzlichen Ansprüchen – pauschalierten Ersatz unseres Verzugschadens in Höhe von 0,2 % des Nettopreises provollendetem Werktag verlangen, insgesamt jedoch nicht mehr als 5 % des Auftragswertes netto der verspätet durchgeführten Leistung. Uns bleibt der Nachweis vorbehalten, dass ein höherer Schaden entstanden ist. Dem Auftragnehmer bleibt der Nachweis vorbehalten, dass überhaupt kein oder nur ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist.

§ 5 Change Request, Mehraufwendungen

- (1) Wir sind berechtigt, die Anforderungen an die vertragsgegenständlichen Leistungen sowie sonstige Vertragsbedingungen gemäß dem nachfolgenden Change Request Prozess zu ändern.
- (2) Wünsche zur Änderung und/oder Ergänzung des Vertrages teilen wir dem Auftragnehmer schriftlich oder per E-Mail mit („Change Request“).
- (3) Der Auftragnehmer informiert uns spätestens sieben Werktage nach Zugang des Change Request schriftlich oder per E-Mail darüber, ob und wie sich der Change Request auf den jeweils vereinbarten Zeitplan, die Vergütung und/oder sonstige Vertragsbedingungen auswirkt, und unterbreitet uns ein Angebot zur Umsetzung des Change Request. Die Pflicht zur Abgabe eines Angebots besteht nicht, wenn der Change Request für den Auftragnehmer unzumutbar ist. Führt die Umsetzung des Change Request zu Änderungen der Vergütung oder des Zeitplans, sind diese auf Basis der ursprünglichen Kalkulationsgrundlage zu ermitteln. Erfolgt keine Einigung, können wir den Vertrag über die konkret zu ändernde Leistung außerordentlich kündigen, wenn uns ein Festhalten am Vertrag ohne die verlangte Änderung unsererseits unzumutbar ist.
- (4) Nehmen wir das Angebot schriftlich oder per E-Mail an, wird der Change Request Bestandteil des Vertrages und ändert und/oder ergänzt diesen z. B. hinsichtlich der zu erbringenden Leistungen, des Zeitplans und der Vergütung.
- (5) Ist der Auftragnehmer der Auffassung, dass unsere Vorgaben oder andere von uns zu vertretende Umstände zu einem erhöhten Arbeitsaufwand führen und/oder Auswirkungen auf die jeweils vereinbarten Termine und/oder die Vergütung haben, oder hält der Auftragnehmer Änderungen an den

vertragsgegenständlichen Leistungen und/oder sonstigen Vertragsbedingungen für erforderlich oder sinnvoll, so wird er uns dies unverzüglich schriftlich oder per E-Mail anzeigen. In diesem Fall finden die Ziffern 5.3 und 5.4 Anwendung, wobei das Angebot zeitgleich mit der Anzeige zu unterbreiten ist.

- (6) Mehraufwendungen werden nur erstattet und eine zusätzliche Vergütung nur gezahlt, wenn die Zahlung ausdrücklich schriftlich gemäß Ziffer 5.4 vereinbart wurde. Der Auftragnehmer kann sich auf eine Verschiebung der vereinbarten Termine wegen Behinderung nur berufen, wenn er uns dies gemäß Ziffer 5.5 rechtzeitig und ordnungsgemäß angezeigt hat.

§ 6 Höhere Gewalt

Höhere Gewalt, Arbeitskämpfe, unverschuldete Betriebsstörungen, Unruhen, Pandemien, behördliche Maßnahmen und sonstige für uns unabwendbare, nicht von uns schuldhaft herbeigeführte vergleichbare Ergebnisse berechtigen uns – unbeschadet unserer sonstigen Rechte –, die Annahme um die Dauer der Behinderung zu verschieben, ohne dass dem Auftragnehmer hierdurch Ansprüche entstehen oder, soweit sie nicht von unerheblicher Dauer sind und eine erhebliche Verringerung unseres Bedarfes zur Folge haben, den Vertrag ganz oder teilweise zu kündigen.

§ 7 Vertragsbeendigung aus wichtigem Grund, Vermögensverfall

- (1) Wenn beim Auftragnehmer besondere Umstände eintreten, die die Erfüllung der geschuldeten Leistung oder die Erfüllung einer sonstigen Verbindlichkeit gegenüber uns gefährden, hat der Auftragnehmer uns hierüber unverzüglich zu unterrichten. Besondere Umstände in diesem Sinne liegen insbesondere vor, wenn eine wesentliche Verschlechterung der Vermögensverhältnisse des Auftragnehmers oder der Werthaltigkeit einer von ihm gestellten Sicherheit eintritt oder eintreten droht.
- (2) Unbeschadet unserer gesetzlichen Rechte sind wir berechtigt, das Vertragsverhältnis ohne Einhaltung von Fristen durch Kündigung zu beenden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, der uns die Fortsetzung auch unter Berücksichtigung der berechtigten Belange des Auftragnehmers unzumutbar werden lässt. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn besondere Umstände im Sinne von Abs. 1 vorliegen, unabhängig davon, ob der Auftragnehmer seiner Informationspflicht genügt hat oder nicht.

§ 8 Weitere Pflichten des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer hat die zur Erfüllung der von ihm übernommenen Leistungen notwendigen technischen, finanziellen und personellen Voraussetzungen zu schaffen und während der Laufzeit dieses Vertrages vorzuhalten.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, im Rahmen der Leistungserbringung alle einschlägigen Rechtsvorschriften und Regelwerke bezüglich Unfallverhütung, Arbeitnehmer- und Umweltschutz einzuhalten. Unbeschadet sonstiger Verpflichtungen muss er die zehn Global-Compact-Prinzipien des United Nations Global Compact in Bezug auf Menschenrechte, Arbeitsnormen, Umwelt und Korruptionsprävention erfüllen, die unter folgender Website zugänglich sind und die wir auf Anforderung kostenfrei übersenden: <https://www.globalcompact.de/ueber-uns>
- (3) Der Auftragnehmer hat die erforderlichen Genehmigungen in eigener Verantwortung und auf eigene Kosten zu beantragen und vorzuhalten.
- (4) Der Auftragnehmer hat sein Personal fachlich zu schulen.
- (5) Der Auftragnehmer hat die Leistungen grundsätzlich selbst zu erbringen. Der Verstoß des Auftragnehmers gegen seine Eigenleistungsverpflichtung ist eine Verletzung einer vertraglichen Verpflichtung im Sinne des § 280 BGB. Der Auftragnehmer darf die Ausführung der Leistung insgesamt oder wesentlicher Teile davon nur mit unserer vorherigen schriftlichen Zustimmung nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung an geeignete Unterauftragnehmer übertragen. Die Zustimmung ist nicht erforderlich bei unwesentlichen Teilleistungen oder solchen Teilleistungen, auf die der Betrieb des Auftragnehmers nicht eingerichtet ist, allerdings sind wir in solchen Fällen schriftlich zu informieren. Eine von uns nicht genehmigte Vergabe von wesentlichen Leistungen an einen Nachunternehmer berechtigt uns zur Festsetzung einer Vertragsstrafe sowie zur fristlosen Kündigung des Vertrages. Der Auftragnehmer steht dafür ein, dass etwaige Unterauftragnehmerleistungen nur an Unternehmen vergeben werden, die über eine vergleichbare Zertifizierung bzw. Qualifikation wie der

Auftragnehmer verfügen und dieselben bzw. vergleichbare Qualitätsstandards einhalten. Unterauftragnehmer des Auftragnehmers sind dessen Erfüllungsgehilfen.

- (6) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG). Er garantiert die Einhaltung der entsprechenden Menschenrechte und Umweltbelange innerhalb der eigenen Geschäftstätigkeit sowie seiner globalen Lieferketten. Er trägt dafür Sorge, Menschenrechts- und Umweltverletzungen vorzubeugen sowie unmittelbare Zulieferer zur Einhaltung dieser Anforderungen zu verpflichten. Der Auftraggeber behält sich vor, die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltbelange beim unmittelbaren Auftragnehmer, je nach bestehendem Risiko auch mehrfach, zu kontrollieren. Der Auftraggeber erhält hiernach auch ein Weisungsrecht gegenüber dem unmittelbaren Auftragnehmer, zusätzliche oder weitere Präventions- und/oder Abhilfemaßnahmen einzuführen bzw. umzusetzen, um die Einhaltung von Menschenrechten sowie Umweltbelangen zu kontrollieren.
- (7) Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von allen Schäden, einschließlich der Kosten der notwendigen Rechtsverfolgung, frei, die dieser aufgrund von Verletzungen des LkSG durch den Auftragnehmer erleidet.

§ 9 Pflicht zur Einhaltung des Mindestlohngesetzes (MiLoG)

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine eigenen Arbeitnehmer entsprechend der jeweils gültigen Regelung des Mindestlohngesetzes („MiLoG“) zu beschäftigen, ihnen insbesondere das im MiLoG vorgesehene Mindestentgelt zu bezahlen. Sollte sich der Auftragnehmer zur Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen eines Unterauftragnehmers bedienen, so verpflichtet er sich, diesen ebenfalls zur Einhaltung des MiLoG zu verpflichten und hierüber Nachweis zu führen.
- (2) Weiterhin stellt der Auftragnehmer uns von Ansprüchen Dritter frei, die sich aus einem Verstoß gegen die Bestimmungen des MiLoG durch den Auftragnehmer oder beauftragte Subunternehmer ergeben.
- (3) Die Einhaltung des MiLoG ist wesentliche Vertragspflicht. Der Auftragnehmer wird jederzeit auf Nachfrage uns gegenüber unverzüglich den Nachweis führen (z.B. durch Arbeitszeitznachweise und Lohnabrechnungen), dass er und seine Unterauftragnehmer die jeweils gültigen Regelungen des MiLoG einhalten und eingehalten haben.
- (4) Für den Fall, dass der Auftragnehmer den vorstehenden Verpflichtungen nicht oder nicht vollständig nachkommt oder im Falle falscher Angaben zur Einhaltung des MiLoG, sind wir berechtigt, das Vertragsverhältnis zum Auftragnehmer ohne Einhaltung einer Frist gemäß Ziffer 7 Abs. 2 zu beenden. Dieses Recht besteht auch dann, wenn ein vom Auftragnehmer beauftragter Unterauftragnehmer, dessen Mitarbeiter zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen des Auftragnehmers uns gegenüber eingesetzt werden, die Regelungen des MiLoG nicht einhält.
- (5) Die Behauptung eines Verstoßes gegen die Regelungen des MiLoG oder der vorstehenden Regelungen ist ausreichend für das unter Abs. 4 genannte Kündigungsrecht, wenn der Auftragnehmer nicht binnen einer Frist von zehn Tagen nach Kenntnis von der Behauptung diese widerlegen kann. Einer vorherigen Abmahnung bedarf es nicht.

§ 10 Haftung und Freistellungsverpflichtung des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Leistungen gemäß den Vorgaben der Leistungsbeschreibung durchzuführen. Er trägt die sich aus der Leistungserbringung ergebende Gefahr.
- (2) Der Auftragnehmer haftet nach den gesetzlichen Bestimmungen.
- (3) Unsere Haftung ist im Falle einfacher Fahrlässigkeit bei der Verletzung nicht wesentlicher Vertragspflichten ausgeschlossen und im Falle der Fahrlässigkeit im Übrigen auf den vorhersehbaren und vertragstypischen Schaden beschränkt. Wesentliche Vertragspflichten sind solche, ohne deren Erfüllung der Zweck des Vertrages gefährdet ist bzw. auf deren Einhaltung der Vertragspartner vertrauen darf. Dies gilt jedoch nicht im Falle der Verletzung von Leben, Leib und Gesundheit sowie im Falle der Verletzung einer Garantie und der Haftung nach dem ProdHaftG.
- (4) Schäden von Gesellschaften der rnv-Gruppe können wir wie eigene Schäden gegenüber dem Auftragnehmer geltend machen.

- (5) Der Auftragnehmer stellt uns von sämtlichen zivil- und/oder öffentlich-rechtlichen Ansprüchen bzw. den Folgen einer Inanspruchnahme durch Dritte frei, die im Zusammenhang mit der Erfüllung der vom Auftragnehmer übernommenen Leistungen erhoben werden.

§ 11 Versicherungspflicht

- (1) Der Auftragnehmer hält eine (Betriebs- bzw. Berufs-)Haftpflichtversicherung auf seine Kosten aufrecht. Diese muss unter Berücksichtigung des Auftragsvolumens einen ausreichenden Versicherungsschutz für die bei der Vertragsdurchführung potenziell entstehenden Personen-, Sach- und Vermögensschäden in angemessener Höhe, jedenfalls aber in Höhe von 3 Mio. € pro Personen- oder Sachschaden pro Jahr zweifach maximiert sicherstellen und soweit potenziell Produkthaftpflichtansprüche in Betracht kommen, diese miteinschließen. Bei Arbeitsgemeinschaften muss der Versicherungsschutz für alle Mitglieder bestehen.
- (2) Der Auftragnehmer ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit eine Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht. Uns sind auf Verlangen jederzeit Deckungsbestätigungen zur Einsicht vorzulegen. Kommt der Auftragnehmer der Aufforderung nicht nach, haben wir ein Zurückbehaltungsrecht.

§ 12 Weisungs-, Kontroll- und Informationsrechte des Auftraggebers

- (1) Wir sind berechtigt, die dem Auftragnehmer übertragenen Leistungen selbst oder durch beauftragte Dritte zu überwachen. Der Auftragnehmer und dessen Bedienstete sind verpflichtet, unseren mündlichen und schriftlichen Weisungen zur Ausführung der Arbeit Folge zu leisten.
- (2) Der Auftragnehmer ist gehalten, uns auf unsere Anforderung unverzüglich und jederzeit sämtliche Informationen im Zusammenhang mit der Vertragsdurchführung zu erteilen, Einsicht in sämtliche die Vertragsdurchführung betreffende Unterlagen zu gewähren und uns Zutritt zu sämtlichen mit der Vertragsdurchführung in Zusammenhang stehenden Grundstücken, Gebäuden, Fahrzeugen oder sonstigen technischen Einrichtungen zu gestatten. Diese Verpflichtung bezieht sich auch auf elektronisch gespeicherte Daten.
- (3) Der Auftragnehmer ist ferner verpflichtet, uns über alle besonderen Vorkommnisse, insbesondere solche, die mit dem Betrieb der zur Leistungserbringung erforderlichen Anlagen in Zusammenhang stehen, unverzüglich zu unterrichten. Dies gilt insbesondere für Betriebsstörungen.
- (4) Der Auftragnehmer hat uns unverzüglich und unaufgefordert schriftlich darüber zu unterrichten, wenn gegen ihn bzw. seine Mitarbeiter und/oder etwaige Unterauftragnehmer bzw. deren Mitarbeiter behördliche Verfügungen, Bußgeldbescheide, Strafbefehle oder Urteile ergehen, die im Zusammenhang mit den vom Auftragnehmer zu erbringenden vertraglichen Leistungen stehen bzw. auf diese Auswirkungen haben können. Entsprechendes gilt für behördliche und/oder staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren.
- (5) Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass er bzw. seine Mitarbeiter jederzeit im Besitz der unter Umständen erforderlichen behördlichen Genehmigungen ist/sind. Etwa hierdurch entstehende Kosten hat der Auftragnehmer zu tragen.

§ 13 Preise und Zahlungsbedingungen

- (1) Der in der Bestellung angegebene Preis ist bindend. Alle Preise verstehen sich zuzüglich gesetzlicher Umsatzsteuer, auch wenn diese nicht gesondert ausgewiesen ist.
- (2) Sofern im Einzelfall nicht etwas anderes vereinbart ist, schließt der Preis alle Leistungen und Nebenleistungen des Auftragnehmers sowie alle Nebenkosten ein.
- (3) Der vereinbarte Preis ist innerhalb von 30 Kalendertagen ab vollständiger Leistung (einschließlich einer ggf. vereinbarten Abnahme) sowie Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung zur Zahlung fällig. Wenn wir Zahlung innerhalb von 14 Kalendertagen leisten, gewährt uns der Auftragnehmer 3 % Skonto auf den Nettobetrag der Rechnung. Bei Banküberweisung ist die Zahlung rechtzeitig erfolgt, wenn unser Überweisungsauftrag vor Ablauf der Zahlungsfrist bei unserer Bank eingeht; für Verzögerungen durch die am Zahlungsvorgang beteiligten Banken sind wir nicht verantwortlich.
- (4) Wir schulden keine Fälligkeitszinsen. Bei Zahlungsverzug schulden wir Verzugszinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz gemäß § 247 BGB.

§ 14 Aufrechnung, Zurückbehaltung, Konzernverrechnung

- (1) Der Auftragnehmer kann nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen aufrechnen oder wegen rechtskräftig festgestellter oder nicht bestrittener Gegenforderungen aus demselben Vertragsverhältnis ein Zurückbehaltungsrecht geltend machen.
- (2) Wir sind berechtigt, mit allen eigenen Forderungen sowie mit Forderungen von anderen Gesellschaften der rnv-Gruppe gegen Forderungen des Auftragnehmers aufzurechnen, die diesem gegen uns oder eine andere Gesellschaft der rnv-Gruppe zustehen. Eine Auflistung der Gesellschaften der rnv-Gruppe erhält der Auftragnehmer jederzeit auf Anfrage.
- (3) Zurückbehaltungsrechte sowie die Einrede des nicht erfüllten Vertrages stehen uns in gesetzlichem Umfang zu. Wir sind insbesondere berechtigt, fällige Zahlungen zurückzuhalten, solange uns noch Ansprüche aus unvollständigen oder mangelhaften Leistungen gegen den Auftragnehmer zustehen.
- (4) Der Auftragnehmer ist nicht berechtigt, seine Forderungen aus dem Vertragsverhältnis an Dritte abzutreten. Dies gilt nicht, soweit es sich um Geldforderungen handelt.

§ 15 Geheimhaltung und Eigentumsvorbehalt

- (1) Der Auftragnehmer darf im werblichen Auftritt auf geschäftliche Verbindungen mit uns erst mit unserer schriftlichen Zustimmung hinweisen. Die Zustimmung darf nicht aus unbilligen Gründen verweigert werden.
- (2) An Abbildungen, Plänen, Zeichnungen, Berechnungen, Ausführungsanweisungen, Produktbeschreibungen und sonstigen Unterlagen behalten wir uns Eigentums- und Urheberrechte vor. Derartige Unterlagen sind ausschließlich für die vertragliche Leistung zu verwenden und nach Erledigung des Vertrags an uns zurückzugeben. Gegenüber Dritten sind die Unterlagen geheim zu halten, und zwar auch nach Beendigung des Vertrags. Die Geheimhaltungsverpflichtung erlischt erst, wenn und soweit das in den überlassenen Unterlagen enthaltene Wissen allgemein bekannt geworden ist.
- (3) Vorstehende Bestimmung gilt entsprechend für Stoffe und Materialien (z. B. Software, Fertig- und Halbfertigprodukte) sowie für Werkzeuge, Vorlagen, Muster und sonstige Gegenstände, die wir dem Auftragnehmer beistellen. Derartige Gegenstände sind – solange sie nicht verarbeitet werden – auf Kosten des Auftragnehmers gesondert zu verwahren und in angemessenem Umfang gegen Zerstörung und Verlust zu versichern.
- (4) Eine Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung (Weiterverarbeitung) von beigestellten Gegenständen durch den Auftragnehmer wird für uns vorgenommen.

§ 16 Rechte an Arbeitsergebnissen /Urheberrechte

- (1) Im Zusammenhang mit der Durchführung von Dienstleistungsverträgen entstehende Nutzungsrechte an Dokumentationen, Berichten, Schaubildern, Diagrammen, Bildern, Fotos, Filmen, Trägern von Daten zur visuellen Wiedergabe, Datenträgern etc. stehen ausschließlich und vollumfänglich uns zu.
- (2) Wir werden Eigentümer aller von dem Auftragnehmer gelieferten und im Rahmen dieses Vertrages erstellten Unterlagen. An diesen sowie an sonstigen aus der Zusammenarbeit entstandenen Ergebnissen und ungeschützten Kenntnissen erhalten wir ein ausschließliches, unwiderrufliches, zeitlich, räumlich und inhaltlich uneingeschränktes, übertragbares Nutzungsrecht für sämtliche Nutzungsarten.
- (3) Werden im Rahmen der Erfüllung dieses Vertrages bereits vorhandene gewerbliche Schutzrechte, Urheberrechte oder ungeschützte Kenntnisse (Know-how) des Auftragnehmers verwendet und sind diese zur Verwertung des Arbeitsergebnisses durch uns notwendig, erhalten wir daran ein nicht ausschließliches Benutzungsrecht; dieses ist mit der vertraglichen Vergütung abgegolten, es beinhaltet sämtliche, insbesondere die unter Ziffer 16.1 genannten Nutzungsarten.
- (4) Der Auftragnehmer gewährleistet, dass sämtliche erbrachten Leistungen frei von Rechten Dritter sind, andernfalls muss er vertraglich mit den Urhebern vereinbaren, dass er zur Rechtseinräumung berechtigt ist. Er stellt uns von allen Ansprüchen Dritter, einschließlich der in diesem Zusammenhang entstehenden notwendigen gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten und Aufwendungen, insbesondere Rechtsanwaltskosten, vollumfänglich frei, die diese gegen uns wegen der Verletzung von Rechten an den vom Auftragnehmer erbrachten Leistungen geltend machen.

- (5) Der Auftragnehmer wird uns alle Erfindungen oder sonstigen schutzfähigen Ergebnisse, die im Zusammenhang mit den für uns erbrachten Leistungen entstehen, unverzüglich melden und uns alle erforderlichen Auskünfte erteilen. Sämtliche Erfindungen sind auf uns zu übertragen.

§ 17 Compliance

- (1) Der Auftragnehmer bzw. seine Beschäftigten und/oder Erfüllungsgehilfen dürfen keine geschäftlichen Handlungen begehen, durch welche sie sich wegen Betrug oder Untreue, Insolvenzstraftaten, Beschränkungen des Wettbewerbs, Vorteilsgewährung, Vorteilsannahme, Bestechung, Bestechlichkeit oder vergleichbaren Delikten strafbar machen oder die eine Ordnungswidrigkeit darstellen. Bei einem Verstoß sind wir berechtigt, alle geschäftlichen Kontakte zum Auftragnehmer zu beenden und bestehende Verträge außerordentlich zu kündigen bzw. von allen bestehenden Verträgen zurückzutreten. Hierdurch wird der Auftragnehmer nicht von der Pflicht entbunden, alle die Zusammenarbeit mit uns betreffenden Gesetze und Regelungen einzuhalten.
- (2) Hat der Auftragnehmer im Zusammenhang mit der Erbringung der Leistung nachweislich eine Abrede getroffen, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung oder eine unlautere Verhaltensweise darstellt, hat er pauschalierten Schadensersatz in Höhe von 15 % der Abrechnungssumme an uns zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird.

§ 18 Rechtswahl und Gerichtsstand

- (1) Für diese AEB und die Vertragsbeziehung zwischen uns und dem Auftragnehmer gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss internationalen Einheitsrechts, insbesondere des UN-Kaufrechts.
- (2) Ist der Auftragnehmer Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuchs, juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist ausschließlicher – auch internationaler – Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten unser Geschäftssitz in Mannheim. Entsprechendes gilt, wenn der Auftragnehmer Unternehmer im Sinne von § 14 BGB ist. Wir sind jedoch in allen Fällen auch berechtigt, Klage am Erfüllungsort der Leistungsverpflichtung gemäß diesen AEB Dienstleistungen bzw. einer vorrangigen Individualabrede oder am allgemeinen Gerichtsstand des Auftragnehmers zu erheben. Vorrangige gesetzliche Vorschriften, insbesondere zu ausschließlichen Zuständigkeiten, bleiben unberührt.

Stand: Januar 2024

132-25-E16

Allgemeine Angaben zu den Unternehmen einer Bietergemeinschaft

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bietergemeinschaft

Name des geschäftsführenden Unternehmens		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag Lichtsignalanlagen im Verkehrsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

132-25-E16

Name des Bietergemeinschaftsmitglieds [1]		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag Lichtsignalanlagen im Verkehrsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

132-25-E16

Name des Bietergemeinschaftsmitglieds [2]		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag Lichtsignalanlagen im Verkehrsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

132-25-E16

Name des Bietergemeinschaftsmitglieds [3]		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag Lichtsignalanlagen im Verkehrsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

132-25-E16

erklären, uns im Falle der Angebotsaufforderung zu einer Bietergemeinschaft und im Falle der Auftragserteilung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen.

Wir erklären weiterhin, dass

- das oben bezeichnete geschäftsführende Unternehmen die Bietergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, dies schließt die Abgabe von Erklärungen im Vergabeverfahren ein – dazu gehören auch Angaben zu unserer technischen, wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit;
- alle Mitglieder im Auftragsfalle für die Erfüllung des Vertrages als Gesamtschuldner haften;
- das oben bezeichnete geschäftsführende Unternehmen berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung Zahlungen anzunehmen.

Erklärung zur Nichtvorlage einer wettbewerbsbeschränkenden Abrede i. S. d. § 1 GWB

**[Aufforderung Abgabe einer Erklärung über die Gründe für die Bildung einer
Bietergemeinschaft]**

[Zu unterschreiben von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft]

[Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in der Plattform hochladen.]

Unterschrift:

(Name des erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Unterschrift:

(Name des erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Unterschrift:

(Name des erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Unterschrift:

(Name des erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Allgemeine Angaben zum Unternehmen eines Einzelbieters

Name des Bieters		
Rechtsform		
Anschrift		
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	

Hier gemäß § 126b BGB eintragen:

(Firmenname und Rechtsform)

Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag Lichtsignalanlagen im Verkehrsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

132-25-E16

Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

**- nur im Falle einer Bietergemeinschaft oder
Eignungsleihe auszufüllen -**

Hinweis: Dieses Formblatt muss nur in den nachfolgenden Anwendungsfällen ausgefüllt werden:
Im Falle einer Bietergemeinschaft muss dieses Formblatt durch **jedes Mitglied der Bietergemeinschaft** ausgefüllt werden.

Im Falle der Inanspruchnahme der Kapazitäten eines anderen Unternehmens zum Nachweis der Eignung des Bieters (**Eignungsleihe**) muss dieses Formblatt **auch durch diesen qualifizierten Nachunternehmer** ausgefüllt werden. Hierzu ist dieses Formblatt entsprechend zu vervielfältigen.

Name der Bietergemeinschaft / des qualifizierten Nachunternehmers

1. Erklärung gemäß § 123 Abs. 1 GWB

Entweder:

- ☐ Erklärung, dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen des Bieters/des Mitglieds der Bietergemeinschaft zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt wurde oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:
- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 - § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 - § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 - § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 - § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),

- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:

☐ Erklärung, dass zwar eine solche Situation besteht, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind

oder

☐ Erklärung, dass aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

2. Erklärung gemäß § 123 Abs. 4 GWB

Enweder

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in der folgenden Situation befindet:

Das Unternehmen ist seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und dies wurde durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt oder kann durch den öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise nachgewiesen werden.

Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind

oder

☐ Erklärung, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

oder falls diese Erklärungen nicht abgeben werden können:

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

3. Erklärung gemäß § 124 Abs. 1 GWB

Enweder

- ☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in einer der folgenden Situationen befindet:
- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,
 - das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt,
 - das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; das Verhalten einer Person ist dem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung,
 - es bestehen hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
 - es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss nicht wirksam beseitigt werden kann,
 - eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung kann nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss beseitigt werden,

- das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,
- das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- das Unternehmen hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder das Unternehmen hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder hat versucht, solche Informationen zu übermitteln.

Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als drei Jahre ab dem betreffenden Ereignis vergangen sind

oder

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies bei pflichtgemäßer Ermessensausübung, insbesondere unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

4. Erklärung gemäß § 124 Abs. 2 GWB
Zu § 21 AEntG (Arbeitnehmer-Entsendegesetz)
Entweder

☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 AEntG vorliegt.

Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:

[Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.]

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

Zu § 98c AufenthG (Aufenthaltsgesetz)**Entweder**☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 98c AufenthG vorliegt.**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

Zu § 19 MiLoG (Mindestlohngesetz)**Entweder**☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 19 MiLoG vorliegt.**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

Zu § 21 SchwarzArbG (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz)**Entweder**☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 SchwarzArbG vorliegt.**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

5. Angaben zum wettbewerbskonformen Verhalten

☐ Erklärung, dass unser Unternehmen sowie die jeweiligen geschäftsführenden Personen in Bezug auf das vorliegende Verfahren keine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen oder in sonstiger Weise wettbewerbswidrig oder unlauter gehandelt haben.

Zu unterschreiben von qualifiziertem Nachunternehmer oder Mitgliedern einer Bietergemeinschaft:

(Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in Plattform hochladen)

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag Lichtsignalanlagen im Verkehrsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

132-25-E16

Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer

Hinweis: Sofern der Bieter zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens (qualifizierter Nachunternehmer) benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des qualifizierten Nachunternehmers in Anspruch nehmen will.

Außerdem muss der Bieter durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses qualifizierten Nachunternehmers nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden. Nachunternehmer, die der Bieter für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

Ergänzend zu diesem Formblatt sind vom qualifizierten Nachunternehmer auch die Formblätter B.IV.1. und B.VIII.1. auszufüllen.

Sofern der Bieter mehrere andere Unternehmen benennen will, ist dieses Formblatt entsprechend zu vervielfältigen.

Name des qualifizierten Nachunternehmers	
Rechtsform	
Anschrift	
Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister des Landes, in welchem der Nachunternehmer ansässig ist	<input type="checkbox"/> Ja, ein entsprechender Nachweis ist dem Teilnahmeantrag beigelegt. <input type="checkbox"/> Keine Eintragung.
<u>Zur ggf. erforderlichen Abfrage im Korruptionsregister und im Gewerbezentralregister:</u> Name, Vorname, Geburtsdatum und -ort des gesetzlichen Vertreters, bei Personengesellschaften der geschäftsführenden Gesellschafter	
Telefon	
Telefax	
E-Mail	
Ansprechpartner	
Angabe, wofür die Kapazitäten dieses anderen Unternehmens in Anspruch genommen werden	[ggf. erforderliche Zulässigkeitsnachweise]

Verpflichtungserklärung des anderen Unternehmens

Wir verpflichten uns, dem Bieter / der Bietergemeinschaft

im Auftragsfalle die erforderlichen Mittel, für deren Nachweis wir vom Bieter zum Nachweis seiner Eignung benannt wurden, zur Verfügung zu stellen.

Zu unterschreiben von qualifiziertem Nachunternehmer:

(Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in Plattform hochladen)

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

**Merkblatt für die Abgabe der Verpflichtungserklärung
zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen
nach den Vorgaben
des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-
Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)**

Dieses Merkblatt soll die betroffenen Unternehmen bei der Abgabe der notwendigen Erklärung unterstützen.

Allgemeines

Das LTMG verpflichtet öffentliche Auftraggeber, öffentliche Aufträge über Bau- und Dienstleistungen ab einem geschätzten **Auftragswert von 20.000 Euro** (ohne Umsatzsteuer) nur an solche Unternehmen zu vergeben, die sich bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, ihren Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, soweit nicht eine Tariftreueverpflichtung besteht und die danach maßgebliche tarifliche Regelung für die Beschäftigten günstiger ist.

Die **Schätzung des Auftragswertes** richtet sich nach der Vergabeverordnung (VgV). Danach ist vom voraussichtlichen Gesamtwert der vorgesehenen Leistung ohne Umsatzsteuer einschließlich etwaiger Prämien oder sonstiger Zahlungen an Bewerber oder Bieter auszugehen. Dabei sind etwaige Optionen oder Vertragsverlängerungen zu berücksichtigen. Der Wert eines beabsichtigten Auftrags darf nicht in der Absicht geschätzt oder aufgeteilt werden, ihn der Anwendung dieser Bestimmung zu entziehen.

Informationen zum LTMG

Beim **Regierungspräsidium Stuttgart** ist eine **Servicestelle** eingerichtet, die über das LTMG umfassend informiert und die Entgeltregelungen aus den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen zur Verfügung stellt (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/default.aspx>). Auf die Internetseite der Servicestelle gelangen Sie auch über den QuickLink (Der schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>). Die Servicestelle gibt auch Muster für die Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen bekannt. Außerdem fungiert die Service-

stelle als Geschäftsstelle des Beirats für die Feststellung der repräsentativen Tarifverträge im Verkehrsbereich.

Zur Verpflichtungserklärung im Einzelnen:

Ich erkläre/Wir erklären,

- *dass meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des AEntG gebunden ist;*
- *dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, und die ein Tarifentgelt auf der Grundlage des AEntG erhalten oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.*

In § 3 Abs. 1 LTMG wird festgelegt, dass öffentliche Aufträge über Bau- und Dienstleistungen, die vom AEntG erfasst werden, nur an solche Unternehmen vergeben werden dürfen, die sich vorher verpflichten, ihren Beschäftigten mindestens das auf der Grundlage des AEntG für allgemeinverbindlich erklärte Entgelt zu zahlen. Das AEntG gilt derzeit für folgende Wirtschaftsbereiche:

- Baugewerbe, Dachdeckerhandwerk, Maler- und Lackiererhandwerk, Elektrohandwerk, einschließlich der Erbringung von Montageleistungen auf Baustellen außerhalb des Betriebssitzes,
- Gebäudereinigung,
- Briefdienstleistungen,
- Sicherheitsdienstleistungen,
- Bergbauspezialarbeiten auf Steinkohlebergwerken,
- Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft,
- Abfallwirtschaft einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst,
- Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen nach dem Zweiten oder Dritten Buch Sozialgesetzbuch,

- Pflegedienstleistungen
- Schlachten und Fleischverarbeitung.

Voraussetzung ist jedoch, dass das Unternehmen überwiegend in einer dieser Branchen tätig ist. Dies ist dann der Fall, wenn die Beschäftigten im jeweiligen Kalenderjahr - bezogen auf die Gesamtarbeitszeit - zeitlich überwiegend die jeweiligen branchentypischen Tätigkeiten erbracht haben. Hierbei sind Hilfs- und Nebenarbeiten hinzuzurechnen, wenn sie zu einer sachgerechten Ausführung der Tätigkeit notwendig sind und deshalb mit ihnen in Zusammenhang stehen.

Möglich ist auch, dass im Rahmen eines öffentlichen Auftrags nur ein Teil der Beschäftigten des Unternehmens dem AEntG unterfällt. In diesem Fall muss sich das Unternehmen hinsichtlich der restlichen Beschäftigten verpflichten, bei der Ausführung der Leistung mindestens das nach § 4 des LTMG zu zahlende Mindestentgelt (brutto) pro Stunde zu zahlen.

Die Tarifverträge, die nach dem AEntG auf ein Unternehmen Anwendung finden, lassen sich z. B. folgender Internetseite der Zollverwaltung entnehmen:

<http://www.zoll.de/DE/Fachthemen/Arbeit/Mindestarbeitsbedingungen/Mindestlohn-AEntG-Lohnuntergrenze-AUeG/Branchen-Mindestlohn-Lohnuntergrenze/branchen-mindestlohn-lohnuntergrenze.html>.

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das insgesamt mindestens dem in Baden-Württemberg für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehenen Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten, einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung, entspricht;
- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) im Bereich des freigestellten Verkehrs gemäß § 1 der Freistellungs-Verordnung bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, wenn die Leistung nicht vom Anwen-

dungsbereich der einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr umfasst wird;

- dass mein/unser Unternehmen während der Ausführung der Leistung eintretende tarifvertragliche Änderungen des Entgelts nachvollzieht.

Öffentlichen Personenverkehrsdienste sind gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 Dienstleistungsaufträge im straßengebundenen öffentlichen Personenverkehr mit Bussen und Straßenbahnen, sonstige Dienstleistungsaufträge im schienegebundenen Personenverkehr sowie Dienstleistungskonzessionen in diesen Bereichen. Dies umfasst sämtliche, insbesondere auch die nach § 13 des Personenbeförderungsgesetzes genehmigten Verkehrsdienstleistungen. Vom LTMG erfasst sind auch Auftragsvergaben über die nicht als öffentliche Personenverkehre geltenden Verkehrsaufträge im Sinne der Freistellungsverordnung; hierzu gehören insbesondere der freigestellte Schülerverkehr sowie der Transport von körperlich, geistig oder seelisch behinderten Personen zu oder von Einrichtungen, die deren Betreuung dienen.

Sind im öffentlichen Personenverkehr mehrere Tarifverträge einschlägig, müssen Auftragnehmer ihren Beschäftigten zur Erfüllung ihrer Tariftreuepflichten insgesamt mindestens das in einem der einschlägigen und als repräsentativ festgestellten Tarifverträge vorgesehene Entgelt zahlen.

Die Feststellung der repräsentativen Tarifverträge erfolgt durch das Wirtschaftsministerium im Einvernehmen mit dem Verkehrsministerium unter Berücksichtigung der Empfehlungen eines mit den im betroffenen Verkehrsbereich tätigen Sozialpartnern paritätisch besetzten Beirats.

Die einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge werden vom Auftraggeber in der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen des öffentlichen Auftrags benannt. Das Verzeichnis der repräsentativen Tarifverträge für öffentliche Aufträge über Verkehrsdienstleistungen nach § 1 Absatz 3 der Verordnung des Sozialministeriums zur Durchführung des § 3 Absatz 4 des LTMG wurde als Verwaltungsvorschrift im Gemeinsamen Amtsblatt des Landes Baden-Württemberg veröffentlicht. Zugleich stellt die beim Regierungspräsidium Stuttgart eingerichtete Servicestelle das Verzeichnis und die darin enthaltenen Tarifverträge im Internet zur Verfügung (https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/Repraesentative_Tarifvertraege.aspx). Auf die Internetseite der Servicestelle gelangen Sie auch über den QuickLink (Der

schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>).

Grundsätzlich gilt das LTMG auch für den freigestellten Verkehr. Ob im Einzelfall bei öffentlichen Aufträgen über Verkehrsdienstleistungen für den freigestellten Verkehr Tariftreue nach den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen einzuhalten ist oder das Mindestentgelt des § 4 LTMG gilt, hängt von der jeweils ausgeschriebenen Leistung ab. Es gelten die einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr, sobald der freigestellte Verkehr vom Anwendungsbereich des jeweiligen Tarifvertrages umfasst wird.

Bei Ausschreibungen über die Beförderung von bis zu neun Personen einschließlich des Fahrzeugführers, wird der Verkehr mit Personenkraftwagen im Sinne des § 4 Abs. 4 Nr. 1 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) betrieben. Derzeit gibt es im Hinblick auf Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf der Straße keine einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge, die die Beförderungen der mit Personenkraftwagen i. S. d. § 4 Abs. 4 Nr. 1 PBefG durchgeführten freigestellten Verkehre erfassen. Insofern gilt für die betreffenden Verkehre zum jetzigen Zeitpunkt nur das Mindestentgelt gem. § 4 LTMG.

Bei Ausschreibungen über die Beförderung von mehr als neun Personen einschließlich Fahrer wird der Verkehr mit Kraftomnibussen im Sinne des § 4 Abs. 4 Nr. 2 PBefG betrieben. Die Fahrer benötigen eine besondere Qualifikation. Diese Verkehre fallen unter den Anwendungsbereich des einschlägigen und repräsentativen Tarifvertrags („Personenbeförderung durch Kraftomnibusse“).

Ich erkläre/Wir erklären,

- *dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht*
oder
- *dass mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.*

Diese Erklärung ist abzugeben, wenn

- Unternehmen zwar an das AEntG gebunden sind, aber ihren Beschäftigten weniger als das aktuell gültige Mindestentgelt bezahlen,
- tarifgebundene Unternehmen im Bereich der Personenverkehrsdienste ihren Beschäftigten weniger als das aktuell gültige Mindestentgelt bezahlen,
- es sich um sonstige Unternehmen handelt, tarifgebunden oder nicht tarifgebunden.

Sofern keine Tariftreue gefordert werden kann, müssen sich Unternehmen nach § 4 LTMG verpflichten, ihren unter das Mindestlohngesetz (MiLoG) fallenden Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt zu zahlen, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht. Dies gilt jedoch nicht für die Leistungserbringung durch Auszubildende.

Die zweite Variante trägt dem EuGH-Urteil vom 18. September 2014, Az.: C-579/13 Rechnung, in dem dieser entschieden hat, dass die Bezahlung eines vergabespezifischen Mindestlohns nicht verlangt werden darf, wenn ein Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmern eines Nachunternehmers ausgeführt wird.

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass ich mir/wir uns
 - von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);
 - oder
 - von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

§ 6 Abs. 2 LTMG verpflichtet die Unternehmen dem öffentlichen Auftraggeber Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen der Nachunternehmen vorzulegen. Gleiches gilt, wenn das Unternehmen oder ein beauftragtes Nachunternehmen zur Ausführung des Auftrags Arbeitskräfte eines Verleihunternehmens einsetzt. Dies gilt grundsätzlich auch für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der vom be-

auftragten Unternehmen eingeschalteten Nachunternehmen. Auf die Verpflichtung zur Vorlage von Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen kann verzichtet werden, wenn das Auftragsvolumen eines Nachunternehmens oder Verleihunternehmens **weniger als 10.000 Euro (ohne Umsatzsteuer)** beträgt. Hierfür gilt die erste Variante.

Die zweite Variante trägt dem EuGH-Urteil vom 18. September 2014, Az.: C-579/13 Rechnung, in dem dieser entschieden hat, dass die Bezahlung eines vergabespezifischen Mindestlohns nicht verlangt werden darf, wenn ein Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmern eines Nachunternehmers ausgeführt wird.

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Auch wenn auf die Verpflichtung zur Vorlage von Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen verzichtet werden kann, wenn das Auftragsvolumen eines Nachunternehmens oder Verleihunternehmens weniger als 10.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) beträgt, muss das beauftragte Unternehmen gleichwohl dafür sorgen, dass Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Pflicht zur Tariftreue- und Mindestentgeltzahlung einhalten.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,

In § 7 Abs. 1 LTMG sind die Nachweispflichten der Auftragnehmer sowie ihrer Nachunternehmen und Verleihunternehmen über die Einhaltung ihrer Verpflichtungen zur Tariftreue- bzw. Mindestentgeltzahlung festgelegt.

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,

Die öffentlichen Auftraggeber haben das Recht, Kontrollen durchzuführen. Sie haben die Möglichkeit, die Einhaltung der Vorgaben durch ihre Vertragspartner durch anlass- oder stichprobenbezogene Prüfungen aufgrund der von den Unternehmen vorzulegenden Unterlagen sicherzustellen. Vorbereitend darauf haben die Unternehmen entsprechende vollständige und prüffähige Unterlagen bereitzuhalten.

- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,

§ 8 LTMG regelt die Sanktionsmöglichkeiten gegenüber dem Auftragnehmer bei Verstößen.

Im Vertrag werden die Bezahlung einer Vertragsstrafe bei vorsätzlichen oder fahrlässigen Verstößen gegen die §§ 3 bis 7 LTMG und die Voraussetzungen für ihre Verwirkung vereinbart. Die Vertragsstrafe beträgt ein Prozent, bei Verkehrsdienstleistungen beträgt die Vertragsstrafe bis zu einem Prozent des Auftragswerts je Verstoß. Die Obergrenze bei mehreren Verstößen beträgt innerhalb eines Auftrags fünf Prozent.

- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung,
 - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,

Der öffentliche Auftraggeber kann Auftragnehmer, Nachunternehmen oder Verleihunternehmen bei ihm bekannt gewordenen schuldhaften Verstößen gegen ihre Verpflichtungen nach dem LTMG bis zu drei Jahre lang von weiteren Auftragsvergaben ausschließen. Die Entscheidung sowie die konkrete Dauer des Ausschlusses stehen

im pflichtgemäßen Ermessen des öffentlichen Auftraggebers und haben sich an den Umständen des Einzelfalls zu orientieren. Selbstreinigende Maßnahmen der Unternehmen (z. B. arbeitsrechtliche Maßnahmen) werden angemessen berücksichtigt.

- *dass der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.*

Der öffentliche Auftraggeber kann als weitere Sanktion fristlos kündigen, wenn dies vereinbart wurde. Der Auftragnehmer ist dann verpflichtet, dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen (§ 8 Abs. 2 LTMG).

- *dass der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.*

Der öffentliche Auftraggeber ist verpflichtet, die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung bei entsprechenden Verstößen zu informieren.

Sie erhalten weitere Informationen auf der Internetseite der Servicestelle unter <https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/default.aspx> oder über den Quick-Link (Der schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>).

Verpflichtungserklärung
für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst werden

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist;
- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden), die nicht dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.
- dass ich mir/wir uns von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege;
- sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
 - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
 - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben,
 - der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.

 Ort, Datum

 Unterschrift, Firmenstempel

Sofern die Verpflichtungserklärung in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel übermittelt wird:

 Ort, Datum

 Name der erklärenden Person (in Druckbuchstaben)

 Unterschrift (Faksimile oder Scan)

Statt einer Unterschrift kann auch der Zusatz „diese Erklärung ist nicht unterschrieben“ ergänzt werden.

Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt

(sofern der öffentliche Auftrag nicht vom AEntG erfasst wird und es sich nicht um Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene handelt)

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

Ich erkläre/Wir erklären,

- ☐ dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht
oder
- ☐ mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.

Zutreffendes bitte ankreuzen.

- dass ich mir/wir uns
- ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);
oder
- ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

Zutreffendes bitte ankreuzen.

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind

und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
 - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
 - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.

Ort, Datum

Unterschrift, Firmenstempel

Sofern die Verpflichtungserklärung in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel übermittelt wird:

Ort, Datum

Name der erklärenden Person (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Faksimile oder Scan)

Statt einer Unterschrift kann auch der Zusatz „diese Erklärung ist nicht unterschrieben“ ergänzt werden.

**Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg
(Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)**

1. Mindestentgelte

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) für Leistungen, deren Erbringung dem Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfällt, seinen Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die durch einen für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder eine nach den §§ 7 oder 11 des AEntG erlassene Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden;

(2) für Leistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene seinen Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags ein Entgelt zu bezahlen, das insgesamt mindestens dem in Baden-Württemberg für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehenen Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten, einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung, entspricht, und während der Ausführung des öffentlichen Auftrags eintretende tarifvertragliche Änderungen des Entgelts nachzuvollziehen;

(3) für Leistungen,

- deren Erbringung nicht dem Geltungsbereich des AEntG in der jeweils geltenden Fassung unterfallen,
- die den freigestellten Verkehr betreffen und die nicht vom Anwendungsbereich der einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr umfasst werden,
- die nicht den öffentlichen Personenverkehr betreffen,

seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags wenigstens ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben

des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, es sei denn, bei dem Unternehmen handelt es sich um eine anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen, einen Inklusionsbetrieb oder eine anerkannte Blindenwerkstatt (bevorzugtes Unternehmen gemäß §§ 224 und 226 Sozialgesetzbuch (SGB) Neuntes Buch (IX) – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen) oder der Auftrag wird ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmern eines Nachtunternehmens ausgeführt;

(4) sofern die Voraussetzungen von mehr als einer der in (1) bis (3) getroffenen Regelungen erfüllt sind, die für seine Beschäftigten jeweils günstigste Regelung anzuwenden.

2. Nachunternehmen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) seine Nachunternehmen und Verleihunternehmen sorgfältig auszuwählen,

(2) sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen,

(3) die von den Nachunternehmen und Verleihunternehmen abgegebene Verpflichtungserklärung oder Versicherung nach den §§ 3 und 4 LTMG dem Auftraggeber auf Verlangen vorzulegen,

(4) Nachunternehmen und Verleihunternehmen davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt.

3. Kontrolle

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) dem Auftraggeber bei einer Kontrolle Entgeltabrechnungen, die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Abgaben sowie die zwischen Unternehmen und Nachunternehmen und Verleihunternehmen abgeschlossenen Verträge zum Zwecke der Prüfung der Einhaltung des LTMG vorzulegen,

(2) seine Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen,

(3) dem Auftraggeber ein Auskunfts- und Prüfrecht im Sinne des § 7 Absatz 1 LTMG bei der Beauftragung von Nachunternehmen und Verleihunternehmen einräumen zu lassen,

(4) vollständige und prüffähige Unterlagen zur Prüfung der Einhaltung der Vorgaben der §§ 3 und 4 LTMG in erforderlichem Umfang bereitzuhalten und auf Verlangen dem Auftraggeber vorzulegen und zu erläutern sowie die Einhaltung dieser Pflicht durch die beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vertraglich sicherzustellen.

4. Sanktionen

(1) Für jeden schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers gegen die Verpflichtungen nach den §§ 3 bis 7 LTMG wird zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer eine Vertragsstrafe vereinbart, deren Höhe eins von Hundert, bei Verkehrsdienstleistungen bis zu einem von Hundert beträgt. Bei mehreren Verstößen gegen das LTMG sowie gegen weitere Verpflichtungen dieses Vertrages ist die Vertragsstrafe der Höhe nach insgesamt auf fünf von Hundert des Auftragswertes begrenzt. Dies gilt auch für den Fall, dass der Verstoß durch ein von dem Auftragnehmer eingesetztes Nachunternehmen oder Verleihunternehmen begangen wird, es sei denn, dass der Auftragnehmer den Verstoß bei Beauftragung des Nachunternehmens und des Verleihunternehmens nicht kannte und unter Beachtung der Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Kaufmanns auch nicht kennen musste. Bei einer unverhältnismäßig hohen Vertragsstrafe kann der Auftragnehmer beim Auftraggeber die Herabsetzung der Vertragsstrafe beantragen.

(2) Die schuldhafte Nichterfüllung einer Verpflichtung nach den §§ 3 bis 7 LTMG durch den Auftragnehmer berechtigen den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen.

(3) Die Bestimmungen des § 11 VOB/B bzw. VOL/B bleiben hiervon unberührt.

(4) Bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers sowie der von ihm beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen des LTMG

- kann der Auftraggeber diese für die Dauer von bis zu drei Jahren von ihren Auftragsvergaben ausschließen,
- informiert der Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung.



Mustererklärung 1

für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799) in der jeweils geltenden Fassung erfasst werden,

nach § 4 Abs. 1 des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. November 2019 (GVBl. 334)

Auftragsnummer: 132-25-E16

Vergabestelle: Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Leistung: Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag Lichtsignalanlagen im Verk

Der Bieter/Bewerber hat alle Bestimmungen des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG) in seiner jeweils geltenden Fassung zur Kenntnis genommen.

Der Bieter/Bewerber **erklärt** hierzu folgendes:

Die Beschäftigten meines/unseres Unternehmens werden vollständig/teilweise vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) erfasst.

Ich/Wir **verpflichte/n** mich/uns,

- meinen/unseren Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt zu zahlen, das in Höhe und Modalitäten mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entspricht, an den ich/wir/mein/unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist – Tariftreueerklärung gemäß § 4 Abs. 1 LTTG –;

- meinen/unseren Beschäftigten, die nicht dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz keine Anwendung findet (vgl. z. B. § 2 Abs. 4 Zehnte Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen im Baugewerbe), bei der Ausführung der Leistung gemäß § 4 Abs. 2 LTTG mindestens den jeweils geltenden Mindestlohn nach dem Mindestlohngesetz und der gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung (ab 01.01.2019: 9,19 €; ab 01.01.2020: 9,35 €; ab 01.01.2021: 9,50 €; ab 01.07.2021: 9,60 €; ab 01.01.2022: 9,82 €; ab 01.07.2022: 10,45 €; ab 01.10.2022: 12,00 €; ab 01.01.2024: 12,41 € brutto je Zeitstunde) zu zahlen – Mindestentgeltklärung gemäß § 4 Abs. 2 LTTG –.

Dies gilt nicht für eine Leistungserbringung durch Auszubildende und nicht, wenn ein Bieter/Bewerber mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme dort beschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen;

- Nachunternehmen sorgfältig auszuwählen und insbesondere deren Angebote daraufhin zu überprüfen, ob sie auf der Basis des zu zahlenden Mindestentgelts kalkuliert sein können;
- im Falle der Auftragsausführung durch Nachunternehmer, deren Nachunternehmen, Beschäftigte eines Verleihers sowie Beschäftigte des Verleihers des beauftragten Nachunternehmens die Verpflichtungen nach § 4 LTTG sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber Mindestentgelt- und Tariftreuerklärungen sämtlicher Nachunternehmer und Verleiher vorzulegen.

Dies gilt nicht, falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmen mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat beschäftigt sind;

- vollständige und prüffähige Unterlagen über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten, diese dem Auftraggeber auf dessen Verlangen hin vorzulegen und die Beschäftigten auf die Möglichkeit von Kontrollen durch den Auftraggeber hinzuweisen.

Datum, Firma, Name Erklärender im Sinne des § 126 b BGB



Mustererklärung 2

für Aufträge über Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene

nach § 4 Abs. 3 des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur
Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen
Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG –) vom
1. Dezember 2010 (GVBl. S. 426), zuletzt geändert durch Gesetz vom
26. November 2019 (GVBl. S. 334)

Auftragsnummer: 132-25-E16

Vergabestelle: Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Leistung: Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag Lichtsignalanlagen im Ve

Der Auftragnehmer hat alle Bestimmungen des Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben in seiner jeweils geltenden Fassung zur Kenntnis genommen und erklärt hierzu:

Der Auftragnehmer bewirbt sich um einen Auftrag über Dienstleistungen im Bereich des **öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene**.

Ich/Wir verpflichte/n mich/uns hiermit,

- den Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung mindestens das in Rheinland-Pfalz für diese Leistung in einem einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten zu zahlen und während der Ausführungszeit Änderungen nachzuvollziehen;
- Nachunternehmen sorgfältig auszuwählen und insbesondere deren Angebote daraufhin zu überprüfen, ob sie auf der Basis der anzuwendenden Lohn- und Gehaltstarife kalkuliert sein können;

- im Falle der Auftragsausführung durch Nachunternehmer oder Beschäftigte eines Verleihers sowie Beschäftigte des Verleihers des beauftragten Nachunternehmens sowie für alle weiteren Nachunternehmen des Nachunternehmens die Verpflichtungen nach § 4 LTTG durch die Nachunternehmer bzw. die Verleiher sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber Tariftreueerklärungen der Nachunternehmer und der Verleiher vorzulegen.
- vollständige und prüffähige Unterlagen über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten, diese dem Auftraggeber auf dessen Verlangen hin vorzulegen und die Beschäftigten auf die Möglichkeit von Kontrollen durch den Auftraggeber hinzuweisen.

Die einschlägigen und repräsentativen, mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge werden vom Auftraggeber in der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen des öffentlichen Auftrages benannt. Die Liste dieser Tarifverträge wurde vom Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie in Form einer Verwaltungsvorschrift vom 16. März 2011 (MinBl. 2011 S. 58), zuletzt geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 19. Juni 2023 (MinBl. 2023, S174) veröffentlicht.

Ich/wir habe/n diese Liste zur Kenntnis genommen. Sie ist Bestandteil dieser Erklärung. Einen Abdruck habe/n ich/wir als Anlage 1 zu dieser Mustererklärung erhalten.

Informationen über die Entgeltregelungen aus den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen werden von der beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung eingerichteten Servicestelle LTTG unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Datum, Firma, Name Erklärender im Sinne des § 126 b BGB



Mustererklärung 3

nach § 4 Abs. 2 des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. November 2019 (GVBl. S. 334)

Auftragsnummer:	132-25-E16
Vergabestelle:	Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Leistung:	Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag Lichtsignalanlagen im Ver

Der Bieter/Bewerber hat alle Bestimmungen des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG) in seiner jeweils geltenden Fassung zur Kenntnis genommen.

Der Bieter/Bewerber **erklärt** hierzu folgendes:

Ich/Wir **verpflichten** mich/uns,

- meinen/unseren Beschäftigten, die nicht dem AEntG unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung gemäß § 4 Abs. 2 LTTG mindestens den jeweils geltenden Mindestlohn nach dem Mindestlohngesetz und der gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung (ab 1.1.2019: 9,19 €; ab 1.1.2020: 9,35 €; ab 1.1.2021: 9,50 €; ab 1.7.2021: 9,60 €; ab 1.1.2022: 9,82 €; ab 1.7.2022: 10,45 €; ab 1.10.2022: 12,00; ab 1.1.2024: 12,41 € brutto je Zeitstunde) zu zahlen.

Dies gilt nicht für eine Leistungserbringung durch Auszubildende und nicht, wenn ein Bieter/Bewerber mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme dort beschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen;

- Nachunternehmen sorgfältig auszuwählen und insbesondere deren Angebote daraufhin zu überprüfen, ob sie auf der Basis des zu zahlenden Mindestentgelts kalkuliert sein können;
- im Falle der Auftragsausführung durch Nachunternehmer, deren Nachunternehmen, Beschäftigte eines Verleihers sowie Beschäftigte des Verleihers des beauftragten Nachunternehmens die Verpflichtungen nach § 4 LTTG sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber Mindestentgelt- und Tariftreuerklärungen sämtlicher Nachunternehmer und Verleiher vorzulegen.

Dies gilt nicht, falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmen mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat beschäftigt sind;

- vollständige und prüffähige Unterlagen über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten, diese dem Auftraggeber auf dessen Verlangen hin vorzulegen und die Beschäftigten auf die Möglichkeit von Kontrollen durch den Auftraggeber hinzuweisen.

Datum, Firma, Name Erklärender im Sinne des § 126 b BGB

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentlichen Aufträge und Konzessionen nach dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die **russische Staatsangehörigkeit** des Bewerbers/Bieters oder die **Niederlassung** des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das **Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent**,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder **auf Anweisung von Personen oder Unternehmen**, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Bereits vor dem 9. April 2022 geschlossene Verträge mit solchen Personen oder Unternehmen mit Bezug zu Russland dürfen nur bis zum 10. Oktober 2022 fortgeführt werden.

Baumaßnahme

Leistung

Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag Lichtsignalanlagen im Verkehrsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Ich/Wir erkläre(n), dass für mein/unser Unternehmen **keiner** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Fälle zutrifft.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir zur Ausführung des Auftrags für Teile der Leistung

- ☐ **nicht** die Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).
- ☐ folgende Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ Die Leistungen **keines** Eignungsverleihers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.

☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.

☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmen beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmen beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Nachunternehmers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Lieferanten überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

Datum/Unterschrift (bei elektronischer Übermittlung: Name der erklärenden Person)



Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, 11014 Berlin

- Nur per E-Mail -

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Fachaufsicht führende Ebenen in den Ländern

Krausenstraße 17-18
10117 Berlin
Postanschrift
11014 Berlin
Tel +49 30 18 681-16882
Fax +49 30 18 681-516882
BW17@bmi.bund.de
www.bmwsb.bund.de

Sanktionen der EU gegen Russland

Verordnung (EU) 2022/576
BW17-70409/2#1
Berlin, 14. April 2022
Seite 1 von 3

I. EU-Sanktionen gegen Russland

Durch *Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren* hat die EU verschärfte Sanktionen gegen Russland erlassen.

Vorbehaltlich kommender Auslegung durch die Europäische Kommission werden nachfolgend erste Hinweise dazu gegeben.

II. Verbot der Auftragsvergabe

Nach Artikel 5k der Verordnung ist es verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen an Personen oder Unternehmen zu vergeben, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen und im Vergabeverfahren unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftreten.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,

- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Das Verbot erstreckt sich auch auf mittelbar am Auftrag beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten und Eignungsverleiher eines Bewerbers oder Bieters, soweit ihr Anteil, gemessen am Auftragswert, zehn Prozent übersteigt.

Ebenfalls vom Verbot umfasst sind Verträge, die vom Anwendungsbereich des GWB ausgenommen sind (insbesondere § 107 Absatz 1 Nummer 1 und 4, Absatz 2 Nummer 1, § 116 und § 145 Nummer 1 bis 6).

Von den Bewerbern oder Bietern in neuen und laufenden Vergabeverfahren ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern. Angebote von Unternehmen, die eine solche Erklärung trotz entsprechender Anforderung nicht abgeben, sind von der Wertung auszuschließen (§ 16 EU Nummer 4, § 16 VS Nummer 4 VOB/A).

III. Fortführung bestehender Verträge

Bestehende Verträge mit den unter II. a)-c) Genannten, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden, dürfen nach dem 10. Oktober 2022 nicht fortgeführt werden.

Das gilt auch für Verträge mit Auftragnehmern, an denen die unter II. a)-c) Genannten mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher beteiligt sind. Die Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher sind vorzugsweise auszutauschen. Ist der Hauptauftragnehmer nicht zum Austausch bereit, ist der Vertrag unter Berufung auf das EU-rechtlich unmittelbar geltende Erfüllungsverbot zum 10. Oktober 2022 zu kündigen.

Auch für bestehende Verträge ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern.

IV. Ausnahmen

Von dem Verbot der Auftragsvergabe und der Fortführung der Verträge enthält Art 5k Absatz 2 Ausnahmen. Für den Bundeshochbau können insbesondere Buchstabe a (Baumaßnahmen im Zusammenhang mit Atomanlagen/Endlagern) und Buchstabe d (Auslandsbau) einschlägig sein.

Eine Ausnahme bedarf der über mich einzuholenden Genehmigung der durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz noch zu benennenden zuständigen Behörde.

V. Zuwendungsbau

Die EU-Verordnung gilt für öffentliche Aufträge (§ 103 GWB) und Konzessionen (§ 106 GWB). Sie findet damit im Zuwendungsbau Anwendung, falls der Zuwendungsempfänger öffentlicher Auftraggeber nach § 99 GWB, Sektorenauftraggeber nach § 100 GWB oder Konzessionsgeber nach § 101 GWB ist. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, kommt es auf den Inhalt des Zuwendungsbescheids an.

VI. Inkrafttreten

Der Erlass gilt mit sofortiger Wirkung und setzt die Verordnung (EU) 2022/576 um. Eine Erstreckung auf den Unterschwellenbereich wird noch geprüft.

Im Auftrag

gez.

Janssen

Anlagen
Verordnung (EU) 2022/576 vom 8. April 2022
Formblatt für Eigenerklärungen

LEISTUNGSVERZEICHNIS

Ausschreibung (Korrektur)

10.09.2025

Verfahren: 132-25-E16 - Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag Lichtsignalanlagen im Verkehrsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

SKONTO

Skonto zugelassen	Nein
Zahlungsziel (falls zugelassen)	Tag(e)
Skonto	_____ %

AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

1	Wartung	EUR
1.1	Wartung Lichtsignalanlagen Grundlaufzeit	EUR

Leistungsumfang Instandhaltung auf der Grundlage der VDE 0832

Die Leistung der Lichtsignalanlagen ist gemäß der Leistungsbeschreibung zu erbringen und umfasst 4 Jahre.

1.1.1	Lichtsignalanlage: 2117	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: Gleisdreieck Lindenhofüberführung, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.2	Lichtsignalanlage: 2132	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	14,00	Monat		
	Standort: Cahn-Garnier-Ufer / Hans-Böckler-Str., Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.3	Lichtsignalanlage: 2164	USt. [%] 19%	Menge 48,00	Einheit Monat	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Monat	Gesamtpreis [EUR]
	Standort: D6 / E6 (Wender Rheinstr.), Mannheim					
1.1.4	Lichtsignalanlage: 2199	USt. [%] 19%	Menge 48,00	Einheit Monat	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Monat	Gesamtpreis [EUR]
	Standort: Gleisdreieck Neckarauer Übergang, Mannheim					
1.1.5	Lichtsignalanlage: 2219	USt. [%] 19%	Menge 48,00	Einheit Monat	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Monat	Gesamtpreis [EUR]
	Standort: Wendeschleife Neuostheim, Mannheim					
1.1.6	Lichtsignalanlage: 2310	USt. [%] 19%	Menge 48,00	Einheit Monat	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Monat	Gesamtpreis [EUR]
	Standort: Meerfeldstr. / Emil-Heckel-Str., Mannheim					

1.1.7	Lichtsignalanlage: 2311	USt. [%] 19%	Menge 48,00	Einheit Monat	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Monat	Gesamtpreis [EUR]
	Standort: Meeräckerplatz / Meerwiesenstr., Mannheim					
1.1.8	Lichtsignalanlage: 2317	USt. [%] 19%	Menge 48,00	Einheit Monat	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Monat	Gesamtpreis [EUR]
	Standort: Kreisel Rheingoldhalle, Mannheim					
1.1.9	Lichtsignalanlage: 2318	USt. [%] 19%	Menge 48,00	Einheit Monat	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Monat	Gesamtpreis [EUR]
	Standort: Odenwaldstr. / Neckarstr., Mannheim					
1.1.10	Lichtsignalanlage: 2390	USt. [%] 19%	Menge 48,00	Einheit Monat	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Monat	Gesamtpreis [EUR]
	Standort: Kreisel Rheingoldhalle, Mannheim					

1.1.11	Lichtsignalanlage: 2435	USt. [%] 19%	Menge 48,00	Einheit Monat	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Monat	Gesamtpreis [EUR]
	Standort: Odenwaldstraße / Neckarstraße / Eberbacher Straße, Mannheim					
<hr/>						
1.1.12	Lichtsignalanlage: 2508	USt. [%] 19%	Menge 48,00	Einheit Monat	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Monat	Gesamtpreis [EUR]
	Standort: Waldpforte / Alsenweg / Langer Schlag, Mannheim					
<hr/>						
1.1.13	Lichtsignalanlage: 2518	USt. [%] 19%	Menge 48,00	Einheit Monat	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Monat	Gesamtpreis [EUR]
	Standort: Bahnübergang Jugendverkehrssch. Käfertal, Mannheim					
<hr/>						
1.1.14	Lichtsignalanlage: 2520	USt. [%] 19%	Menge 48,00	Einheit Monat	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Monat	Gesamtpreis [EUR]
	Standort: Obere Riedstr. / Hessische Str., Mannheim					
<hr/>						

1.1.15	Lichtsignalanlage: 2574	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: Sandhofer Str. / Leinenstr. / Gaswerkstr., Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.16	Lichtsignalanlage: 2575	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: Sandhofer Str. / Leinenstr. / Anschl. Wohnb., Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.17	Lichtsignalanlage: 2579	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: Hessische Str. / Korbangel, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.18	Lichtsignalanlage: 2581	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: Hessische Str. / Gute Erde, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.19	Lichtsignalanlage: 2582	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: Am Carl-Benz-Bad / Wotanstr., Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.20	Lichtsignalanlage: 2583	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: Haltestelle Carl-Benz-Bad, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.21	Lichtsignalanlage: 2585	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: Waldpforte/Flensburger Ring/Blütenweg, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.22	Lichtsignalanlage: 2595	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	26,00	Monat		
	Standort: Haltestelle Franklin-Schule, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.23	Lichtsignalanlage: 2596	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	27,00	Monat		
	Standort: Ein-/Ausfahrt Bahnkörper Thomas-Jefferson-Straße, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.24	Lichtsignalanlage: 2597	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	27,00	Monat		
	Standort: Wender Thomas-Jefferson-Straße, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.25	Lichtsignalanlage: 2598	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	27,00	Monat		
	Standort: Loop Sullivan, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.26	Lichtsignalanlage: 2599	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	26,00	Monat		
	Standort: Endstelle Sullivan, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.27	Lichtsignalanlage: 2812	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: Haltestelle Potsdamer Weg, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.28	Lichtsignalanlage: 2821	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: Busbahnhof Käfertal, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.29	Lichtsignalanlage: 2823	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: Wender Carl-Benz-Stadion, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.30	Lichtsignalanlage: 2828	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: Rheingoldstr. / Haltestelle Tannhäuserring, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.31	Lichtsignalanlage: 2829	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: Rheingoldstr. / Haltestelle Stollenwörth, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.32	Lichtsignalanlage: 2838	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: E7 / D7 (Wender Rheinstr.), Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.33	Lichtsignalanlage: 2839	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: Sandhofer Str. / Fa. Saint-Gobain Glas, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.34	Lichtsignalanlage: 2842	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: Tattersall, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.35	Lichtsignalanlage: 2846	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: Haltestelle Käfertaler Wald, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.36	Lichtsignalanlage: 2862	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: Dürerstr. / Paul-Martin-Ufer, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.37	Lichtsignalanlage: 2863	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: Seckenheimer Landstr. / Haltestelle Neuostheim, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.38	Lichtsignalanlage: 2865	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: BSA Offenburger Str. / RNV-Überweg, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.39	Lichtsignalanlage: 2866	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: Gottlieb-Daimler-Str. / Gleisüberfahrt, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.40	Lichtsignalanlage: 2867	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: Gottlieb-Daimler-Str. / Ausfahrt Großmarkt, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.41	Lichtsignalanlage: 2868	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: Ernst-Bärlach-A./Lochgärten-/Husarenweg, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.42	Lichtsignalanlage: 2869	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: Bahnübergang Dragonerweg, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.43	Lichtsignalanlage: 2870	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: Haltestelle Ulanenweg, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.44	Lichtsignalanlage: 2871	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: Bahnübergang Gustav-Seitz-Str. West, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.45	Lichtsignalanlage: 2872	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: Bahnübergang Gustav-Seitz-Str. Ost, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.46	Lichtsignalanlage: 2873	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: Bahnübergang Wirtschaftsweg Höhe B38a, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.47	Lichtsignalanlage: 2874	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: Haltestelle SAP Arena Süd, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.48	Lichtsignalanlage: 2875	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: Xaver-Fuhr-Str. / Bösfeld, Weg III / Gleisdreieck, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.49	Lichtsignalanlage: 2876	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: Xaver-Fuhr-Str. / Haupteingang SAP Arena, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.50	Lichtsignalanlage: 2877	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: Xaver-Fuhr-Str. / Parkplatz Fertighaus Center, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.51	Lichtsignalanlage: 2878	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: Xaver-Fuhr-Str. / Haupteingang Maimarkt, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.52	Lichtsignalanlage: 2879	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat		
	Standort: Xaver-Fuhr-Str. / Parkplatz Maimarkt, Mannheim			 pro 1,00 Monat

1.1.53	Lichtsignalanlage: 855	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	24,00	Monat		
	Standort: Nußlocherstraße / Bergfriedhof Leimen, Leimen			 pro 1,00 Monat

1.1.54	Lichtsignalanlage: 854	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	24,00	Monat		
	Standort: Kurpfalz Centrum, Leimen			 pro 1,00 Monat

1.1.55	Optionale Lichtsignalanlagen	EUR				
---------------	-------------------------------------	------------------	--	--	--	--

Optional / wird nur bei Bedarf beauftragt

Der Auftraggeber behält sich vor, den Auftrag ohne Inanspruchnahme dieser Optionalpositionen abzuschließen und diese Positionen nicht mehr zu beauftragen. Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf die Beauftragung oder auf das Honorar einer nicht beauftragten Optionalposition.

Die Wartungsleistungen sind gemäß der Leistungsbeschreibung zu erbringen.

1.1.55.1	Optionale Erweiterung der Wartung bei bestehenden und bekannten Anlagen				EUR	
1.1.55.1.1	Lichtsignalanlage 2843	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	48,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Willy-Brandt-Platz Mannheim					
<hr/>						
1.1.55.1.2	Lichtsignalanlage: 2891	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	48,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Meerfeldstraße / Carl-Metz-Straße, Mannheim					
<hr/>						
1.1.55.1.3	Lichtsignalanlage: 2892	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	48,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Meerfeldstraße / Gontardplatz, Mannheim					

1.1.55.1.4	Lichtsignalanlage: 2893	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	48,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Meerfeldstraße / Eichelsheimer Straße, Mannheim					
1.1.55.1.5	Lichtsignalanlage: 2894	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	48,00	Monat pro 1,00 %
	Standort: Meerfeldstraße / Windeckstraße, Mannheim					
1.1.55.1.6	Lichtsignalanlage: 2895	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	48,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Meerfeldstraße / Landteilstraße, Mannheim					
1.1.55.1.7	Lichtsignalanlage: 7	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	48,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Luisenstraße mit TK Hildastraße, Leimen					

1.1.55.1.8	Lichtsignalanlage: 8	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	48,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Fischerweg, Mannheim					
1.1.55.1.9	Lichtsignalanlage: 336	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	48,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Bismarckplatz, Heidelberg					
1.1.55.1.10	Lichtsignalanlage: 457	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	48,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Mannheimerstraße / Ludwig-Guttmann-Straße, Ludwigshafen					
1.1.55.1.11	Lichtsignalanlage: 458	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	48,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Mannheimerstraße / Semmelweisstraße, Ludwigshafen					

1.1.55.1.12	Lichtsignalanlage: LZA519 (412)	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	48,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Frankenthaler Straße Höhe Engelmann, Ludwigshafen					

1.1.55.1.13	Lichtsignalanlage: LZA629 (530)	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	48,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Endhaltestelle Oppau, Ludwigshafen					

1.1.55.2	Erweiterung der Wartungsleistung um 10 Anlagen über vier Jahre	EUR
-----------------	---	------------------

1.1.55.2.1	Erweiterung der Wartungsleistung um 10 Anlagen über vier Jahre	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	480,00	Monat pro 1,00 Monat

1.2	Wartung Lichtsignalanlagen erste optionale Verlängerung	EUR
------------	--	------------------

Leistungsumfang Instandhaltung auf der Grundlage der VDE 0832

Die Leistung der Lichtsignalanlagen ist gemäß der Leistungsbeschreibung zu erbringen und umfasst 2 Jahre.

1.2.1	Lichtsignalanlage: 2117	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat		

Standort: Gleisdreieck Lindenhofüberführung, Mannheim

.....
pro 1,00 Monat

HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

1.2.2	Lichtsignalanlage: 2132	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat		

Standort: Cahn-Garnier-Ufer / Hans-Böckler-Str., Mannheim

.....
pro 1,00 Monat

HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

1.2.3	Lichtsignalanlage: 2164	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat		

Standort: D6 / E6 (Wender Rheinstr.), Mannheim

.....
pro 1,00 Monat

HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

1.2.4	Lichtsignalanlage: 2199	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Gleisdreieck Neckarauer Übergang, Mannheim					

HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

1.2.5	Lichtsignalanlage: 2219	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Wendeschleife Neuostheim, Mannheim					

HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

1.2.6	Lichtsignalanlage: 2310	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat		

Standort: Meerfeldstr. / Emil-Heckel-Str., Mannheim

HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

.....
pro 1,00 Monat

.....

1.2.7	Lichtsignalanlage: 2311	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat		

Standort: Meeräckerplatz / Meerwiesenstr., Mannheim

HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

.....
pro 1,00 Monat

.....

1.2.8	Lichtsignalanlage: 2317	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat		

Standort: Kreisel Rheingoldhalle, Mannheim

HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der

.....
pro 1,00 Monat

.....

initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

1.2.9	Lichtsignalanlage: 2318	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Odenwaldstr. / Neckarstr., Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise ". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.10	Lichtsignalanlage: 2390	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Kreisel Rheingoldhalle, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise ". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.11	Lichtsignalanlage: 2435	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat		

Standort: Odenwaldstraße / Neckarstraße / Eberbacher Straße,
Mannheim

HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der
Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4
Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der
initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu
hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung
findet.

.....
pro 1,00 Monat

.....

1.2.12	Lichtsignalanlage: 2508	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat		

Standort: Waldpforte / Alsenweg / Langer Schlag, Mannheim

HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der
Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4
Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der
initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu
hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung
findet.

.....
pro 1,00 Monat

.....

1.2.13	Lichtsignalanlage: 2518	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat		

Standort: Bahnübergang Jugendverkehrssch. Käfertal, Mannheim

HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der
Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4
Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der
initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu

.....
pro 1,00 Monat

.....

hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

1.2.14	Lichtsignalanlage: 2520	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Obere Riedstr. / Hessische Str., Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.15	Lichtsignalanlage: 2574	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Sandhofer Str. / Leinenstr. / Gaswerkstr., Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.16	Lichtsignalanlage: 2575	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Sandhofer Str. / Leinenstr. / Anschl. Wohnb., Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.17	Lichtsignalanlage: 2579	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Hessische Str. / Korbangel, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.18	Lichtsignalanlage: 2581	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Hessische Str. / Gute Erde, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

findet.

1.2.19	Lichtsignalanlage: 2582	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Am Carl-Benz-Bad / Wotanstr., Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.20	Lichtsignalanlage: 2583	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Haltestelle Carl-Benz-Bad, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.21	Lichtsignalanlage: 2585	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Waldpforte/Flensburger Ring/Blütenweg, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.22	Lichtsignalanlage: 2595	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Haltestelle Franklin-Schule, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.23	Lichtsignalanlage: 2596	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Ein-/Ausfahrt Bahnkörper Thomas-Jefferson-Straße, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu					

hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

1.2.24	Lichtsignalanlage: 2597	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Wender Thomas-Jefferson-Straße, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.25	Lichtsignalanlage: 2598	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Loop Sullivan, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.26	Lichtsignalanlage: 2599	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat		

Standort: Endstelle Sullivan, Mannheim

HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

.....
pro 1,00 Monat

.....

1.2.27	Lichtsignalanlage: 2812	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat		

Standort: Haltestelle Potsdamer Weg, Mannheim

HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

.....
pro 1,00 Monat

.....

1.2.28	Lichtsignalanlage: 2821	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat		

Standort: Busbahnhof Käfertal, Mannheim

HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

.....
pro 1,00 Monat

.....

findet.

1.2.29	Lichtsignalanlage: 2823	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Wender Carl-Benz-Stadion, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.30	Lichtsignalanlage: 2828	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Rheingoldstr. / Haltestelle Tannhäuserring, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.31	Lichtsignalanlage: 2829	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Rheingoldstr. / Haltestelle Stollenwörth, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.32	Lichtsignalanlage: 2838	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: E7 / D7 (Wender Rheinstr.), Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.33	Lichtsignalanlage: 2839	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Sandhofer Str. / Fa. Saint-Gobain Glas, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung					

findet.

1.2.34	Lichtsignalanlage: 2842	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Tattersall, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.35	Lichtsignalanlage: 2846	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Haltestelle Käfertaler Wald, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.36	Lichtsignalanlage: 2862	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Dürerstr. / Paul-Martin-Ufer, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.37	Lichtsignalanlage: 2863	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Seckenheimer Landstr. / Haltestelle Neuostheim, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.38	Lichtsignalanlage: 2865	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: BSA Offenburger Str. / RNV-Überweg, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu					

hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

1.2.39	Lichtsignalanlage: 2866	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Gottlieb-Daimler-Str. / Gleisüberfahrt, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.40	Lichtsignalanlage: 2867	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Gottlieb-Daimler-Str. / Ausfahrt Großmarkt, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.41	Lichtsignalanlage: 2868	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Ernst-Bärlach-A./Lochgärt en-/Husarenweg, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise ". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.42	Lichtsignalanlage: 2869	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Bahnübergang Dragonerweg, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise ". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.43	Lichtsignalanlage: 2870	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Haltestelle Ulanenweg, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise ". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung					

findet.

1.2.44	Lichtsignalanlage: 2871	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Bahnübergang Gustav-Seitz-Str. West, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.45	Lichtsignalanlage: 2872	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Bahnübergang Gustav-Seitz-Str. Ost, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.46	Lichtsignalanlage: 2873	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Bahnübergang Wirtschaftsweg Höhe B38a, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.47	Lichtsignalanlage: 2874	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Haltestelle SAP Arena Süd, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.48	Lichtsignalanlage: 2875	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Xaver-Fuhr-Str. / Bösfeld, Weg III / Gleisdreieck, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

1.2.49	Lichtsignalanlage: 2876	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Xaver-Fuhr-Str. / Haupteingang SAP Arena, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.50	Lichtsignalanlage: 2877	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Xaver-Fuhr-Str. / Parkplatz Fertighaus Center, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.51	Lichtsignalanlage: 2878	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Xaver-Fuhr-Str. / Haupteingang Maimarkt, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.52	Lichtsignalanlage: 2879	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Xaver-Fuhr-Str. / Parkplatz Maimarkt, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.53	Lichtsignalanlage: 855	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Nußlocherstraße / Bergfriedhof Leimen, Leimen					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

findet.

1.2.54	Lichtsignalanlage: 854	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Kurpfalz Centrum, Leimen					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.55	Optionale Lichtsignalanlagen	EUR
---------------	-------------------------------------	------------------

Optional / wird nur bei Bedarf beauftragt

Der Auftraggeber behält sich vor, den Auftrag ohne Inanspruchnahme dieser Optionalpositionen abzuschließen und diese Positionen nicht mehr zu beauftragen. Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf die Beauftragung oder auf das Honorar einer nicht beauftragten Optionalposition.

Die Wartungsleistungen sind gemäß der Leistungsbeschreibung zu erbringen.

1.2.55.1	Optionale Erweiterung der Wartung bei bestehenden und bekannten Anlagen	EUR
-----------------	--	------------------

1.2.55.1.1	Lichtsignalanlage 2843	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Willy-Brandt-Platz Mannheim					

HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

1.2.55.1.2	Lichtsignalanlage: 2891	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Meerfeldstraße / Carl-Metz-Straße, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.55.1.3	Lichtsignalanlage: 2892	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Meerfeldstraße / Gontardplatz, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.55.1.4	Lichtsignalanlage: 2893	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Meerfeldstraße / Eichelsheimer Straße, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise ". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.55.1.5	Lichtsignalanlage: 2894	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Meerfeldstraße / Windeckstraße, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise ". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.55.1.6	Lichtsignalanlage: 2895	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Meerfeldstraße / Landteilstraße, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise ". Demnach ist hier der Monatssatz der					

initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

1.2.55.1.7	Lichtsignalanlage: 7	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Luisenstraße mit TK Hildastraße, Leimen					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise ". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.55.1.8	Lichtsignalanlage: 8	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Fischerweg, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise ". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.55.1.9	Lichtsignalanlage: 336	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Bismarckplatz, Heidelberg					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.55.1.10	Lichtsignalanlage: 457	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Mannheimerstraße / Ludwig-Guttmann-Straße, Ludwigshafen					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.55.1.11	Lichtsignalanlage: 458	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Mannheimerstraße / Semmelweisstraße, Ludwigshafen					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu					

hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

1.2.55.1.12	Lichtsignalanlage: LZA519 (412)	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Frankenthaler Straße Höhe Engelmann, Ludwigshafen					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.55.1.13	Lichtsignalanlage: LZA629 (530)	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Endhaltestelle Oppau, Ludwigshafen					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.2.55.2	Erweiterung der Wartungsleistung um 10 Anlagen über vier Jahre	EUR
-----------------	---	------------------

1.2.55.2.1	Erweiterung der Wartungsleistung um 10 Anlagen über vier Jahre	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	240,00	Monat pro 1,00 Monat

HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

1.3	Wartung Lichtsignalanlagen zweite optionale Verlängerung	EUR
------------	---	------------------

Leistungsumfang Instandhaltung auf der Grundlage der VDE 0832

Die Leistung der Lichtsignalanlagen ist gemäß der Leistungsbeschreibung zu erbringen und umfasst 2 Jahre.

1.3.1	Lichtsignalanlage: 2117	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Gleisdreieck Lindenhofüberführung, Mannheim					

HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

1.3.2	Lichtsignalanlage: 2132	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Cahn-Garnier-Ufer / Hans-Böckler-Str., Mannheim					

HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

1.3.3	Lichtsignalanlage: 2164	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: D6 / E6 (Wender Rheinstr.), Mannheim					

HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

1.3.4	Lichtsignalanlage: 2199	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Gleisdreieck Neckarauer Übergang, Mannheim					

HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4

Rahmenvereinbarungspreise " . Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

1.3.5	Lichtsignalanlage: 2219	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Wendeschleife Neuostheim, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise " . Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.6	Lichtsignalanlage: 2310	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Meerfeldstr. / Emil-Heckel-Str., Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise " . Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.7	Lichtsignalanlage: 2311	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Meeräckerplatz / Meerwiesenstr., Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.8	Lichtsignalanlage: 2317	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Kreisel Rheingoldhalle, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.9	Lichtsignalanlage: 2318	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Odenwaldstr. / Neckarstr., Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung					

findet.

1.3.10	Lichtsignalanlage: 2390	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Kreisel Rheingoldhalle, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.11	Lichtsignalanlage: 2435	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Odenwaldstraße / Neckarstraße / Eberbacher Straße, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.12	Lichtsignalanlage: 2508	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Waldpforte / Alsenweg / Langer Schlag, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.13	Lichtsignalanlage: 2518	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Bahnübergang Jugendverkehrssch. Käfertal, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.14	Lichtsignalanlage: 2520	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Obere Riedstr. / Hessische Str., Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung					

findet.

1.3.15	Lichtsignalanlage: 2574	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Sandhofer Str. / Leinenstr. / Gaswerkstr., Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.16	Lichtsignalanlage: 2575	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Sandhofer Str. / Leinenstr. / Anschl. Wohnb., Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.17	Lichtsignalanlage: 2579	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Hessische Str. / Korbangel, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.18	Lichtsignalanlage: 2581	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Hessische Str. / Gute Erde, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.19	Lichtsignalanlage: 2582	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Am Carl-Benz-Bad / Wotanstr., Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

findet.

1.3.20	Lichtsignalanlage: 2583	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Haltestelle Carl-Benz-Bad, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.21	Lichtsignalanlage: 2585	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Waldpforte/Flensburger Ring/Blütenweg, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.22	Lichtsignalanlage: 2595	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Haltestelle Franklin-Schule, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.23	Lichtsignalanlage: 2596	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Ein-/Ausfahrt Bahnkörper Thomas-Jefferson-Straße, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.24	Lichtsignalanlage: 2597	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Wender Thomas-Jefferson-Straße, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu					

hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

1.3.25	Lichtsignalanlage: 2598	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Loop Sullivan, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.26	Lichtsignalanlage: 2599	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Endstelle Sullivan, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.27	Lichtsignalanlage: 2812	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Haltestelle Potsdamer Weg, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.28	Lichtsignalanlage: 2821	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Busbahnhof Käfertal, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.29	Lichtsignalanlage: 2823	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Wender Carl-Benz-Stadion, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

findet.

1.3.30	Lichtsignalanlage: 2828	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Rheingoldstr. / Haltestelle Tannhäuserring, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.31	Lichtsignalanlage: 2829	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Rheingoldstr. / Haltestelle Stollenwörth, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.32	Lichtsignalanlage: 2838	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: E7 / D7 (Wender Rheinstr.), Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.33	Lichtsignalanlage: 2839	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Sandhofer Str. / Fa. Saint-Gobain Glas, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.34	Lichtsignalanlage: 2842	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Tattersall, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

findet.

1.3.35	Lichtsignalanlage: 2846	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Haltestelle Käfertaler Wald, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.36	Lichtsignalanlage: 2862	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Dürerstr. / Paul-Martin-Ufer, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.37	Lichtsignalanlage: 2863	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Seckenheimer Landstr. / Haltestelle Neuostheim, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.38	Lichtsignalanlage: 2865	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: BSA Offenburger Str. / RNV-Überweg, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.39	Lichtsignalanlage: 2866	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Gottlieb-Daimler-Str. / Gleisüberfahrt, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu					

hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

1.3.40	Lichtsignalanlage: 2867	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Gottlieb-Daimler-Str. / Ausfahrt Großmarkt, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.41	Lichtsignalanlage: 2868	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Ernst-Bärlach-A./Lochgärten-/Husarenweg, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.42	Lichtsignalanlage: 2869	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Bahnübergang Dragonerweg, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.43	Lichtsignalanlage: 2870	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Haltestelle Ulanenweg, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.44	Lichtsignalanlage: 2871	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Bahnübergang Gustav-Seitz-Str. West, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

findet.

1.3.45	Lichtsignalanlage: 2872	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Bahnübergang Gustav-Seitz-Str. Ost, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.46	Lichtsignalanlage: 2873	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Bahnübergang Wirtschaftsweg Höhe B38a, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.47	Lichtsignalanlage: 2874	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Haltestelle SAP Arena Süd, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.48	Lichtsignalanlage: 2875	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Xaver-Fuhr-Str. / Bösfeld, Weg III / Gleisdreieck, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.49	Lichtsignalanlage: 2876	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Xaver-Fuhr-Str. / Haupteingang SAP Arena, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu					

hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

1.3.50	Lichtsignalanlage: 2877	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Xaver-Fuhr-Str. / Parkplatz Fertighaus Center, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.51	Lichtsignalanlage: 2878	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Xaver-Fuhr-Str. / Haupteingang Maimarkt, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.52	Lichtsignalanlage: 2879	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Xaver-Fuhr-Str. / Parkplatz Maimarkt, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.53	Lichtsignalanlage: 855	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Nußlocherstraße / Bergfriedhof Leimen, Leimen					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.54	Lichtsignalanlage: 854	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Kurpfalz Centrum, Leimen					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung					

findet.

1.3.55	Optionale Lichtsignalanlagen	EUR
---------------	-------------------------------------	------------------

Optional / wird nur bei Bedarf beauftragt

Der Auftraggeber behält sich vor, den Auftrag ohne Inanspruchnahme dieser Optionalpositionen abzuschließen und diese Positionen nicht mehr zu beauftragen. Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf die Beauftragung oder auf das Honorar einer nicht beauftragten Optionalposition.

Die Wartungsleistungen sind gemäß der Leistungsbeschreibung zu erbringen.

1.3.55.1	Optionale Erweiterung der Wartung bei bestehenden und bekannten Anlagen	EUR
-----------------	--	------------------

1.3.55.1.1	Lichtsignalanlage 2843	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat		

Standort: Willy-Brandt-Platz Mannheim

HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

.....
pro 1,00 Monat

1.3.55.1.2	Lichtsignalanlage: 2891	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat		

Standort: Meerfeldstraße / Carl-Metz-Straße, Mannheim

.....
pro 1,00 Monat

HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

1.3.55.1.3	Lichtsignalanlage: 2892	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Meerfeldstraße / Gontardplatz, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.55.1.4	Lichtsignalanlage: 2893	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Meerfeldstraße / Eichelsheimer Straße, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.55.1.5	Lichtsignalanlage: 2894	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat		

Standort: Meerfeldstraße / Windeckstraße, Mannheim

HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

.....
pro 1,00 Monat

.....

1.3.55.1.6	Lichtsignalanlage: 2895	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat		

Standort: Meerfeldstraße / Landteilstraße, Mannheim

HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

.....
pro 1,00 Monat

.....

1.3.55.1.7	Lichtsignalanlage: 7	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat		

Standort: Luisenstraße mit TK Hildastraße, Leimen

HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der

.....
pro 1,00 Monat

.....

initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

1.3.55.1.8	Lichtsignalanlage: 8	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Fischerweg, Mannheim					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise ". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.55.1.9	Lichtsignalanlage: 336	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Bismarckplatz, Heidelberg					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise ". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.55.1.10	Lichtsignalanlage: 457	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Mannheimerstraße / Ludwig-Guttmann-Straße, Ludwigshafen					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.55.1.11	Lichtsignalanlage: 458	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Mannheimerstraße / Semmelweisstraße, Ludwigshafen					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

1.3.55.1.12	Lichtsignalanlage: LZA519 (412)	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
	Standort: Frankenthaler Straße Höhe Engelmann, Ludwigshafen					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu					

hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

1.3.55.1.13 Lichtsignalanlage: LZA629 (530)		USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
Optionalposition		19%	24,00	Monat pro 1,00 Monat
Standort: Endhaltestelle Oppau, Ludwigshafen						
HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.						

1.3.55.2	Erweiterung der Wartungsleistung um 10 Anlagen über vier Jahre				EUR	
1.3.55.2.1	Erweiterung der Wartungsleistung um 10 Anlagen über vier Jahre	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	240,00	Monat pro 1,00 Monat
HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 1.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.						

2	Entstörungsleistungen	EUR
----------	------------------------------	------------------

Optional / wird nur bei Bedarf beauftragt

Der Auftraggeber behält sich vor, den Auftrag ohne Inanspruchnahme dieser Optionalpositionen abzuschließen und diese Positionen nicht mehr zu beauftragen. Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf die Beauftragung oder auf das Honorar einer nicht beauftragten Optionalposition.

Die Wartungsleistungen sind gemäß der Leistungsbeschreibung zu erbringen.

2.1	Entstörungsleistung Lichtsignalanlagen in der Grundlaufzeit	EUR
------------	--	------------------

2.1.1	Servicetechniker inkl. Fahrzeit - Entstörung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	1.720,00	Stunden pro 1,00 Stunde

Die Abrechnung erfolgt nach tatsächlichem Aufwand gemäß der vereinbarten Preisliste.

Die angegebene Menge ist die Höchstmenge über eine Laufzeit von 4 Jahren.

2.1.2	Kilometer - Entstörung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	15.600,00	Kilometer pro 1,00 Kilometer

Die Abrechnung erfolgt nach tatsächlichem Aufwand gemäß der vereinbarten Preisliste.

Die angegebene Menge ist die Höchstmenge über eine Laufzeit von 4 Jahren.

2.1.3	Material - Entstörung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	4,00	Jahr pro 1,00 Jahr
	Die Abrechnung erfolgt nach tatsächlichem Aufwand gemäß der vereinbarten Preisliste.					
	Der angegebene Festpreis beträgt 200.000,00 Euro über 4 Jahre hinweg. Dies ist die Höchstmenge.					

2.2	Entstörungsleistung Lichtsignalanlagen erste optionale Verlängerung	EUR				
------------	--	------------------	--	--	--	--

2.2.1	Servicetechniker inkl. Fahrzeit - Entstörung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	860,00	Stunden pro 1,00 Stunde
	Die Abrechnung erfolgt nach tatsächlichem Aufwand gemäß der vereinbarten Preisliste.					
	Die angegebene Menge ist die Höchstmenge über die erste optionale Laufzeit von 2 Jahren.					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 2.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

2.2.2	Kilometer - Entstörung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	7.800,00	Kilometer pro 1,00 Kilometer
	Die Abrechnung erfolgt nach tatsächlichem Aufwand gemäß der vereinbarten Preisliste.					

Die angegebene Menge ist die Höchstmenge über die erste optionale Laufzeit von 2 Jahren.

HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 2.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

2.2.3	Material - Entstehung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	2,00	Jahr pro 1,00 Jahr
	Die Abrechnung erfolgt nach tatsächlichem Aufwand gemäß der vereinbarten Preisliste.					
	Der angegebene Festpreis beträgt 100.000,00 Euro über 4 Jahre hinweg. Dies ist die Höchstmenge.					

2.3	Entstörungsleistung Lichtsignalanlagen zweite optionale Verlängerung	EUR
------------	---	------------------

2.3.1	Servicetechniker inkl. Fahrzeit - Entstehung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	860,00	Stunden pro 1,00 Stunde
	Die Abrechnung erfolgt nach tatsächlichem Aufwand gemäß der vereinbarten Preisliste.					
	Die angegebene Menge ist die Höchstmenge über die zweite optionale Laufzeit von 2 Jahren.					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der					

initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 2.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.

2.3.2	Kilometer - Entstörung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	7.800,00	Kilometer		
	Die Abrechnung erfolgt nach tatsächlichem Aufwand gemäß der vereinbarten Preisliste.			 pro 1,00 Kilometer
	Die angegebene Menge ist die Höchstmenge über die zweite optionale Laufzeit von 2 Jahren.					
	HINWEIS: Die Preisfortschreibung richtet sich nach der Preisgleitklausel gem. Vertragsbedingungen "§4 Rahmenvereinbarungspreise". Demnach ist hier der Monatssatz der initialen Vertragslaufzeit (jeweiligen gleichen Preisposition in 2.1) zu hinterlegen, auf Basis dessen die Preisgleitklausel Anwendung findet.					

2.3.3	Material - Entstörung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	2,00	Jahr		
	Die Abrechnung erfolgt nach tatsächlichem Aufwand gemäß der vereinbarten Preisliste.			 pro 1,00 Jahr
	Der angegebene Festpreis beträgt 100.000,00 Euro über 2 Jahre hinweg. Dies ist die Höchstmenge.					

3 Sicherungsmaßnahmen Gleis		EUR				
3.1	Sicherungsaufsichtskraft (SAKRA)	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	1.000,00	Stunden
	Für Sicherungen bei Arbeiten im Gleisbereich				pro 1,00 Stunden

ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass (netto)	_____
Nachlass (netto)	_____
Summe inkl. Nachlass (netto)	_____
Umsatzsteuer	_____
Summe (brutto)	_____

Ausschreibung (Korrektur)

Verfahren: 132-25-E16 - Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag Lichtsignalanlagen im Verkehrsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

Verfahren: 132-25-E16 - Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag Lichtsignalanlagen im Verkehrsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

EIGNUNGSKRITERIEN

1 Erklärung des Bieters [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass eine wissentliche falsche Angabe der vorstehenden Erklärung meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat.

- ☐ Keine Auswahl getroffen
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2 No-Spy-Erklärung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir rechtlich und tatsächlich in der Lage bin/sind, im Falle eines Zuschlages die dann im Vertrag enthaltene Verpflichtung einzuhalten, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Insbesondere bestehen zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebotes keine Verpflichtungen, Dritten solche Informationen zu offenbaren oder in anderer Weise zugänglich zu machen. Dies gilt nicht, soweit hierfür gesetzliche Offenlegungspflichten bestehen (etwa gegenüber Stellen der Börsenaufsicht, Regulierungsbehörden oder der Finanzverwaltung), es sei denn, solche Offenlegungspflichten bestehen gegenüber ausländischen Sicherheitsbehörden. In Zweifelsfällen werde(n) ich/wir die Vergabestelle auf die gesetzliche(n) Offenlegungspflicht(en) im Rahmen der Abgabe der vorstehenden Erklärung hinweisen. Ich/wir werden die Vergabestelle - nach Zuschlag den Auftraggeber - sofort schriftlich benachrichtigen, wenn sich hierzu eine Änderung ergibt. Dies gilt insbesondere, wenn für mich/uns eine Notwendigkeit oder Verpflichtung entsteht oder ich/wir eine solche hätte(n) erkennen können, die mich/uns an der Einhaltung der beschriebenen Vertraulichkeit hindern könnte. Vertrauliche Informationen sind Informationen, die ein verständiger Dritter als schützenswert ansehen würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind; dies können auch solche Informationen sein, die während einer mündlichen Präsentation oder Diskussion bekannt werden. Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag eingesetzt werden. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt nicht für Informationen, die bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb des Vertrages ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden.

- ☐ Keine Auswahl getroffen
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3 Eigenerklärung zum nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Gewichtung: 0,00%

3.1 Erklärung gem. §123 Abs. 1 GWB

Gewichtung: 0,00%

3.1.1 Erklärung gem. §123 Abs. 1 GWB [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen des Bewerbers/Bieters/des Mitglieds der Bewerber-/Bietergemeinschaft zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt wurde oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder

- den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).
Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

- ☐ *Keine Angabe*
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.1.2 Falls Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde:
Erklärung, dass zwar eine solche Situation besteht, jedoch mehr als 5 Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen ist.

- ☐ *Keine Angabe*
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.1.3 Falls Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde und seit dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung weniger als fünf Jahre vergangen sind:
Erklärung, dass aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind in einer separaten Anlage zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen.

- ☐ *Keine Angabe*
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.2 Erklärung gem. §123 Abs. 4 GWB

Gewichtung: 0,00%

3.2.1 Erklärung gem. §123 Abs. 4 GWB [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in der folgenden Situation befindet:
Das Unternehmen ist seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und dies wurde durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt oder kann durch den öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise nachgewiesen werden.

- ☐ *Keine Angabe*
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.2.2 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein beantwortet wurde:
Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind.

- ☐ *Keine Angabe*
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.2.3 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein beantwortet wurde:
Erklärung, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.2.4 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein beantwortet wurde und seit dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung weniger als fünf Jahre vergangen sind und das Unternehmen seinen Verpflichtungen noch nicht nachgekommen ist:

Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind in einer separaten Anlage zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.3 Erklärung gem. §124 Abs. 1 GWB

Gewichtung: 0,00%

3.3.1 Erklärung gem. §124 Abs. 1 GWB [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in einer der folgenden Situationen befinden.

- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,
- das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt,
- das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; das Verhalten einer Person ist dem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung,
- es bestehen hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss nicht wirksam beseitigt werden kann,
- eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung kann nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss beseitigt werden,
- das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,
- das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- das Unternehmen hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder das Unternehmen hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder hat versucht, solche Informationen zu übermitteln.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.3.2 Falls Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde:

Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als drei Jahre ab dem betreffenden Ereignis vergangen sind.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

3.3.3 Falls Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde und seit dem Tag des betreffenden Ereignis weniger als drei Jahre vergangen sind:

Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies bei pflichtgemäßer Ermessensausübung, insbesondere unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind in einer separaten Anlage zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.4 Erklärung gem. §124 Abs. 2 GWB

Gewichtung: 0,00%

3.4.1 Zu §19 MiLoG (Mindestlohngesetz) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund gemäß § 19 MiLoG vorliegt

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.4.2 Zu §98c AufenthG (Aufenthaltsgesetz) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 98c AufenthG vorliegt.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.4.3 Zu §21 AEntG (Arbeitnehmer-Entsendegesetz) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach §21 AEntG vorliegt.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.4.4 Zu § 21 SchwarzArbG (Schwarzarbeitsbekämpfung) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 SchwarzArbG vorliegt.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.5 Angaben zum wettbewerbskonformen Verhalten

Gewichtung: 0,00%

3.5.1 Erklärung zum wettbewerbskonformen Verhalten [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Wir bestätigen, dass das Unternehmen sowie die jeweiligen geschäftsführenden Personen in Bezug auf das vorliegende Verfahren keine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen oder in sonstiger Weise wettbewerbswidrig oder unlauter gehandelt?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4 Erklärungen zu Nachweisen

Gewichtung: 0,00%

4.1 Handelsregistrauszug

Gewichtung: 0,00%

4.1.1 Handelsregistrauszug [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ein Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate) ist als Anlage beigefügt

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4.1.2 Wenn Handelsregistrauszug nicht beigefügt

Ausschlusskriterium

Wenn ein Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate) nicht beigefügt ist: Wurde ein solcher beantragt, ist der Nachweis über die Beantragung beigefügt und wird dieser unmittelbar nach Vorliegen unaufgefordert über die Nachrichtenfunktion nachgereicht?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5 Eigenerklärung zur Akzeptanz von Ausführungsbedingungen zur Versicherungspflicht

Gewichtung: 0,00%

5.1 Eigenerklärung zur Versicherungspflicht

Der Bieter/ Die Bietergemeinschaft muss unverzüglich nach Zuschlagserteilung über eine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung verfügen, die über die gesamte Vertragslaufzeit aufrecht erhalten bleiben muss. Die Deckungssumme dieser Versicherung muss je Schadensfall mindestens betragen: - 3 Mio. Euro pauschal für Personen- und Sachschäden 2-fach maximiert p.a.

Zum Nachweis, dass die oben beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung rechtzeitig vorhanden sein wird, gibt der Bieter eine entsprechende Eigenerklärung ab und reicht den entsprechenden Nachweis ein.

Im Falle der Bietergemeinschaft ist der Nachweis durch jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.

Achtung: Bitte beachten Sie, dass ein Nachfordern eines unzureichenden Versicherungsnachweises unzulässig ist und zum Ausschluss des Angebots von der Wertung führt.

5.2 Variante 1 [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Sofern der Bieter über die oben beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung mit mindestens den genannten Deckungssummen je Schadensart bereits verfügt, ist dies hier anzugeben. Der Bieter hat sich zu vergewissern, dass seine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung tatsächlich die hier geforderten Mindestdeckungssummen vollständig abdeckt. Nur, wenn er dies positiv festgestellt hat, hat er dies hier anzugeben. Zum Nachweis ist die Versicherungsbestätigung mit dem Angebot einzureichen.

Liegt eine entsprechende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung wie vor beschrieben von jedem Bieter/ Mitglied der Bietergemeinschaft/ Bewerber / Mitglied der Bewerbergemeinschaft bereits zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe vor und ist zum Nachweis die Versicherungsbestätigung dem Angebot beigefügt?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.3 Variante 2 [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Alternativ: Sofern der Bieter zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebots über die oben beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung noch nicht verfügt oder aber sofern die bestehende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung nicht die genannten Deckungssummen aufweist, hat der Bieter zu prüfen, ob ihm im Zuschlagsfall eine entsprechende Versicherung gewährt werden wird. Sofern das bejaht werden kann, hat er hier anzugeben, dass er in der Lage ist, spätestens im Auftragsfall eine entsprechende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung für den Zeitraum von Auftragsbeginn bis zum Vertragsende mit der geforderten Mindestdeckungssumme abzuschließen und entsprechenden Nachweis dem Angebot beizufügen.

Der Bieter / Die Bietergemeinschaft / Der Bewerber / Die Bewerbergemeinschaft ist in der Lage, im Falle der Auftragserteilung, für den Zeitraum seiner Leistungsverpflichtung eine wie vor beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung abzuschließen und eine entsprechende Versicherungsbestätigung ist dem Angebot beigefügt?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6 Verpflichtungserklärung zu qualifizierten Nachunternehmern

Gewichtung: 0,00%

6.1 Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer

Sofern der Bewerber/ Bieter zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens (qualifizierter Nachunternehmer) benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des qualifizierten Nachunternehmers in Anspruch nehmen will. Entsprechende Nachweise sind für den qualifizierten Nachunternehmer in dem Umfang vorzulegen, wie sie für den Bewerber / Bieter vorzulegen wären. Außerdem muss der Bewerber durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses qualifizierten Nachunternehmers nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden. Nachunternehmer, die der Bewerber für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadum noch nicht benannt werden.

Hierzu werden entsprechende Formblätter zur Verfügung gestellt.

6.2 Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Nimmt das Unternehmen zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch (Eignungsleihe) und wurden entsprechende ausgefüllte Formblätter

- Formblatt B.IV.1. - Eigenerklärung Ausschlussgründe
- Formblatt B.IX.1. -Verpflichtungserklärung von qualifizierten Nachunternehmern

als Anlage bereitgestellt?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

7 Erklärung erforderliche finanzielle und wirtschaftliche Kapazitäten

Gewichtung: 0,00%

7.1 Erklärung erforderliche Kapazitäten [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Der Bieter/die Bietergemeinschaft erklärt, dass er über die erforderlichen finanziellen und wirtschaftlichen Kapazitäten verfügt, um seinen laufenden finanziellen Verpflichtungen (auch) aus diesem Auftrag ordnungsgemäß nachzukommen.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

8 Erklärungen zur wirtschaftlichen Lage allgemein

Gewichtung: 0,00%

8.1 Eigenerklärung zu Umsatz

Gewichtung: 0,00%

8.1.1 Umsatz

Umsatz des Bieters/der Bietergemeinschaft/ des Bewerbers /der Bewerbergemeinschaft in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren der erzielt wurde, d.h. für die Geschäftsjahre, welche in den Jahren [2022, 2023, 2024] abgeschlossen wurden.

Die Umsätze aller Mitglieder einer Bieter-/Bewerbergemeinschaft werden von der Vergabestelle addiert.

8.1.2 Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft [Mussangabe]

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft
 Gesamtumsatz in EUR netto in 2022

8.1.3 Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft [Mussangabe]

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft
 Gesamtumsatz in EUR netto in 2023

8.1.4 Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft [Mussangabe]

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft
 Gesamtumsatz in EUR netto in 2024

8.1.5 Ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft

Mitglied 2 Bietergemeinschaft
Gesamtumsatz in EUR netto in 2022

8.1.6 Ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft

Mitglied 2 Bietergemeinschaft
Gesamtumsatz in EUR netto in 2023

8.1.7 Ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft

Mitglied 2 Bietergemeinschaft
Gesamtumsatz in EUR netto in 2024

8.2 Eigenerklärung zur Mitarbeiteranzahl

Gewichtung: 0,00%

8.2.1 Mitarbeiteranzahl

Die durchschnittliche Mitarbeiteranzahl des Bieters/der Bietergemeinschaft / des Bewerbers/ der Bewerbungsgemeinschaft ist sowohl im Gesamten als auch spezifisch für vergleichbare Projekte anzugeben.

8.2.2 Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft [Mussangabe]

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft
Durchschnittliche Gesamtmitarbeiteranzahl in 2022

8.2.3 Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft [Mussangabe]

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft
Durchschnittliche Gesamtmitarbeiteranzahl in 2023

8.2.4 Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft [Mussangabe]

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft
Durchschnittliche Gesamtmitarbeiteranzahl in 2024

8.2.5 Ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft

Mitglied 2 Bietergemeinschaft
Durchschnittliche Gesamtmitarbeiteranzahl in 2022

8.2.6 Ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft

Mitglied 2 Bietergemeinschaft
Durchschnittliche Gesamtmitarbeiteranzahl in 2023

8.2.7 Ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft

Mitglied 2 Bietergemeinschaft
Durchschnittliche Gesamtmitarbeiteranzahl in 2024

9 Erklärungen zur Technischen Leistungsfähigkeit

Gewichtung: 0,00%

9.1 Referenzen

Gewichtung: 0,00%

9.1.1 Information zu Referenznachweisen

Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind mit dem Angebot Referenzprojekte anzugeben, die erkennen lassen, dass der Bieter zur Erbringung der ausgeschriebenen Leistung im Hinblick auf Art und Umfang in der Lage ist.

Der Bieter hat dazu mindestens 1, und maximal 5 Referenzprojekt aus den letzten 3 Jahren (07.2022, 2023, 2024, 07.2025) anzugeben, aus denen sich ergibt, dass der Bieter in der Vergangenheit bereits nach Art, Komplexität und Umfang vergleichbare Aufträge erfolgreich durchgeführt hat.

Mindestanforderung:

- In Summe müssen die eingereichten Referenzen nachweisen, dass der Bieter die Instandhaltung von mindestens 5 Lichtsignalanlagen der Fa. Yunex Traffic GmbH innerhalb der letzten 3 Jahre, bereits erfolgreich durchgeführt hat.

9.1.2 Referenz 1 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft

Gewichtung: 0,00%

9.1.2.1 Mindestanforderung an Referenz [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

9.1.2.2 Referenzinhaber [Mussangabe]

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.2.3 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.
Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.2.4 Leistungszeitraum [Mussangabe]

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.2.5 Auftragsvolumen [Mussangabe]

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.2.6 Projekttitle und Projektbeschreibung [Mussangabe]

Geben Sie hier den Projekttitle sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.3 Referenz 2 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft

Gewichtung: 0,00%

9.1.3.1 Mindestanforderung an Referenz

Ausschlusskriterium

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

9.1.3.2 Referenzinhaber

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.3.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.
Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.3.4 Leistungszeitraum

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.3.5 Auftragsvolumen

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.3.6 Projekttitel und Projektbeschreibung

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.4 Referenz 3 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft

Gewichtung: 0,00%

9.1.4.1 Mindestanforderung an Referenz

Ausschlusskriterium

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

9.1.4.2 Referenzinhaber

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.4.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.
Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.4.4 Leistungszeitraum

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.4.5 Auftragsvolumen

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.4.6 Projekttitel und Projektbeschreibung

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.5 Referenz 4 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft

Gewichtung: 0,00%

9.1.5.1 Mindestanforderung an Referenz

Ausschlusskriterium

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

9.1.5.2 Referenzinhaber

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.5.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.
Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.5.4 Leistungszeitraum

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.5.5 Auftragsvolumen

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.5.6 Projekttitle und Projektbeschreibung

Geben Sie hier den Projekttitle sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.6 Referenz 5 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft

Gewichtung: 0,00%

9.1.6.1 Mindestanforderung an Referenz

Ausschlusskriterium

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

9.1.6.2 Referenzinhaber

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.6.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.
Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.6.4 Leistungszeitraum

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.6.5 Auftragsvolumen

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.6.6 Projekttitel und Projektbeschreibung

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.7 Referenzen 1 Mitglied 2 bei einer Bietergemeinschaft /Eignungsleihe

Gewichtung: 0,00%

9.1.7.1 Referenzen bei Bietergemeinschaft/Eignungsleihe

Sollten Sie eine Bietergemeinschaft sein oder sich einer Eignungsleihe bei einem anderen Unternehmen bedienen, so sind hier die Angaben für weitere Bieter der Gemeinschaft oder eignungsgebenden Unternehmen zu machen.

Die Mindestkriterien für die Referenzen gelten auch hier.

Die Beantwortung der Fragen ist bei einer Eignungsleihe oder Bietergemeinschaft verpflichtend.
Eine Nichtbeantwortung kann zum Ausschluss führen.

Sollte mehr Platz für weitere Referenzen oder Bieter benötigt werden, kontaktieren Sie uns über die Nachrichtenfunktion auf dieser Plattform. Wir passen dann die Struktur entsprechend an.

9.1.7.2 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 1

Gewichtung: 0,00%

9.1.7.2.1 Mindestanforderung an Referenz

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

(K.O.-Kriterium)

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

9.1.7.2.2 Referenzinhaber

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.7.2.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.7.2.4 Leistungszeitraum

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.7.2.5 Auftragsvolumen

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.7.2.6 Projekttitle und Projektbeschreibung

Geben Sie hier den Projekttitle sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.8 Referenzen 2 Mitglied 2 bei einer Bietergemeinschaft /Eignungsleihe

Gewichtung: 0,00%

9.1.8.1 Referenzen bei Bietergemeinschaft/Eignungsleihe

Sollten Sie eine Bietergemeinschaft sein oder sich einer Eignungsleihe bei einem anderen Unternehmen bedienen, so sind hier die Angaben für weitere Bieter der Gemeinschaft oder eignungsgebenden Unternehmen zu machen.

Die Mindestkriterien für die Referenzen gelten auch hier.

Die Beantwortung der Fragen ist bei einer Eignungsleihe oder Bietergemeinschaft verpflichtend.
Eine Nichtbeantwortung kann zum Ausschluss führen.

Sollte mehr Platz für weitere Referenzen oder Bieter benötigt werden, kontaktieren Sie uns über die Nachrichtenfunktion auf dieser Plattform. Wir passen dann die Struktur entsprechend an.

9.1.8.2 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 1

Gewichtung: 0,00%

9.1.8.2.1 Mindestanforderung an Referenz

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

(K.O.-Kriterium)

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

9.1.8.2.2 Referenzinhaber

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.8.2.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.8.2.4 Leistungszeitraum

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.8.2.5 Auftragsvolumen

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.8.2.6 Projekttitle und Projektbeschreibung

Geben Sie hier den Projekttitle sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.9 Referenzen 3 Mitglied 2 bei einer Bietergemeinschaft /Eignungsleihe

Gewichtung: 0,00%

9.1.9.1 Referenzen bei Bietergemeinschaft/Eignungsleihe

Sollten Sie eine Bietergemeinschaft sein oder sich einer Eignungsleihe bei einem anderen Unternehmen bedienen, so sind hier die Angaben für weitere Bieter der Gemeinschaft oder eignungsgebenden Unternehmen zu machen.

Die Mindestkriterien für die Referenzen gelten auch hier.

Die Beantwortung der Fragen ist bei einer Eignungsleihe oder Bietergemeinschaft verpflichtend.
Eine Nichtbeantwortung kann zum Ausschluss führen.

Sollte mehr Platz für weitere Referenzen oder Bieter benötigt werden, kontaktieren Sie uns über die Nachrichtenfunktion auf dieser Plattform. Wir passen dann die Struktur entsprechend an.

9.1.9.2 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 1

Gewichtung: 0,00%

9.1.9.2.1 Mindestanforderung an Referenz

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

(K.O.-Kriterium)

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

9.1.9.2.2 Referenzinhaber

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.9.2.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.9.2.4 Leistungszeitraum

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.9.2.5 Auftragsvolumen

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.9.2.6 Projekttitle und Projektbeschreibung

Geben Sie hier den Projekttitle sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.10 Referenzen 4 Mitglied 2 bei einer Bietergemeinschaft /Eignungsleihe

Gewichtung: 0,00%

9.1.10.1 Referenzen bei Bietergemeinschaft/Eignungsleihe

Sollten Sie eine Bietergemeinschaft sein oder sich einer Eignungsleihe bei einem anderen Unternehmen bedienen, so sind hier die Angaben für weitere Bieter der Gemeinschaft oder eignungsgebenden Unternehmen zu machen.

Die Mindestkriterien für die Referenzen gelten auch hier.

Die Beantwortung der Fragen ist bei einer Eignungsleihe oder Bietergemeinschaft verpflichtend.
Eine Nichtbeantwortung kann zum Ausschluss führen.

Sollte mehr Platz für weitere Referenzen oder Bieter benötigt werden, kontaktieren Sie uns über die Nachrichtenfunktion auf dieser Plattform. Wir passen dann die Struktur entsprechend an.

9.1.10.2 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 1

Gewichtung: 0,00%

9.1.10.2.1 Mindestanforderung an Referenz

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

(K.O.-Kriterium)

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

9.1.10.2.2 Referenzinhaber

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.10.2.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.10.2.4 Leistungszeitraum

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.10.2.5 Auftragsvolumen

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.10.2.6 Projekttitle und Projektbeschreibung

Geben Sie hier den Projekttitle sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.11 Referenzen 5 Mitglied 2 bei einer Bietergemeinschaft /Eignungsleihe

Gewichtung: 0,00%

9.1.11.1 Referenzen bei Bietergemeinschaft/Eignungsleihe

Sollten Sie eine Bietergemeinschaft sein oder sich einer Eignungsleihe bei einem anderen Unternehmen bedienen, so sind hier die Angaben für weitere Bieter der Gemeinschaft oder eignungsgebenden Unternehmen zu machen.

Die Mindestkriterien für die Referenzen gelten auch hier.

Die Beantwortung der Fragen ist bei einer Eignungsleihe oder Bietergemeinschaft verpflichtend.

Eine Nichtbeantwortung kann zum Ausschluss führen.

Sollte mehr Platz für weitere Referenzen oder Bieter benötigt werden, kontaktieren Sie uns über die Nachrichtenfunktion auf dieser Plattform. Wir passen dann die Struktur entsprechend an.

9.1.11.2 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 1

Gewichtung: 0,00%

9.1.11.2.1 Mindestanforderung an Referenz

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

(K.O.-Kriterium)

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

9.1.11.2.2 Referenzinhaber

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.11.2.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.11.2.4 Leistungszeitraum

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.11.2.5 Auftragsvolumen

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.1.11.2.6 Projekttitel und Projektbeschreibung

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9.2 Nachweis Information Security Management System (ISMS) nach ISO/IEC 27001

Gewichtung: 0,00%

9.2.1 Information Security Management System (ISMS) nach [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Wurde mit dem Angebot ein Nachweis (Zertifikat) über ein Information Security Management System (ISMS) nach ISO/IEC 27001 mit eingereicht?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

10 KMU

Gewichtung: 0,00%

10.1 Kleines oder mittleres Unternehmen [Mussangabe]

Bitte geben Sie Ihre Unternehmensgröße an.

Die Einordnung bezieht sich auf die Definition des Statistischen Bundesamt.

Es gelten folgende Grenzen:

Kleinstunternehmen bis 9 tätige Personen und bis 2 Mio. EUR Jahresumsatz

Kleines Unternehmen bis 49 tätige Personen und bis 10 Mio. EUR Jahresumsatz

Mittleres Unternehmen bis 249 tätige Personen und bis 50 Mio. EUR Jahresumsatz

Großunternehmen über 249 tätige Personen oder über 50 Mio. EUR Jahresumsatz

(Bietergemeinschaften gelten nur dann als KMU, wenn der überwiegende Teil des Auftrags von (einem) Partner(n) der Bietergemeinschaft erbracht wird, der/die als KMU einzustufen ist/sind.)

Ich bin/Wir sind ein _____.

- ☐ *Keine Angabe* (0)
- ☐ Kleinunternehmen (0)
- ☐ Kleines Unternehmen (0)
- ☐ Mittleres Unternehmen (0)
- ☐ Großunternehmen (0)

Nur eine Antwort wählbar

Verfahren: 132-25-E16 - Instandhaltungs- und Entstörungsvertrag Lichtsignalanlagen im Verkehrsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

LEISTUNGSKRITERIEN

1 Reaktionszeit bei Entstörungsmaßnahmen [Mussangabe]

Bitte tragen Sie Ihre Reaktionszeit für Entstörungsmaßnahmen ein.

Die Reaktionszeit stellt gemäß Verfahrensbrief eine Wertungskriterium des Angebotes dar.

Wertung der Reaktionszeit gemäß Wertungsschema (Anlage des Verfahrens)

- ☐ *Keine Angabe* (0)
- ☐ Reaktionszeit > 4 Stunden (0)
- ☐ Reaktionszeit 3 bis 4 Stunden (0)
- ☐ Reaktionszeit 2 bis 3 Stunden (0)
- ☐ Reaktionszeit 1 bis 2 Stunden (0)
- ☐ Reaktionszeit < 1 Stunde (0)

Nur eine Antwort wählbar

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	LV_Anhang_2.pdf	88,04 KB	
Dateianlage	LV_Anhang_1.pdf	95,55 KB	
Dateianlage	132-25-E16_Wertungsschema .pdf	18,47 KB	
Dateianlage	Allgemeine Sicherungsanweisung zu Arbeiten im Bereich von Gleisen.pdf	1,12 MB	
Dateianlage	Kostenblätter.zip	7,42 MB	
Dateianlage	Lagepläne Teil 1.7z	38,37 MB	
Dateianlage	Lagepläne Teil 2.7z	30,18 MB	
Dateianlage	Lagepläne Teil 3.7z	26,93 MB	
Dateianlage	Lagepläne Teil 4.7z	28,71 MB	
Dateianlage	Lagepläne Teil 5.7z	32,25 MB	